

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 38 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Werbeanzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch: Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 14. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Sonntagsruhe zu gunsten der Kirche.

Das von den deutschen Regierungen beliebte Streben, bei Regelung der Sonntagsruhe weniger die Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerungsschichten als die Rücksichten auf die Landeskirche zur Richtschnur zu nehmen, kommt beifend klar in einer gestern erlassenen Verordnung zum Ausdruck, welche der Polizeistaat demnächst in Kraft treten lassen will. Amtlich wird berichtet:

Vom 1. November an treten für den Stadtkreis Berlin neue Vorschriften über die äußere Heiligtaltung der Sonn- und Feiertage in Kraft. Im wesentlichen sind dieselben nur eine Zusammenfassung der hier bereits gültigen Polizeivorschriften, enthalten aber auch einzelne neue Bestimmungen über Sonntagsruhe. Nach wie vor bleiben an Sonn- und Feiertagen verboten alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten, sowie alle geräuschvollen Arbeiten in den Häusern und Betriebsstellen. Arbeiten, welche in Nothfällen (Feuers-, Wassergefahr u.) unverzüglich vorgenommen, oder zur Befriedigung der Bedürfnisse des häuslichen Lebens täglich verrichtet werden müssen, sollen unter das Verbot nicht, ebensowenig Arbeiten, welche in der Landwirtschaft und Gärtnerei zur Fortsetzung des Betriebes täglich vorgenommen werden müssen. Das mit föhrendem Geräusch oder Aufsehen verbundene Fortschaffen von Sachen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen (z. B. das Fahren von Bier- und Kollwagen, der Umzug mit Möbelen aus einer Wohnung in die andere und ähnliche) ist künftig verboten, dagegen ist der Transport von Lebens- und Genussmitteln sowie von Eis während der für den Handel mit diesen Gegenständen freigegebenen Stunden erlaubt.

Auch der Eisenbahn-Verkehr, der Personen-Schiffahrts-Verkehr, das Lohnverkehrs für Personen, die Beförderung von Reisegepäck, der Gewerbebetrieb für Kahnverleiher, Gondelführer, der Fahrrad-Verleihsysteme, der durchgehende Fracht-Schiffverkehr und Fracht-Fuhrwerks-Verkehr bleibt durch die neue Polizeiverordnung unberührt, ebenso der Reichs-Post- und Telegraphen-Verkehr und der durch Privatunternehmer vermittelte Brief- und Paketverkehr, sofern letzterer vor der Zeit des Hauptgottesdienstes (wofür die Zeit von 10-12 Uhr festgesetzt ist) bewirkt und nicht durch Frachtfuhrwerk vermittelt wird.

Der Betrieb des Gast- und Schankwirtschafts-Gewerbes wird künftig an Sonn- und Feiertagen der Beschränkung unterliegen, daß während der Zeit des Hauptgottesdienstes geräuschvolle und auffällige Spiele, namentlich das Regal-, Billard-, Karten- und Würfelspiel und andere Vergnügungen und Lustbarkeiten verboten sind. Diejenigen Schankwirtschaften, in denen ausschließlich oder vorwiegend der Ausschank von Brauwein betrieben wird, sind während der angegebenen Zeit nach der Straße verschlossen zu halten.

Essentielle Versammlungen und Aufzüge, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, sind an Sonn- und Feiertagen erst nach der Zeit des Hauptgottesdienstes gestattet. Auch nach Beendigung desselben darf in der Nähe von Kirchen Musik nicht veranstaltet werden, Zeichenbegängnisse dürfen während der Zeit des Hauptgottesdienstes nicht stattfinden.

Während der Zeit des Hauptgottesdienstes sind ferner verboten alle Musikführungen, Schauspielungen und theatralische Vorstellungen einschließlich der Proben dazu, ferner Wettrennen und alle mit Geräusch verbundenen gesellschaftlichen Vereinbarungen und Vergnügungen an öffentlichen Orten, desgleichen alle die Sonntagsruhe föhrenden Belustigungen in Privaträumen oder Privatgärten, Dreiborgelspieler, Seillänger u. und ähnliche Gewerbetreibende, welche Musikführungen, Schauspielungen oder sonstige Lustbarkeiten ohne höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft darbieten, dürfen den Betrieb ihres Gewerbes erst nach 3 Uhr beginnen.

Der Gewerbebetrieb im Umherziehen und der Gewerbebetrieb der in § 42 b der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Personen ist an Sonn- und Feiertagen regelmäßig verboten.

Tanzmünken, Välle und ähnliche Lustbarkeiten in Gasthäusern, Schankwirtschaften und sonstigen Vergnügungsorten — auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden — dürfen nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen. Für die Charwoche, den Fasttag, die ersten Tage der drei großen Feste und den dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Jahrestage sind daneben besondere Bestimmungen vorgesehen.

Die Vornahme öffentlicher Versteigerungen und Verpachtungen ist an Sonn- und Feiertagen überhaupt, — die Ausübung der Jagd während der Zeit des Hauptgottesdienstes untersagt.

So die Verordnung. In ihr ist nichts geändert an den Bestimmungen, welche geeignet sind, die Arbeitskraft der großen Masse der Bevölkerung vor der Ausbeutung am Sonntag nothdürftig zu schützen. Es sei denn, daß man die eine, meist nur die kleinen Leute berührende Bestimmung als Ausdehnung des Arbeiterschutzes gelten ließe, welche für das Umzugsverbot an Sonntagen anscheinend keine Ausnahmen mehr zulassen will. Bisher machten bekanntlich zur Umziehbzeit wesentlich Arbeiter von der in besonderen Fällen gegebenen Erlaubniß Gebrauch, ihre paar Siebensachen am Sonntag von der alten in die neue Wohnung zu schaffen.

Wohl aber sind die Bestimmungen einschneidend, welche anscheinend bezwecken sollen, der Kirche dort ein äußeres Ansehen zu verschaffen, wo ihr die Fühlung mit der großen Masse der Bevölkerung seit Jahrzehnten bis auf ein gering-

fugiges Minimum verloren gegangen ist. Zu den Maßnahmen, denen eine derartige Tendenz aus den Augen blickt, zählt z. B. das Verbot aller die Sonntagsruhe föhrenden Belustigungen in Privaträumen oder Privatgärten, unter welchen man unter Umständen schon das harmlose Jauchzen und Spielen der Kinder verstehen kann. Auch die Auffrischung der Bestimmung, welche das Verbot von Karten- und anderen Spielen während des Hauptgottesdienstes betrifft, ist in diese Kategorie zu rechnen. Ganz besonders wird aber die Arbeiterschaft von dem Passus betroffen, welcher die Abhaltung öffentlicher Versammlungen während der Zeit des Hauptgottesdienstes verbietet. Eine ganze Kategorie namentlich solcher Arbeiter, die Wochentags bis in die Nacht hinein beschäftigt werden, ist geradezu darauf angewiesen, ihre gewerkschaftlichen und in das Gebiet der Politik fallenden Angelegenheiten am Sonntag Vormittag in öffentlichen Versammlungen zu besprechen, und da ist die Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags aus mancherlei Gründen die einzige, in der die spärlichen Versammlungsrechte wahrgenommen werden können. Dies wird nun anders, nicht in Rücksicht auf das leibliche Wohl der Bevölkerung, sondern zum besten der Kirche, die, wie gesagt, fast jeglichen geistigen Zusammenhang mit der großen Masse der Bevölkerung verloren hat. Es ist wahrscheinlich, daß die Herrschaften, die an der seit einiger Reihe von Jahren mit unändiger Eifer betriebenen Kirchenbauerei ihre Freude haben, auch über die neueste Beschränkung des bishigen Versammlungsrechts jubeln werden. Die guten Leute täuschen sich aber gewaltig, wenn sie glauben, daß durch solche auf Neuerlichkeiten berechnete Maßnahmen etwa den zunehmenden Erfolgen der Sozialdemokratie Schranken gesetzt werden können. Neue Erbitterung auch in Kreisen, die bislang noch nicht daran gewacht haben, sich unserer Partei anzuschließen, wird die Folge von den Maßnahmen sein, welche deutlich den Anschein erwecken, daß durch sie nicht das physische Wohl der Bevölkerung, sondern das Ansehen einer mit dem Leben und Schaffen des Volkes äußerst wenig zusammenhängenden Kirche gehoben werden soll. Im Kampf für Ordnung, Religion und Sitte ist auch in diesem Falle keineswegs die richtige Waffe gefunden worden.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 13. Oktober.

Die Konvertirung der 4prozentigen Staatsanleihen wird eine allgemeine. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ kündigt die Konversion von 315 Millionen 4prozentiger Staatsschuld in 3 1/2prozentige an, wovon aber die Pensionsfonds nicht betroffen werden. Eine weitere Herabsetzung des Zinsfußes soll in den nächsten zehn Jahren nicht stattfinden.

Auch diese Konvertirung hätte viel früher stattfinden können, war doch der Kurs der 4prozentigen württembergischen Anleihen an der für sie maßgebenden Frankfurter Börse am 31. Dezember der Jahre 1886 bis 1895 104 1/4, 105,60, 105,60, 107,50, 106,50, 104,70, 104,80, 104,80, 103,50. Da aber die 3 1/2prozentigen Anleihen schon jetzt einen Kurs von (Ende 1894) 102,50 und (Ende 1895) 102,30 hatten, so wäre die Konvertirung in 3 1/4 oder 3 pCt. Stünde schon jetzt erwägenswerth gewesen. Desto mehr Anstoß muß es erregen, daß eine Konvertirung auf 10 Jahre ausgeschlossen sein soll. Ueberall die gleiche zarte Rücksicht auf das rentenempfangende Publikum in einer Zeit, wo man die dringendsten sozialen Reformen als undurchführbar erklärt. Es lebe die Klassenpolitik!

Die „Kreuz-Zeitung“ trat gestern in zwei drohenden Artikeln gegen die Oeffentlichkeit im Militär-Strafprozeß-Verfahren auf. Natürlich ist es die Rücksicht auf den inneren Feind, der die Weibehaltung des gegenwärtigen Gerichtsverfahrens zur zwingenden Pflicht macht. Die Oeffentlichkeit bedroht nach dem Junkerblatt die „unumgänglichsten (H) und heiligsten Heeresgüter“, sie wird das Heer von seinen hohen Aufgaben gegen innere und äußere Feinde ablenken, ja zu einer Gefahr für den Staat selbst machen. Und, was die Hauptsache, die Oeffentlichkeit dient direkt zur Förderung der Sozialdemokratie, die, wie wenigstens die „Kreuz-Zeitung“ meint, bislang dem Heere nicht hat bekommen können. Den Sozialdemokraten“, so heißt es, „böte die Volksöffentlichkeit im Militär-Strafprozeß einfach nur eine Vergrößerung der Angriffsfläche, das Recht selbst würde ihnen nur die Pforte erweitern, durch welche die Dekonstruktion auch ins Heer zöge.“ Leider vermischen wir in dem Artikel statisches oder sonstiges Material über die Gefahrengröße, welche die bayerische Armee, in der doch seit langem die Oeffentlichkeit im Strafprozeß üblich ist, für den Bestand des Staates mit sich bringen möchte. Das mit Gott für König und Vaterland kämpfende Blatt scheint immer noch nicht zu wissen, daß durch ein derartiges Geschreibsel den „heiligsten und unumgänglichsten Heeresgütern“ weit mehr geschadet wird, als durch die Oeffentlichkeit des Strafverfahrens in dem Falle geschehen könnte, daß das letzte Bollwerk gegen den inneren Feind wirklich

von der moralischen Gesundheit strotzte, die ihm in den erwähnten Artikeln zugeschrieben wird. —

Der Fall Berthold und der Eid. Gelegentlich des immer noch fortdauernden Mordprozesses gegen den Maurer Berthold wird uns aus München geschrieben: Momentan spielt sich hier vor dem oberbayerischen Schwurgericht ein Prozeß ab, der in gewisser Beziehung auch an den Essener Meineidprozeß erinnert. Angeklagt ist ein Maurer namens Berthold, drei Frauen am 14. Februar dieses Jahres erwürgt zu haben. Die grauenhafte That erregte hier großes Aufsehen und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ konnten bei ihrem lächerlichen Drang, sich immer wichtig zu machen, es nicht unterlassen, den öffentlichen Untersuchungsrichter zu spielen, und zwar dadurch, daß sie ihre Spalten jedem Kratsch öffneten und auch das Bild des mitmachenden Mörders kratsch. Dieses Handworfengebahnen wurde dem Blatt von der Polizeidirektion leider nicht sofort gelegt und daher gelang es demselben, einer ziemlich Anzahl von Leuten den Kopf derart zu verreiben, daß sehr viele den Berthold gesehen haben und kennen wollen, denen er vielleicht niemals vor Augen kam. Infolge dieses für die Gerichtsthätigkeit äußerst mißlichen Umstandes sind natürlich die Zeugnisaussagen nur mit äußerster Sorgfalt aufzunehmen und daher wurden als Sachverständige zwei Psychiater geladen, die sich über die Glaubwürdigkeit einiger Zeugen zu äußern haben. Diese Herren, Obermedizinalrath Dr. Grashof und Dr. Freiherr v. Schrenk-Nohing, äußerten sich einstimmig dahin, daß ein Zeuge bei einem sensationellen Falle sehr wohl die feste Ueberzeugung haben kann, die Wahrheit zu sagen und dennoch unwahres vorbringt. Wir führen hier zum Beweise die Gutachten der Sachverständigen bezüglich eines Zeugen an: Dr. Grashof sagte u. a.: Ich bin der Ansicht, daß es, wenn es sich um einen sensationellen Fall handelt, der seit längerer Zeit die Presse beschäftigt hat, und wenn durch letztere aufgefordert wird, daß jeder angeht, was er weiß, gewissen Personen schwer wird, sich solchen Einflüssen zu entziehen. Solche Individuen halte ich alle für krank. Unter all den Leuten, welche sich gemeldet haben und den Berthold gesehen haben wollen, mögen vielleicht 20 pCt. solche Individuen sein. Die Aussage des Penninger z. B. macht auf mich aus diesen Gründen keinen glaubwürdigen Eindruck. Penninger sagt mit dem besten Willen die Wahrheit, aber er nimmt gehörtes für Gesehenes an.

Dr. Frhr. v. Schrenk-Nohing bestätigt das von Professor Dr. Grashof Ausgeführte. Der Sachverständige fährt fort: Ich möchte noch weiter erwähnen, daß sogenannte psychische Epidemien große Volksmassen erregen können. Solche Massenbewegungen spielen im Leben der Völker eine große Rolle. Daß die Presse außerordentlich große suggestive Gewalt hat, ist außer allem Zweifel. Es erfolgt aber eine Korrektur solcher psychischer Erregungen durch die Gegen suggestion bei Leuten von Erziehung, Bildung, Einfluß. Ich kann nicht leugnen, daß durch die Presse eine gewisse psychische Epidemie in dem vorliegenden Falle hervorgerufen wurde und ich habe die Ueberzeugung, daß eine große Zahl von Zeugen durch die Presse und die gegebenen Bilder in ihren Wahrnehmungen beeinflusst wurde. So halte ich z. B. den Penninger für beeinflusst. —

Diese beiden Gutachten beweisen deutlich, daß Zeugen sehr wohl einander direkt widersprechen können und dennoch jeder derselben fest überzeugt ist, die Wahrheit zu sagen. Von einem Meineid kann infolge dessen hier keine Rede sein. Gerade der Prozeß Berthold lehrt, wie vorsichtig man mit der Klageerhebung wegen Meineides umgehen sollte und wie nöthig es wäre, das Verfahren in der Essener Affäre nochmals aufzunehmen.

Der Rücktritt Rosebergs von der liberalen Partei in England ist mehr als eine persönliche Frage, sie bedt den Zerfall der Partei offen auf. Man erklärt nun, die Partei brauche im Augenblick keinen Führer. Das kommt bei einer parlamentarischen Partei in England der offenen Erklärung nahe, daß die Partei nicht daran glaube, in absehbarer Zeit zur Herrschaft zu kommen und daß eine Erörterung über die Person des künftigen Führers das Auseinanderfallen der Partei zur Folge haben würde. In der liberalen Partei in England sind zahlreiche Schattierungen, die sich lediglich durch Familientraditionen und dergleichen von den am Ruder befindlichen Konservativen und in gar nichts von den mit diesen verbündeten Unionisten unterscheiden. So wie diese von den Konservativen nicht unterschieden werden können, so der manchesterliche Theil der liberalen Partei. Ueber kurz oder lang wird auch dieser in dem Schooß der großen konservativen Ordnungspartei Unterschlupf finden und übrig werden bloß bleiben von der großen liberalen Partei die Radikalen mit mehr oder weniger Anlehnung an die Sozialisten.

So sehen wir auch in England die Parteierziehung, diese für alle Länder in den letzten Jahr 1 so charakteristische Erscheinung! Wer hätte es noch vor fünf Jahren unter dem Ministerium Gladstone für möglich gehalten, daß jetzt Gladstone, Roseberg und selbst der in seinem Ehrgeiz unverwundliche Harcourt es ablehnen, die Führung der liberalen Partei beizubehalten.

So traurig diese Entwicklung für die liberale Partei ist, so erfreulich ist sie für die politische Entwicklung des Landes. Sie schafft Bahn für eine radikale Sozialpolitik und für den Sozialismus. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Straßburg i. E. der Biegeleiarbeiter Reinhardt aus Kronenburg zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Reinhardt, der die Ausrufung in angestimmtem Zustande gethan hatte, war von seinem eigenen Sohne angezeigt worden.

Deutsches Reich.

— Das Ende des Flottensammelungs-Bankrotts, 1125 M. 29 Pf., alles, was zur Anschaffung von Kriegsschiffen gesammelt wurde, ist den Verunglückten des „Nis“ zugewiesen worden.

— Eine neue Verfügung des Justizministers greift überaus föhrend in das Strafrechtsverfahren ein. Seit Beendigung der Gerichtsferien ist an sämmtlichen preussischen Gerichten ein neues Formular für die Ladung von Zeugen im vorbereitenden Strafverfahren eingeführt worden, welches sich in der Praxis als durchaus unpraktisch erweist. Auf den früher gebräuchlichen Formularen war theils im Druck, theils in Handschrift kurz und bündig zu lesen: In der Strafsache wider N. N. werden Sie zu einer Vernehmung als Zeuge (solat Tag und Stunde, Nummer des Zimmers und Name des Richters) geladen. Jetzt dagegen heißt es im echten Gerichtsstil: In einem anhängig gewordenen Ermittlungsverfahren werden Sie zu einer Vernehmung als Zeuge u. s. w. geladen. Theoretisch ist der Unterschied gar nicht so groß, in der Praxis erst zeigt sich die Wirkung der Aenderung. Früher erfahen die Zeugen sofort aus der Ladung, in welcher Angelegenheit sie vernommen werden sollen, heute ist dies nicht mehr erkennbar gemacht. Früher brachte der Zeuge in den meisten Fällen sein Beweismaterial gleich mit zur Stelle, heute spielt sich ein überwiegender Theil der Vernehmungen in der Weise ab, daß der vernehmende Richter auf die an den Zeugen gerichtete Frage: „Was wissen Sie von der Sache?“ die Antwort erhält: „Ich bin momentan nicht genügend informiert. Zu Hause habe ich genaue Notizen und schriftliche Beweismittel, doch habe ich das Material nicht mitgebracht, weil ich nicht wissen konnte, in welcher Sache ich vernommen werden sollte.“ Das Resultat ist dann gewöhnlich, daß der Zeuge zu einem anderen Tage bestellt und ihm ausgegeben wird, sein Material mit zur Stelle zu bringen. So werden in der Regel statt eines Termines deren zwei erforderlich gemacht und das Schreibwerk wächst ganz bedeutend, obwohl man sonst höheren Ortes stets auf Verminderung desselben bedacht sein will. Nun wird als Beweggrund für die eingetretene Aenderung geltend gemacht, daß es der schnellen Ermittlung der Wahrheit förderlicher ist, wenn die Zeugen, unvorbereitet, mit dem Zweck ihrer Vernehmung bis zum Beginn derselben nicht bekannt gemacht würden; praktisch wird das direkte Gegentheil erreicht. Wenn die Zeugen wegen mangelnder Information zu einem neuen Termine vorgeladen werden müssen, wissen sie genau, auf was es ankommt, und eine Kollisionsgefahr, die man vielleicht vermeiden wollte, kann nun erst recht entstehen.

— Bei Strafvollstreckungen sollen, wie die „Deutsch. Tagesztg.“ erklärt, nach einer Verfügung des Justizministers nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer, sondern auch die der Arbeitgeber und Dienstherren möglichst gewahrt werden; so beispielsweise durch Rücksichtnahme auf die Erntezeit. — Das agrarische Blatt begrüßt diese Verfügung mit Freude und Dank. Sozialdemokratische Arbeiter werden aber, wenn sie wegen ihres Glaubens an die Redefreiheit zu Gefängnis verurtheilt werden, meist unweigerlich zum Strafantritt gezwungen, wenn sie auch mit Rücksicht auf ihre Erwerbsverhältnisse noch so dringend um Strafausschub ersuchen. Mit dem bekannten Rechtsgrundsatze unseres Schönstedt steht diese Praxis nicht im Widerspruch.

— Für die Unterstutzung der Wahl des freisinnigen Kandidaten in Brandenburg-Westhavelland hat der Schutzverein gegen agrarische Uebergriffe 1500 M. beigetragen. Herausgeschmissenes Geld!

— Herr Dr. Wilhelm Kauser hat nun die Chefredaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angetreten. Er will in den Fußstapfen seiner Vorgänger bleiben, also seine Zeitung weiter in dem auf des abgebrühtesten und unwissendsten aller Reptile stehen lassen. Er führt sich in der ersten von ihm gezeichneten Nummer folgendermaßen ein:

„Auch unter meiner Leitung wird die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihrer überlieferten Aufgabe treu bleiben und, gestützt auf zuverlässige Informationen, in konservativem Sinne für Kaiser, Reich und Landeswohlthätigkeit eintreten. An die Gönner, Freunde, Leser und Mitarbeiter des Blattes richte ich die Bitte, der „Nordd. Allg. Ztg.“ auch ferner ihr werthvolles Wohlwollen zu erhalten.“

Dr. W. Kauser.
Alle unabhängigen Blätter drücken Herrn Dr. Kauser zu dieser unglücklichen Einführung ihr tiefgeföhltetes Beileid aus. Daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ in den alten Geleisen bleibt, beweist schon ihr erster Beitrag unter der neuen Chefredaktion. Er beginnt mit folgenden Sätzen:

Die sozialdemokratische Presse ist, wie man weiß, im allgemeinen nur das Sprachrohr des Parteivorstandes. Jeder Versuch einer Redaktion, sich einmal selbständig zu regen, wird sofort mit terroristischen Mitteln unterdrückt.

Jeder Leser unserer Presse weiß, wie unrichtig diese Behauptung ist. Wie hätten sie nicht der Erwähnung werth gefunden, wenn sie nicht in einem Organe stand, das nie eine eigene Meinung hatte und auch in Zukunft keine haben will.

— Vom Schroeder-Poggelow. Der „Damb. Korr.“ schränkt seine frühere Meldung, daß die Oskafrikanische Plantagen-Gesellschaft gegen ihren früheren Direktor Dr. Schroeder-Poggelow den Klageweg beschreiten wolle, dahin ein, daß in einer stürmischen Aufsichtsrathssitzung Dr. Schroeder seine Entlassung eingereicht und eine Untersuchung gegen sich selbst beantragt habe. Der Aufsichtsrath habe dann eine Untersuchungskommission eingesetzt, die in der Arbeit begriffen sei. Ehe diese Untersuchung beendet sei, könne von einer Klage nicht die Rede sein.

— Eine neue Scylla und Charybdis ist für den nördlichen Seefahrer der Weg um Stagen als durch den Nordostkanal geworden. Nachdem derselbe drei Wochen lang durch den in demselben gestrandeten und umgelippten Dampfer „Johann Siem“ gesperrt war, hat gleich nach seiner Wiederbenutzung ein anderer großer Dampfer eine mit 700 Eisenbahnschienen beladene Schute in den Grund gehohlet. Der Kapitän des Dampfers deponirte 7000 M. und setzte seine Reise fort. Inzwischen hat ein neuer Dampfer Kiel als Nothhafen aufgesucht, um ein Loch dicht machen zu lassen, das ihm im Kanal durch das Zusammenstoßen mit einem ihm begegnenden Dampfer erzeugt wurde. So sehen Unfälle auf Unfälle, von denen der des „Johann Siem“ allein für Bergungslohn, Reparatur und Verlust der Ladung an 300 000 M. kosten dürfte. Schuld an den vielen Unfällen tragen nicht allein die Kanalverhältnisse, sondern vielfach auch die Ladeverhältnisse der Schiffe als auch die Beschaffenheit der Schiffe überhaupt. Ob sich wohl die Regierung veranlaßt sieht, um an der Hand des im Nordostsee-Kanals gewonnenen Materials den Schiffen eine strenge finanzielle Kontrolle vorzuschreiben? Aber sie wird wohl den Verhältnissen zum Trost der Macht des Kapitals weichen.

— Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, sagt die preussische Verfassung. Damit stimmt hübsch überein folgende Notiz aus Kiel: Polizeilich aufgelöst worden ist der Les- und Diskussionsklub Freiheit, weil er sich mit sozialpolitischen und wissenschaftlichen Fragen beschäftigte und Frauen als Mitglieder aufzunehmen hat.

— Christlich-Sozial zieht nicht! In tiefer Bekämmerung versendet ein Leipziger Verleger christlich-sozialer Schriften eine Bitte, ihn zu unterstützen, da er sein ganzes Kapital in seinen Büchern festgelegt habe. Er stellt die Ergebnisse des sozialdemokratischen Druckchriften-Vertriebes mit denen seines christlich-sozialen Vertriebes zusammen. Der „Vorwärts“ habe achtzehn neue Druckchriften ausgeführt, von denen 966 000 Stück in einem Jahre verbreitet wurden. Dazu kamen noch dreizehn Neubrüde in Höhe von 79 000 Stück. Der christlich-soziale Verleger aber hat am 19. September sein Verzeichniß von siebzig Schriften an fünfshundert ausgewählte christlich-soziale Männer „gesandt und darauf ganze zwei Bestellungen erhalten.“

Meerane, 10. August. (Fig. Ber.) Unsere letzte Korrespondenz über hierorts eine großartige Wirkung und der hohe Gönner und ausgezeichnete Mitarbeiter des „Nis“ und Wochenblattes, hat sofort wieder uns den Gefallen gethan und einen fulminanten Gegenartikel losgelassen, wobei er freilich sein übliches Pech hat. In siebenthafter Dage sucht er zu beweisen, daß die bismärckischen „Damburger Nachrichten“ keinen Meeranischen Einsender brauchen und haben können. Ob und in wie weit er davon unsere Bürgererschaft überzeugen kann, bleibe dahingestellt. Die ganze Angelegenheit wird allgemein bekannt und das ist von großem Werth für die öffentliche Meinung. Der Vorfall mit der Feuerwehr, den wir nur gelegentlich registrierten, wird ebenfalls bekannt, was sonst nicht geschehen wäre; denn zu solchen geschehenen Dingen schweigt das „Nis“blatt aus Ergebenheit. Es gelangt der verehrten Redaktion des Wochenblattes zweifelt nicht, uns Entstellungen nachzuweisen; vielmehr wird unsere Korrespondenz bestätigt und vervollständigt, wofür wir dankbar sein möchten, denn vor allem wird dadurch nur dokumentirt, was wir meldeten. Der Einsender des Wochenblattes bekennet in seiner Buth gegen alles Sozialdemokratische (woran man den alten Hehapostel erkennt) mit hochpatriotischem Freimuth, daß nur die Wahl des Lokals zum Thüringer Hof den Grund des originellen Verbotes abgab, womit man die Sozialdemokraten in der Feuerwehr „erfreuen“ wollte. Auch die Versammlung der Feuerwehr für leistungsfähigen Freitag, zu welcher der Bote mehr als die erforderlichen Stimmen gesammelt hatte, wurde wegen des dritten Punktes der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Verbot, nicht gestattet, was ja auch der Schluppsatz: „Für eine Generalversammlung läge auch gar kein Grund vor“ u. s. w. zur Evidenz darthut.

— Die Dage gegen die Konsumvereine ist in Sachen flott im Gange. Bekanntlich sucht die Bourgeoisie diese Vereine im Interesse des Krämerthums zu vernichten, und zwar dadurch, daß sie in den Gemeinden eine Steuer auf den Umsatz der Konsumvereine einführt. An die Konsumvereine der Offiziere und Beamten wagt man sich natürlich nicht. Immerhin hat man sich in einigen Gemeinden soviel Befonnenheit bewahrt, um diesen Unzug nicht mitzumachen. So lehnte der Gemeinderath von Schönfeld bei Leipzig die Einführung der Besteuerung des Umsatzes der dortigen Filiale des Reichsdörfelder Konsumvereins mit 9 gegen 6 Stimmen ab. In Planitz bei Zwicau entschied der Gemeinderath ebenso. Geschärft sollte hier werden die Filiale des Schemedwiler Konsumvereins mit einem Jahresumsatz von 300 000 M. Vor diesem Punkte der Tagesordnung wurde beschlossen, für Planitz eine elektrische Licht- und Kraftanlage zu errichten, welche einen Kostenaufwand von über 200 000 M. verursacht; hierzu sollte der Konsumverein bluten, half aber alles nichts. Mit 8 gegen 6 Stimmen wurde die Umsatzsteuer abgelehnt.

— Die Reichstagswahl im 13. württembergischen Wahlkreise (Malen, Ellwangen, Gaildorf, Neresheim) findet laut amtlicher Bekanntmachung am Dienstag den 17. November statt. Außer der Sozialdemokratie hat noch keine Partei ihre Kandidaten nominirt.

— Zum Empfang des Zarenpaares in Darmstadt. Die der „Zeit“ aus Darmstadt gemeldet wird, lehnten die evangelische Stadtkirche die Theilnahme an dem Empfang des Zarenpaares, und die evangelischen Kirchenchöre ihre Mitwirkung an der Serenade im Hinblick auf den seinerzeit erfolgten Uebertritt der russischen Kaiserin zum russisch-orthodoxen Glauben ab.

Mannheim, 12. Oktober. („Volkstimme.“) Eine ungeheure Aufregung verursachte am Sonnabend eine militärische Schießerei in mitten der Stadt. Gegen 9 Uhr abends transportirten ein Sergeant und ein Gefreiter einen Deserteur vom Bahnhof ins Militärgefängniß. Letzterer nahm in der Nähe der Dragonerkaserne Reißaus. Als er auf dreimaliges Haltrufen nicht stehen blieb, gab zuerst der Sergeant, dann der Gefreite je einen scharfen Schuß auf den Flüchtling ab, ohne ihn indeß zu treffen. Auch ein dritter Schuß ging fehl, doch war der Ausreißer durch die Schüsse so erschreckt, daß er den Fluchtversuch aufgab und wieder eingefangen werden konnte. Schon auf den ersten Schuß waren aus allen Häusern Leute herausgestürzt, die Straße an und für sich war noch ziemlich belebt, all' das aber hielt die schneidigen Krieger nicht ab, ihre Kugeln die Straßenflucht entlang zu senden, unbekümmert, ob dieselben neben dem Flüchtling auch den einen oder anderen Zivilisten niederstrecken könnten. Soweit wir bis jetzt erfahren konnten, ist glücklicherweise nichts passiert. Aber wie schon gesagt, war die Aufregung des „Zivilpops“ eine ungeheure. Wir sind begierig, wie sich die Militärbehörde zu der Affäre stellt. Werden die leichtfertigen Schützen bestraft, wie es das Rechtsbewußtsein des Volkes verlangt?

— Eine merkwürdige Rechtsauffassung hat, nach der „Ulmer Zeitung“, der Oberamtmann in Ehlingen a. D. kundgegeben. Ein Freiherr in Gronheim kam mit einer Gemeinde in Konflikt. Der Baron verurtheilte, einen öffentlichen, seit unordenlichen Zeiten bestehenden Fußweg im Dorfe abzugeben, indem er eigenmächtig, ohne jede richterliche Entscheidung, an einem Ende des Fußweges ein tiefes Loch graben ließ, um einen Posten einzusetzen. Der Schultheiß der Gemeinde ließ von Polizei wegen das Loch wieder zuverfen. Raum war dies geschehen, wurde er vor das Oberamt Ehlingen zitiert, woselbst ihn der Oberamtmann mit folgendem Donnerwetter empfing: „Wie kommen Sie dazu, einem königlichen Kammerherrn so zu begegnen, dem dritten nach dem König! Sie haben gar nichts gegen den Herrn Baron zu thun. Sie haben ihn nur zu bitten, ihm nichts zu befehlen! Sie Bauernschultze! Sie Pascha von Gronheim. Eine solche Frechheit gegenüber einem königlichen Kammerherrn, wenn er ein Loch aufmacht, es wieder zumachen. Eine Reipetische hätte der Herr Baron nehmen sollen und Sie recht durchzuführen!“ So ging es noch eine Weile fort, und das Endresultat bestand in einem Erlaß des Oberamts an das Schultheißenamt Gronheim, daß von Polizei wegen aufgefüllte Loch wieder zu öffnen und in der alten Tiefe herzustellen. Im übrigen wurde die Gemeinde auf den Verwaltungsweg verwiesen. — Der Ehinger Oberamtmann entspricht vollkommen den Idealen unserer ostelbischen Junker. Fuchsmühl sollte für solch feudale Gesellschaft doch zur Warnung dienen.

Oesterreich.

— Eine Vermehrung der Heereslasten stellte bei der Beratung des Rekrutenkontingents im Abgeordnetenhanse der Landesverteidigungs-Minister in Aussicht. Das Rekrutenkontingent wurde bewilligt und eine Resolution des Abgeordneten Vorjard, welche die Regierung aufforderte, wegen Einführung internationaler Schiedsgerichte mit anderen Mächten in Fühlung zu treten, wurden ebenfalls angenommen.

— Das Wahlreformgesetz ist bekanntlich auch vom Standpunkte seiner Schöpfer ein der Ergänzung bedürftiges Gesetz, da die Provinzialvertretungen, die Landtage, über den

Wahlmodus — direkte oder indirekte Wahl — zu entscheiden haben. Dies geschah, um vor allem in Galizien die nächsten Wahlen noch indirekt vorziehen zu lassen, weil diese Wahlart die Beeinflussung der Wahlen durch die beherrschenden Organe in hohem Maße erleichtert. Die Politik des Grafen Badeni geht dahin, die Landtage vor Ausschreibung der Wahl nicht mehr zusammenzubersufen und so die Wähler in den meisten Kronländern, vor allem in Galizien, auf indirektem Wege vornehmen zu lassen. Die Junggehehen, die den edlen Grafen zwingen wollen, Farbe zu bekennen, haben folgende Interpellation gestellt:

Nach den Bestimmungen der Wahlreform-Novelle vom 17. Juni d. J. hängt die Art der Wahl in den Reichsrath zu einem bedeutenden Theile von den über die Art der Wahlen in den Landtag getroffenen resp. zu treffenden Beschlüssen der Landtage ab. Es ist sohin als Konsequenz der Reichsraths-Wahlreform anzusehen, daß den Landtagen der Reichsraths-Wahlen die Möglichkeit geboten werde, die Landtagswahlordnung in Erwägung zu nehmen und eventuelle Reformbeschlüsse zu fassen. Die Interpellanten stellen die Frage, ob der Ministerpräsident bereit sei, dieser Konsequenz der Reichsraths-Wahlordnung Rechnung zu tragen und in seiner Kompetenz dahin zu wirken, daß die Landtage der Reichsraths-Wahlen und Länder vor Ausschreibung der Reichsrathswahlen auf jeden Fall zu einer Tagung einberufen werden.

— Die Zeugenpflicht der Abgeordneten. Der Immunitätsausschuß hielt am 9. Oktober eine Sitzung, in der der Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Dr. Pacal betreffend die Zeugenpflicht der Abgeordneten in Verhandlung gezogen wurde. Zu der Sitzung, der der Justizminister Dr. Graf Gleispach beizwohnte, war auch der Antragsteller Dr. Pacal geladen. Justizminister Dr. Graf Gleispach verteidigte das Entschieden des Obersten Gerichtshofes und brachte dem Ausschusse drei Grundätze zur Kenntniß, auf Grund deren er sich eine Gesetzesnovelle, die geschaffen werden müßte, denke, und zwar: 1. Ein Abgeordneter dürfe nur mit seiner Zustimmung über den Inhalt seiner Rede einvernommen werden; 2. Wenn er sich weigere, Zeugniß abzulegen, nur mit Zustimmung des Hauses; 3. In Ehrenbeleidigungs-, Verleumdungs- und Ehebruchsachen auch ohne Zustimmung des Hauses. — Hierüber entwickelte sich eine lebhaft Debatte. Mehrere Mitglieder des Ausschusses sprachen sich für den ersten und zweiten Grundatz mit einigen Abänderungen aus. Die Majorität des Ausschusses hielt jedoch an dem Grundsatze fest, daß die Zeugenpflicht eines Abgeordneten nur mit Zustimmung des Hauses zulässig sei. Es wurde ein dreigliedriges Subkomitee gewählt, um dem Ausschusse präzisere Anträge vorzulegen.

Diese Verhandlungen sind für alle parlamentarischen Körperschaften von Bedeutung. Bei uns im Deutschen Reiche macht man sich freilich über solche Fragen keinerlei Kopfzerbrechen.

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. Den sozialistischen Gemeinderath von Roanne, welcher den Russenfestlichkeiten ferngeblieben war, haben die republikanischen Mitglieder einen Protest überreicht, worin sie die Erklärung abgeben, sie würden künftighin den Sitzungen nicht mehr beizwohnen. Jährlicher für unsere Genossen!

Paris, 13. Oktober. Die rabulischen Blätter verlangen die Veröffentlichung des russisch-französischen Vertrages. Millerand kündigt an, die Sozialisten würden über den russisch-französischen Vertrag Auskunft verlangen, welche die Regierung nicht verweigern könne. Auf Befragen erklärte Millerand, er glaube nicht, daß der Kaiser von Rußland gekommen ist, um Frankreich beim Wiedererwerb von Elsaß-Lothringen zu helfen.

Paris, 12. Oktober. Ein Artikel der „Santerne“ hatte dem Minister Barthou vorgeworfen, daß er als Arbeitsminister gelegentlich der Beratung der den Eisenbahnen zu gewährenden Garantien Finanzspekulationen unternommen habe. Die „Santerne“ theilt nunmehr mit, daß der Minister Barthou die Bestellung eines Ehrengerichtes verlangt habe.

Paris, 11. Oktober. Ein amtliches Telegramm meldet, daß der neue Oberbefehlshaber auf Madagaskar, General Gallieni, seine Stellung in Zananzario am 28. September angetreten hat. Die Provinzen, in denen die Unruhen herrschen, sind als Militärterritorien erklärt worden. Oberst Gonard hat 40 Kilometer von Zananzario in der Richtung nach Majunga einen Erfolg über die Aufständischen davon getragen.

Paris, 11. Oktober. Die Royalisten haben bei der Abreise des Zaren einen Brief veröffentlicht, den das royalistische Gemeinderathsmitglied Lambelin an den Zaren gerichtet hat. In demselben wird in dem russischen Kaiser der Vertreter des monarchischen Erbes begrüßt und dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß Frankreich dieses Erbe nicht verkannt habe. Man hofft, das Vaterland werde die momentan unterbrochenen Traditionen wieder aufnehmen.

Es ist recht begreiflich, daß die Monarchisten die unrepublikanische Zarenbegeisterung für sich auszunutzen suchen.

— Die nächste Hochzeit der Orleans, die des Prince Gamelle, ältesten Sohnes des verstorbenen Thronprätendenten, des Grafen von Paris, mit einer österrichischen Erzherzogin, die das heirathsfähige Alter schon überschritten hat, wird, dem Wiener Betreter der „Daily News“ zufolge, das Gepräde einer politischen Demonstration annehmen. Alle Prinzen und Prinzessinnen des Hauses, von der Prinzessin Clementine bis zum zwölfjährigen Herzog von Montpensier werden anwesend sein. In der Hofburg und dem Schloß Schönbrunn werden alle verfügbaren Räume, selbst die Gemächer des verstorbenen Kronprinzen in Bereitschaft gesetzt. Ueber 30 Cavalliers d'Honneur werden den fremden Prinzen beigegeben werden. Die französischen Legitimisten werden vollständig in Wien erscheinen.

Italien.

— Crispi's Sohn. Man schreibt aus Rom: Es ist bekannt, daß Crispi's Sohn, Dr. Luigi Crispi, kürzlich in einem Prozesse wegen der Verleumdung der Gräfin Cellere eine keineswegs beneidenswerthe Rolle spielte. Dr. Crispi hat sich inzwischen nach Brasilien gewendet und bald darauf in Rio de Janeiro Gelegenheit gefunden, wieder von sich reden zu machen. Wie die in Queros Aires erscheinenden Blätter melden, ist Dr. Crispi mit der Frau eines der bekanntesten Journalisten Rio de Janeiro's, der ihm freundschaftlich beigegeben hatte, gekühen. Das Paar hatte auch die beiden Kinder des betrogenen Gatten mitgenommen, die dieser nur mit Hilfe der Staatsgewalt zurück erhalten konnte. Gegen Dr. Crispi wurde die Strafsamtshandlung eingeleitet.

Der ehrenwerthe Luigi scheint sich in seiner Umgebung recht nett herangebildet zu haben.

Spanien.

Madrid, 9. Oktober. (Fig. Bericht.) Wenn man wahrnimmt, daß selbst bei der Erfüllung der heiligsten Pflicht, welche die bürgerliche Gesellschaft der Nation auferlegt: das Terrain des Vaterlandes zu verteidigen, und mag dasselbe auch auf die unehrenhafteste Weise erworben sein, die Korruption eine große Rolle spielt, so darf man es den spanischen Generälen nicht besonders abelnehmen, wenn sie die Korruption bis auf äußerste treiben. Alle Welt weiß, daß General Martinez Campos nach dem kubanischen Kriege in den siebziger Jahren als reicher Mann heimkehrte, obwohl er früher nicht viel mehr besaß als eine arme Kirchenmaus. Und jetzt erhebt man in der Presse gegen den früheren Generalkapitän von Cuba, General Ochoa, welcher vor etwa einem Monat als „Gesundheitsbräcker“ nach Madrid zurückkehrte, die schwere Beschuldigung, daß er sich von dem Infulgentenfabrikanten Antonio Rocco habe bestechen lassen. Schon seit der Rückkehr wurde dies

Gericht überall mehr oder minder laut ausgesprochen. Die Presse wollte die Sache vertuschen; aber schließlich ging das nicht mehr, da die Spanen es von allen Dächern sangen.

Die heisse Sache soll sich folgendermaßen verhalten: Der Oberst Sotomayor befand sich mit seiner Truppenabteilung in der Provinz Pinar del Rio, Domäne der Aufständischen unter Maceo, in einer für den letzteren sehr ungünstigen Stellung. Um sich dieser Lage zu entziehen, bot Maceo dem genannten Oberst 20 000 Pesos oder 80 000 Mark, wenn dieser sich bereit erkläre, seine Stellung aufzugeben. Aber der Spanier lehnte ab. Da bot Maceo das Doppelte; aber der Spanier blieb unzugänglich und theilte dem Voten Maceo's mit, daß er ihn hängen lassen würde, wenn er sich in derselben Angelegenheit noch zum dritten Male zeigen sollte. Nun trat aber das wunderbare ein: nach Verlauf von einigen Tagen erhielt Oberst Sotomayor den Befehl, seine Stellung aufzugeben und zwar kam dieser Befehl vom Generalkommando, also von dem General — Ochando. Der Oberst führte den Befehl aber nicht aus, griff vielmehr die Aufständischen an und errang einen für die Spanier günstigen Erfolg. Dessen ungeachtet begab sich der Oberst nach Havanna, um General Weyler Mittheilung von dem Vorgefallenen zu machen. Bald darauf erfolgte die Demission Ochando's. Man nimmt nun an, daß letzterer das Geld der Aufständischen angenommen habe und dem Oberst den Befehl gab, seine Stellung aufzugeben; und man will wissen, daß der in Frage stehende Oberst die Sache in Privatbriefen seinen Freunden mitgetheilt haben soll.

General Ochando leugnet dies natürlich auf das allerentschiedenste. Es wird Zeit, den kubanischen Zustand zu beendigen, da das spanische Volk der Erschöpfung schon sehr nahe ist. Mehr als 200 000 Mann Landeskinder stehen auf Kuba und werden zum größten Theile Opfer des schrecklichen Klimas. Seit Anfang des Krieges sind 165 561 Mann nach Kuba gesandt worden, ohne die Erstgeleiteten zu rechnen, welche die zahllosen Verluste des bisherigen Bestandes zu decken hatten. Man macht sich keiner Ueber-treibung schuldig, wenn man die Zahl der nach Kuba entsendeten Menschen auf mindestens 250 000 Mann annimmt; nur zu gut weiß man hier, daß viele Regimenter vollständig aufgerieben worden sind und von den ursprünglichen Leuten nur noch sehr wenige besitzen. Aber man hat an diesen Opfern noch nicht genug: im November gehen weitere 45 000 Mann als Schlachtopfer nach Kuba; und nur wenige werden ihr Vaterland wiedersehen. Und was kostet der Krieg? Täglich etwa 2 Millionen Pesetas; und wozu all diese Opfer? Ein Nachwort der Vereinigten Staaten und die spanische Kolonialherrschaft hat wenigstens auf amerikanischem Boden für immer ein Ende.

Dänemark.

Der dänischen Volksvertretung sind durch die Regierung drei neue Gesetzentwürfe zugegangen. Ueber das eine Gesetz betreffend den Gewerbebetrieb ist im Ausschuss des Folkethings bisher noch keine Einigung erzielt. Wichtig ist der zweite Gesetzentwurf, der die Bewirtung und den Handel mit Branntwein, Wein und steuerpflichtigem Bier behandelt. In diesem wird bestimmt, daß die Gasthöfe nur Reisende aufnehmen dürfen und daß für den Ausschank von Spirituosen eine besondere Konzession erworben werden muß. Ferner soll in Zukunft das Recht zur Ausübung des Wirtschaftsbetriebes vom Minister des Innern nachgesucht werden, eine Bestimmung, die der Regierung wohl einen weiteren politischen Einfluß verschaffen soll. Das Recht zur Veranstaltung von Tanzergänzungen und zur Einrichtung von Billardsälen und Regelbahnen kostet eine besondere Abgabe von 10 bis 100 Kronen.

Rußland.

Die zahllosen Opfer der Verfolgungswuth der russischen Regierung veranlassen unsere Petersburger Genossen, den folgenden Aufruf zu veröffentlichen:

An die russische Gesellschaft!
Wir wenden uns an alle diejenigen, welchen die Interessen der russischen arbeitenden Klasse theuer sind, die nicht theilnahmelos dem großen Kampfe gegenübertreten, welchen die Arbeiter gegen das schwere Joch des Kapitals begonnen haben. In diesem denkwürdigen Jahre hat der russische Arbeiter sich dem sozialistischen Weltkampfe offen angeschlossen. Die Streiks dieses Jahres sind Euch bekannt. Mögen Euch auch die tausende von Opfern bekannt werden, welche in Gefängnisse gesteckt, verbannt, ausgewiesen und auf jede Weise ins Unglück geführt sind. Die Zahl der Kämpfer — Arbeiter, welche nur während des letzten Petersburger Streiks der 18 Fabriken verhaftet wurden, übersteigt 1000 Mann. Wir rufen jene von Euch an, welchen die Leute der That, und nicht der Worte, theuer sind, wir rufen Euch an, nach Kräften Hilfe zu leisten.

September 1896.
Der Verein für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse.

Türkei.

Der makedonische Bandenführer Gula Grutas wurde bei einem gestern stattgefundenen Zusammenstoß mit türkischen Truppen getödtet, und sein Kopf im Triumphzuge nach Crevena gebracht. Seine Wunde rückt inzwischen in der Richtung auf Sialista vor.

Konstantinopel, 18. Oktober. („Kölnische Zeitung.“) Die italienische Botschaft hat an die Porte eine in nachdrücklichem Tone gehaltene Note gesandt, in welcher der türkischen Regierung Vorstellungen betreffend die Ermordung eines jungen Italieners gemacht werden, der bei den Missethaten ums Leben kam. Die Note fordert zum Schluß Bestrafung der Schuldigen und Bezahlung einer Entschädigungssumme.

In Konstantinopel dauern die Verhaftungen von jungtürkischer Umtriebe verdächtigen Personen fort.

Afrika.

Marokkanisches. Nach einer Depesche des Madrider Blattes „Liberal“ aus Tanger haben der französische und der spanische Gesandte eine gemeinsame Reklamation an die marokkanische Regierung wegen des von maurischen Piraten auf eine französische Bark und ein spanisches Schiff ausgeführten Angriffs gerichtet.

Der Eingeborenenausstand in Transvaal dehnt sich weiter aus. Sechstausend Ausständische veruchen die Arbeiter mit Gewalt einzuschüchtern. Militäre wird zusammengezogen. Die meisten Bediensteten sollen angeblich den Streik unterstützen, weil sie fürchten, ihr Lohn werde herabgesetzt werden.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Und da komme ich zu dem anderen Punkte, von dem Bebel gesprochen hat. Er tadelt es, daß ich in der Polemik, in der ich verwickelt wurde, gesagt habe, „wenn der „Vorwärts“ in solchen Fragen scharfe Stellung genommen hätte, so wäre eine Spaltung möglich gewesen.“ Eine Spaltung in dem Sinne, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr als Ganzes zusammen steht, halte auch ich selbstverständlich für unbedenklich. Aber die Dinge haben sich so zugespitzt, daß eine ganze Menge der hervorragendsten Genossen in Bayern derartig gereizt waren, daß eine vorübergehende Spaltung wahrhaftig, ja gewiß gewesen wäre. (Zusimmung.) Aber das sind Ansichten. Ich weiß, daß es jener Zeit noch eine derartige

Animosität besteht, daß manche Genossen das alte freundschaftliche Verhältnis, das zwischen Genossen bestehen sollte, nicht wieder haben aufnehmen wollen. (Sehr wahr.) Jedenfalls habe ich niemand durch meine Haltung verletzt. Denken Sie an die Agrarfrage: der Frankfurter Parteitag nimmt eine Resolution an, die ich für schwächlich, für falsch gehalten habe. Ich hätte also gegen den Frankfurter Parteitag vorgehen müssen. Nun kommt der Breslauer Parteitag und fast eine umgekehrte Resolution. Soll ich da plötzlich gegen diese Stellung nehmen? Da hätte sich also der „Vorwärts“ über den Parteitag, über das höchste Forum der Partei, stellen müssen! Ist denn im „Vorwärts“ die Diskussion nicht geführt worden? Haben wir nicht alle Gründe, alles Für und Wider ohne „Unterdrückung“, alles was die Partei in der Agrarfrage geleistet hat, im „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht?

Derjenige, der von den Parteigenossen annimmt, daß sie ein denkendes Volk sind, der ihnen in Streitfragen die Kritik überläßt, hat doch wahrhaftig eine bessere Meinung von ihnen als derjenige, der sagt, das Individuum, heiße es nun Liebknecht, Bebel oder Auer dilirte ihnen von oben herab seine Meinung. (Sehr wahr.)

Meine Stellungnahme bin ich jeden Augenblick bereit, Ihnen vorzutragen; das aber zur Sache des Partei-Organis zu machen, zu sagen, das allein ist gut und richtig, das geht nicht. Dann ist gesagt, der „Vorwärts“ führe die Partei nicht, er überlasse das den Lokalsparteilägern. Ich habe mir gedacht, daß es das höchste Prinzip einer demokratischen Regierung sei, daß sie mit dem Volke mitgeht, daß sie die Stimmungen im Volke kennen lernt. Das andere ist der monarchistisch-zaristisch Standpunkt, daß die Meinung von oben diktiert wird. Unsere Organisation ist demokratisch, und da ist es nöthig, daß die Richtung aus der Masse heraus kommt. Wenn ich je einen Gedanken konsequent und jäh durchgeführt habe, so ist es der, zu verhindern, daß ein Leitbalmelthum in der Partei auskomme (Beifall), denn das ist das Verderben jeder Partei, und das ist mir als Schwäche angelegt worden, daß ich in einer Lebensfrage der Partei fest geblieben bin! Den Mann will ich sehen, der sich hinstellt und sagt: Ich habe in der Agrarfrage die allein richtige Meinung. Sie sehen, daß ich hier nicht oberflächlich und ohne Prinzip verhandelt habe.

Ich wiederhole: meine Person wird niemals ein Hinderniß sein. Es ist ein hartes Wort gefallen: indem man dem Liebknecht die Leitung des „Vorwärts“ gab, hat die Partei einen Fehler gemacht; an dem leidet sie jetzt. Ich bin nicht verheiratet mit dem „Vorwärts“. Ich bin jeden Augenblick bereit zurückzutreten, ich verschimmere meine Lage dadurch nicht. Ob es aber ein Fehler war, ob es nicht besser ist, den „Vorwärts“, so wie er jetzt ist, zu lassen, statt ihn zu einem Parteivorstandsorgan zu machen, möchte ich doch sehr bezweifeln.

Eins steht fest: ich habe mich stets bemüht, meine Schuldigkeit im Interesse der Partei zu thun (Beifall). So lange ich auf dem Posten stehe, werde ich meine Schuldigkeit thun im Interesse der Partei. (Beifall.)

Ich verweise nicht auf meine Vergangenheit, das fällt mir nicht ein. Ich habe schon vor 8 oder 9 Jahren in einer Volksversammlung in Mannheim gesagt: Wenn ich merke, daß ich der Kampfaufgabe nicht mehr gewachsen bin, dann trete ich zurück. Denn länger in einer Bewegung im Vorkampfe zu sein, als die Kräfte reichen, das ist thöricht. Wir brauchen kein Stolz zu geben, um mich von meinem Platze zu entfernen. Glauben Sie, daß ich mich nicht auch manchmal nach Ruhe gesehnt habe? Aber ich habe noch keinen gefunden, der es besser macht als ich, und nun schließe ich mit der Hoffnung, daß die Besprechungen auf diesem Parteitage dazu führen werden, den „Vorwärts“ so zu gestalten, daß den ungleichlichen Verhältnissen ein Ende gemacht wird. (Beifall.)

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr mit großer Mehrheit angenommen.

Schleicher-Mühlhausen stellt fest, daß er, obgleich seit gestern gemeldet, nicht zum Wort gelassen wurde. Er habe einen wichtigen Antrag für Glas-Bohrungen zu begründen.

In persönlicher Bemerkung nimmt Limm-Berlin seine scharfen Ausdrücke gegen Quard zurück.

Schmidt-Magdeburg erklärt, daß er einen persönlichen Vorwurf Liebknecht nicht machen wollen, er habe nur die Anschauung vieler Parteigenossen zum Ausdruck gebracht, daß Liebknecht an der Spitze des „Vorwärts“ nicht auf dem richtigen Platze sei.

Auer erklärt, er sei jeden Augenblick bereit, für jede Zeile, die im Verlaufe der Polemik in der Sache Quard im „Vorwärts“ geandert habe, ausdrücklich die Verantwortung zu übernehmen, wenn Quard es wünschen sollte.

In einem Schlußwort zu dem Punkt „Presse“ giebt

Spankuch die Erklärung ab, daß die Anträge 42 bis 44 von den Hamburgern zurückgezogen seien, da die Absicht, ihre Wünsche, die sie in Bezug auf die „Neue Welt“ hatten, in Gegenwart ihres Redakteurs zur Sprache zu bringen, erfüllt sei. Die Verhandlung hat gezeigt, daß Genosse Steiger guten Rathschlägen ja auch zugänglich ist. Die Zukunft wird lehren, ob die „Neue Welt“ weiteren Anlaß zu Klagen geben wird. Die erforderliche Klärung hinsichtlich der Verhältnisse im „Vorwärts“ ist ja nunmehr erfolgt.

In der Abstimmung werden die Anträge 34, 45, 49, 50, 51, 74 abgelehnt.

Zur Annahme gelangen die Anträge 31, 47, 52, 93 und 98. Der letztere ist von Bebel gestellt und lautet: der Parteitag wolle beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt“ auf ungefähr 25 000 M. herabgebracht werden kann.

Es erfolgt nunmehr die Diskussion zu dem Kassenerbericht. Dazu liegt der Antrag 94 vor: Der Parteitag wolle beschließen, daß der finanzielle Ausfall, der durch die Verbilligung des Neuen Welt-Kalenders entstanden, nicht wie bisher von den Kolporteurs, sondern von der Verlags-Buchhandlung getragen wird.

Greng: Vor zwei Jahren wollten die Leipziger Genossen aus ihrer Parteizeitung „Der Wähler“ ein anderes größeres Organ schaffen. Das kostete natürlich Geld. In Berlin war der Parteivorstand, an den sie sich wandten, bis an den Hals zugespitzt und gab keinen Groschen. Für Leipzig wäre es doch am allerwenigsten gefährlich gewesen, einmal ein paar tausend Mark zu geben. Dem „Wähler“ war noch ein Restbestand von 8000 M. da. Es mußten also Darlehen aufgenommen werden: 18 000 M., davon 8000 von Privatseite und 10 000 von Gewerkschaften. 2500 M. sind schon zurückgezahlt, 8000 M. kamen durch Geschenke als Preisfonds zusammen und das Leipziger Agitationskomitee der Partei gab 6000 M. Da trat aber das ganz Unerwartete ein, daß das neue Blatt einen kolossalen Aufschwung nahm. Der Abonnentenstand des „Wählers“ verdoppelte sich und das erforderte natürlich wieder eine Vergrößerung des Geschäftes und neue Mittel. Wieder mußte geborgt werden. Das Agitationskomitee gab 9000 M. und in diesem Jahre noch 2700 M. Nun außerhalb Berlins giebt es ja auch noch Leute, die verleben, ein Unternehmen zu leiten. In der kurzen Zeit von zwei Jahren ist es den Leitern des Leipziger Geschäfts schon gelungen, 14 000 M. zurückzugeben. Es ist nun mit überwiegender Majorität von den Leipziger Genossen beschlossen worden, 1000 M. an die Partei abzugeben, aber erst nach dem Parteitage, weil es unmittelbar vor dem Parteitage zu toll aussehe würde. Die Möglichkeit hätten wir dazu schon jetzt gehabt. (Beifall.)

Riesel-Berlin: Wir sind der Meinung, daß die einzelnen Städte mit ihren Parteibeiträgen nicht so im Rückstande bleiben dürfen, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Berlin hat 36 000 M., Hamburg 25 000 M. abgeliefert. Auch in den großen Städten ist es nicht so leicht, solche Summe zusammenzubringen. Aber wir thun unsere Schuldigkeit.

Singer bittet den Redner zum Kassenerbericht zu sprechen. Riesel erklärt sich gegen den Antrag 94.

Marxille-Hamburg: Als Vertreter eines schleswig-holsteinischen Kreises muß ich erklären, weshalb diese Genossen ihre Pflicht Geld an die Parteikasse zu schicken, in größlicher Weise vernachlässigen, wie der Parteibericht sich ausdrückt. Alles Geld muß nach dem Vororte, in diesem Falle an die Agitationskommission in Neumünster geschickt werden.

Albrecht-Dalle: Wenn Halle nur mit 5 M. im Kassenerbericht figurirt, so liegt das an den Kosten der Nachwahl, die über 4000 M. betragen haben. Wir haben unser Partei-Organ seit 7 Jahren ohne Unterbrechung gehalten. Auch hatten wir im letzten Jahre viel Projektkosten. Auch dieser Redner wendet sich gegen Antrag 94.

Börard ersucht gleichzeitig den Antrag 94 abzulehnen, weil dadurch dem Hamburger Geschäft ein großes Defizit entstehen würde. Die Kolporteurs haben durchaus keinen großen Schaden. Ihr Verdienst beträgt noch immer 41 pCt. Der Kalender ist durchaus nicht schlechter geworden. In diesem Jahre ist die Nachfrage außerordentlich groß. Ende September war die erste Auflage bereits vergriffen.

Schmalfeld-Bremerhafen: Ich habe selber Bedenken gegen den Antrag, den ich zu vertreten habe. Wir können aber doch wohl wie früher fünfzig Pfennige für den Kalender nehmen. Er ist sehr gut. Das würde auch im Interesse der Partei-Buchhandlungen und Partei-Kolporteurs liegen. Wenn Bremerhafen und Umgegend in dem verflochtenen Jahre weniger als sonst in die Parteikasse gesteuert haben, so liegt das daran, daß wir die „Norddeutsche Volksstimme“ in Westermünde, die bisher im Privatbesitz war, in Parteiregie genommen haben. Das erfordert immerhin 8—9000 M.

Ein Schlußwort wird angenommen.

Im Schlußwort bemerkt Greng: Genosse Greng hat der Parteileitung vorgeworfen, daß sie nicht ein paar tausend Mark für Leipzig geopfert hat. Wir haben aber aus den Bässen, die er anführte, gesehen, daß es sich um einige zehntausende gehandelt hat. Wir hatten allen Grund, dies Verlangen zurückzuweisen, denn was wir Leipzig bewilligt hätten, hätten wir auch anderen Städten nicht abschlagen können. Was die weiteren Vorwürfe anlangt, so habe ich nur erklärt, daß man sich auf Leipzig nicht berufen kann, weil dort die Verhältnisse anders liegen und weil die Leipziger Genossen bei der Fülle dessen, was ihr Organ bietet, sich vielleicht überlegen müßten, ob nicht eine Erhöhung des Abonnementspreises angebracht wäre. Voraus ist dann in dem Bericht über den westfälischen Parteitag die Deutung entstanden, es sei zweifelhaft, ob das Leipziger Blatt prosperirt. Zum Schluß bitte ich nun noch, daß die Parteigenossen unsere jarten Winke beherzigen und die Ueberflüsse an uns abführen mögen, damit es nicht nöthig ist, sie im nächsten Jahre wieder an ihre Pflicht zu erinnern.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages 94.

Der Antrag Reister, dem aufgelösten Parteivorstand und dem an seine Stelle getretenen Ausschuss Decharge zu erteilen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 6 Uhr.

Verfassungen.

Der Sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen hielt am 4. Oktober seine Generalversammlung ab. Die Einnahme betrug im letzten Quartal 52,55 M., die Ausgabe 19,85 M., somit ist ein Bestand von 32,70 M. vorhanden. An gelesehenen Zeitungen und Broschüren wurden 45 Kilogramm gesammelt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Schulze, Vorsitzender; Sump, Kassirer; Oswald, Schriftführer; Werner, Beisitzer; als Revisoren wurden Behrends und Klüber gewählt. Die Vereinsthungen werden jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, vormittags 10 Uhr, bei Binte, Jüdenstr. 88, abgehalten.

Eine öffentliche Versammlung der Glaser, die am Montag in den Arminkallen abgehalten wurde, erklärte den Streik für beendet, da, wie aus den Darlegungen der Streikkommission hervorging, die hauptsächlichste Forderung, der Reinstudententag, im allgemeinen als durchgeführt betrachtet werden kann. Ueber folgende Werkstellen, die noch nicht bewilligt haben, wurde die Sperre verhängt: Franz Becker, Wahl u. Sahn, Jäglisch, Jachmann, Schelzli, Prokon, Gantner, Schmidt, Kangerstraße, Nothland. Die Versammlung beschloß ferner, den wöchentlichen Beitrag zum Streikfonds auf 50 Pf. herabzusetzen und wählte als Revisoren der Streikkommission die Kollegen Fiegel, Majewski, Peters, Grabow.

Steglich. Am 9. d. M. fand in Steglich eine öffentliche Protestversammlung gegen den Ausschluß der Frauen vom Vergütungen der Arbeiter statt. In letzter Zeit weht in Steglich ein besonders scharfer politischer Wind, die Behörde macht jedoch, natürlich, ohne daß sie davon eine Ahnung hat, für und durch ihre Verbote die beste Agitation, indem sie das schöne preussische Vereinsgesetz jetzt schon auf einen einzelnen Bürger, der zufällig auch Mitglied eines politischen Vereins ist, in Anwendung bringt. Die Vorfälle wurden dem Genossen Mohr erst beschleunigt und bewilligt. Nachdem bereits die 9,50 Steuern dafür bezahlt waren, wurde das Vergütigen infolten illusorisch gemacht, als die Uebelnahme der Frauen unterlag wurde. Ebenso fand das Vereinsgesetz Anwendung auf beide im Orte bestehende Gefangene. Dem einen wurde ein Sitzbänneken als Versammlung aufgelöst von dem anderen verlangt man dagegen ebendenn, nachdem derselbe schon verschiedenes Jahre besteht, die Statuten und die Mitgliedsliste. In obiger Protestversammlung waren der Anführer, sowie sämtliche Gemeindevorsteher eingeladen, jedoch nur ein Gemeindevorsteher, Herr Schebesta, war erschienen. Derselbe gab zu, daß er diesen Druck seitens der Behörde nicht für angemessen halte, er erklärte jedoch, selbst nicht in moralischem Sinne auf eine Aenderung einwirken zu können. Das Referat in dieser Versammlung hatten Genosse Wagner und Fraulein Dittlie Baader übernommen. In scharfen Worten kritisirten die Redner die Maßnahmen der Behörde. Es wurde eine Resolution angenommen, welche in schärfster Weise zu dem Vorgehen der Behörde Stellung nahm, ferner wurde das Bureau beauftragt, diesbezügliche Anträge bei der Gemeindevorstellung zu stellen. Des ferneren wurde dem anwesenden Herrn Gemeindevorsteher vor Augen geführt, daß ein in kommunalen Diensten lebender Steinschläger auf einem an der Straße gelegenen offenen Grundstücke übernachten müsse und zwar, indem derselbe das Schandbreit einfach gegen den benachbarten Baum stellt. Der betreffende Arbeiter ist 77 Jahre alt. Ob dieser Arbeiter bei dem geringen Verdienst wohl im Stande ist, sich eine Schlafstelle zu mieten, dürfte von jedermann stark bezweifelt werden. Die Polizeitunde war selbstverständlich auf 10 Uhr festgesetzt. Die Versammlung wurde mit einem stürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie punkt 10 Uhr geschlossen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 18. Oktober. (B. H.) Die Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mannheim: Der Socialistenrechner Konrad aus Weisstadt wurde wegen Unterschlagung im Amt zu 4 1/2 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Strasbourg i. E., 18. Oktober. (W. L. B.) Wie die „Strasburger Post“ meldet, ist das städtische Gymnasium wegen einer unter den Schülern stark auftretenden Dorn-Erkrankung auf 8 Tage geschlossen worden. Die Krankheit wird ausdrücklich als nicht gefährlich bezeichnet.

Tanger, 12. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der frühere Wazir Djamat, der sich wegen einer Veranschönerung zu Gunsten Muley Mohammed's in Tetuan im Gefängnis befindet, wurde todt in seiner Zelle aufgefunden. Seine blutbefleckten Kleider deuten auf einen gewaltsamen Tod hin.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Nach fast zweijähriger Pause konnte im ultramontanen Münster in Weisfalen wieder eine von unserer Seite einberufene Volksversammlung abgehalten werden. Man hatte sich große Mühe gegeben, den Sozi das Lokal abzutreiben, aber der Wirth blieb seinem gegebenen Worte treu. Auch das ultramontane „Münsterische Anzeiger“ die Versammlungsanzeige nicht brachte, half nichts. Die Versammlung ging vor sich und über 400 Personen füllten Saal des Herrn Weppelmann war bis auf den letzten Platz besetzt. Das Referat Dr. Lütgenau's, der die Bestrebungen unserer Partei auf Grund des Parteiprogramms darlegte, wurde von der Versammlung, obwohl die Gegner zahlreich vertreten waren, mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende forderte dann die Gegner wiederholt auf, das Wort zu nehmen, wobei er ihnen unbeschränkte Redefreiheit zusicherte, aber die Schwarzen schwiegen still. Aus dem Hinterhalt läßt sich ja auch leichter kämpfen, als Mann gegen Mann. Der ultramontane Reichstags-Abgeordnete Professor Tixe, der zu der Versammlung brieflich eingeladen war, glänzte überhaupt durch Abwesenheit. So blieb der Sozialdemokratie unbeschnitten das Terrain. Es ist nun Pflicht der ausgetretenen Arbeiter in Münster, den Wirth Weppelmann durch ihren Besuch so viel wie möglich zu unterstützen, denn es versteht sich, daß die Schwarzen Himmel und Hölle in Bewegung setzen werden, um uns das neu-gewonnene Lokal wieder abzutreiben.

Auf seiner Agitationstour durch Württemberg sprach Reichstags-Abgeordneter Stadthagen in den Orten Heilbronn, Schwäbisch-Hall, Schwäbisch-Gmünd, Göttingen, Ulm, Heilingen, Stuttgart, Kannstatt, Schwemningen und Schramberg. In diesen Versammlungen, die sich des regsten Besuches erfreuten, bildete die Massen-gesetz-Natur des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Vortragsthema. Ueberall wurden Stadthagen's Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Anwesenden Gegner traten, trotz Aufforderung, nirgends auf den Plan, um ihre Ansichten darzulegen.

Auf Veranlassung der Genossen in Krimmitschau unternahm, wie uns von dort geschrieben wird, Genosse Dr. Quard aus Frankfurt am Main in der Zeit vom 29. September bis 4. Oktober eine Agitationsreise durch das sächsische Vogtland. In Plauen, Rehschau und Reichenbach sprach er vor großen Volksversammlungen auf Wunsch über „christlichen und wissenschaftlichen Sozialismus“, in Meerane über „moderne Arbeiterbewegung und Gewerkschaften“. In letzterer Versammlung erklärten gegen 50 Personen ihren Beitritt zur Gewerkschaft. Die in Krimmitschau geplanten beiden Versammlungen, wo außer Quard Reichstags-Abgeordneter Seiserl sprechen sollte, wurden verboten. Zuletzt sprach Genosse Quard in der thüringischen Stadt Saalfeld über die Aufgaben der Gewerkschaften.

Das zu Oldenburg gehörige Fürstenthum Birkenfeld in der Rheinprovinz mag der Aufmerksamkeit unserer rheinischen Parteigenossen hiermit empfohlen sein. Bei der letzten Landtags-Wahl scheinen dort die Arbeiter so gut wie gar nicht gewählt zu haben, wenigstens ist, wie das „Norddeutsche Volksblatt“ schreibt, kein einziger Arbeiter zum Wahlmann gewählt worden. Von den 90 Wahlmännern, die zu wählen waren, sind 83 Lehrer, 17 Kaufleute und 17 sonstige Gewerbetreibende, 15 Landleute, 5 Schöffen, 1 Gemeindevorsteher, 1 Fabrikverwalter und 1 Apotheker.

Wie wenig qualifiziert der Antisemit Glöck in Dresden ist, gegen die Arbeitervertreter in der dortigen Ortskrankenkasse Vorwürfe zu erheben, ergibt sich, abgesehen von der Unsichthaltigkeit seiner Behauptungen, noch aus folgender Thatfache. Er sollte als Vorstandsmittelglied insgesamt an 49 Sitzungen teilnehmen. In 19 davon fehlte er (davon in 7 unentschuldig) und in den übrigen 30 Sitzungen kam er meist zu spät.

Politikalisches, Gerichtlichliches etc.
— In Finsterwalde ist jetzt schon ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie „grober Unfug“. Der Vertrauensmann Paul Winkler hat ein solches Hoch in einer öffentlichen Versammlung ausgebracht, er empfing dafür einen auf sieben Tage haltenden Strafbefehl und das Schöffengericht befähigte denselben, setzte aber gnädiger Weise die Strafe auf drei Tage herab. Begründet wurde das Urtheil damit, daß zu der Versammlung auch Nichtsozialdemokraten Zutritt gehabt hätten, die — wie man annahm — durch das Hoch ungewisselhaft belästigt worden wären. Da heututage nicht nur die Arbeiter, sondern sogar schon die Agrarier international sind, so wird die Berufungs- beziehentlich die Revisionsinstanz wohl nicht umhin können, das Finsterwalder Schöffengericht zu belehren, daß ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wohl oder übel straflos bleiben muß.

— Genosse Schwexide aus Dech hatte bei der Maisfeier der Genossen aus Lehn in der Landpartie des Arbeitervereins auf seinem Wagen Bier mitgebracht und selbiges gegen vorher gekaufte Marken an die Vereinsmitglieder abgegeben. Er mußte sich dieshalb am Donnerstag vor dem Brandenburger Schöffengericht verantworten. Obwohl der Genosse beschwor, ein Bauer aus Göhlsdorf habe dem Angeklagten Geld für das Bier in die Hand gedrückt, wurde derselbe doch freigesprochen, da ein persönlicher Vortheil in dem Bierauskauf nicht gefunden wurde; auch hatte der Bauer beschworen, daß er kein Geld gegeben habe.

— Beim Waldfest des Sozialdemokratischen Vereins in Frankfurt a. M. waren auf dem Festplatze Karten dazu verkauft worden. Der Vorsitzende des Vereins wurde deshalb vom Polizeipräsidenten in 100 M. Strafe genommen. Das Wiesbadener Regierungspräsidentium hat jetzt diese Verfügung aufgehoben, weil nicht nachgewiesen sei, daß der Vorsitzende den Kartenverkauf veranlaßt oder doch in schuldhafter Weise gebildet hat. „Es wird“, so heißt es in dem Wiesbadener Bescheide, „Sache des Polizeipräsidenten sein, durch andere Mittel, wenn nöthig durch Beschränkung oder völlige Verfassung der betreffenden Erlaubnis, eine derartige Umgehung der für nöthig erachteten Erlaubnis-Bedingungen künftig zu verhindern.“

— Der Landrath in Reilsungen hat auf das abermalige Verlangen unseres Genossen Huhn in Kassel, ihm die in zwei Orten konfirmirten „Heftischen Volkskalender“ herauszugeben oder gegen ihn Strafantrag zu stellen, u. a. erwidert, daß die Beschlagnahme zu recht erfolgt sei, zumal in vielen Orten die Vertheilung von der Strafe aus, durch Hineinschieben der Kalender unter der Haus Thür, erfolgt wäre. Das Strafverfahren werde gegen diejenigen Verbreiter eingeleitet werden, deren Persönlichkeit sich habe ermitteln lassen. Es wird sich ja nun herausstellen, ob der Herr Landrath jetzt im Recht ist. Zur Konfiskation der Kalender hat er aber die Ortsbehörden schon angefordert, bevor noch die Agitationstour begonnen hatte. Damals also war er unserer Ansicht nach bestimmt nicht im Recht.

— Genosse Keil, der verantwortliche Redakteur des „Sächsischen Volksblatts“ in Zwickau, ist wegen eines Artikels über die Wahlrechtsmängelung vom dortigen Landgericht wegen Beleidigung des sächsischen Ministeriums zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Diese Strafe ist jetzt rechtskräftig, da das Reichsgericht die gegen das Urtheil eingelegte Revision verworfen hat.

— Die sächsische Polizeipraktik treibt eine Blüthe nach der andern. In Wittweida sollte Genosse Sindermann aus Dresden über das Thema sprechen: Die Arbeiterpresse. Der Stadtrath aber verbot die Versammlung, weil der angeführte Referent wegen Aeußerungen in Versammlungen mehrfach bestraft sei und weil „auch hinsichtlich des zum Vortrage gewählten Themas“ die Annahme „gerechtfertigt“ erscheine, daß die Versammlung dazu dienen solle, Gesetzesübertretungen zu begehen oder dazu geneigt zu machen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Schumacher! Der Streit in der Ballischuh-Fabrik von Michaelis u. Co. in Hamburg dauert unverändert fort. Wir ersuchen die Kollegen, speziell die von Berlin und Dresden, falls dort Arbeit für die genannte Firma gemacht wird, dieselbe zurückzuweisen. Ferner bitten wir, den Zugang nach Hamburg streng fernzuhalten. J. A.: Tixe.

Verband der Möbelpolier. Heute Abend 8 Uhr findet Andreasstraße 28 eine Sitzung der Fachkommission statt. Beschlüssen und Mißstände aus den Werkstätten sind daselbst vorzubringen.

Im Auftrage des Zentralverbandes der deutschen Maurer macht gegenwärtig Genosse Stanning aus Hamburg eine Agitationstour durch Baden, Elsaß und die Pfalz.

Die Buchbinder Dresdens beschließen, alle Vorarbeiten zu treffen, damit bei Eintritt der günstigen Geschäftslage in die Lohnbewegung eingetreten werden kann. In der betreffenden Versammlung wurde nach dem Bericht der „Sächs. Arb.-Ztg.“ u. a. folgendes mitgetheilt: Die Aktiengesellschaft für Kartonnagen-Industrie in Loschwitz vertheilt 20 pCt. Dividende. Sie berichtet abfährlich an die Handelskammer: „Das Betragen der Arbeiter ist musterhaft; die Löhne blieben unverändert.“ Das Lob haben die Arbeiter verdient, denn von 20 männlichen und 400 bis 500 weiblichen Arbeitern sind nur 8 organisiert! Der Lohn beträgt für Gehilfen 25—33 Pf. pro Stunde, im Afford wöchentlich 18—24 M. Die Arbeiterinnen haben 15—18 Pf. Stundenlohn, im Afford 9—12 und 15—18 M. Die Arbeitszeit währt von 7—6 Uhr bei nur halbstündiger Mittagspause. Die Aufsichtsbehörde ertheilte Dispensation vom § 137 der Gewerbe-Ordnung, obgleich die kurze Mittagspause bei der überlangen Arbeitszeit äußerst schädlich ist. Die Lohnwoche schloß früher am Mittwoch ab, jetzt gar schon am Dienstag, und am Sonnabend giebt's erst Geld. Strafen in Höhe eines halben und ganzen Tagelohnes sind vorgesehen. Dit arbeiten mehrere Arbeiter Sonntags. Die Behandlung seitens einzelner Werkführer ist unwürdig. Beschlüssen für den herrschenden Geist ist, daß um jede Lohnzulage schriftlich gebeten werden muß.

Von den zirka 220 Drechslern Leipzigs haben 100 die Forderungen bewilligt bekommen, 80 stehen wegen Verweigerung derselben im Streit. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten.

Die Schriftgießer Leipzigs stehen mit den Prinzipalen wegen des Entwurfs eines Tarifs in Unterhandlung, der den Neunstundentag und eine durchschnittlich zehnprozentige Lohn-erhöhung vorzieht. Die Prinzipalkommission hat sich dem Entwurf nicht abgeneigt gezeigt, u. a. auch den Neunstundentag akzeptiert, bei einigen Lohnforderungen kam es aber nicht zur Einigung, wobei sich die Prinzipalvertreter auf die niedrigen Arbeitspreise der Siebereien in Frankfurt a. M. und Stuttgart beriefen. Eine Schriftgießerverammlung beschloß jedoch, auch an den beanstandeten Forderungen festzuhalten und den neuen Tarif am 1. November einzuführen. Die Gehilfenkommission erhielt den Auftrag, weitere Verhandlungen einzuleiten und über das Resultat in der nächsten Versammlung zu berichten.

Die Rautscher Nürnbergs beschließen in einer Versammlung, den geplanten Streit vorerst noch zu vertagen, sich der Vereinigung der Hilfsarbeiter des Handels- und Transportgewerbes anzuschließen und in einer späteren Versammlung die Frage zu entscheiden, was zur Abschaffung der Uebelstände zu thun ist, über die sie sich beklagen.

In Libau in Kurland fanden die Hafenarbeiter im Streit. Sie haben denselben insoweit gewonnen, als die Exporteure eine 10prozentige Lohnhöhung bewilligten. Die Forderung jedoch, diese Erhöhung durch Kontrakt zu einer bindenden Verpflichtung für die ganze Saison zu gestalten, haben die Exporteure mit der Motivierung zurückgewiesen, daß die Arbeiter für ihre Person keine Sicherstellung bieten könnten, worauf die Arbeiter davon abstanden. Die sehr wichtige Forderung, daß der Lohn nicht mehr in den Schänken ausgezahlt werden soll, ist ebenfalls noch nicht durchgesetzt, da erst eine Wartehalle für die Hafenarbeiter gebaut werden soll.

Lokales.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Fest der sozialdemokratischen Frauen und Mädchen. Unsere Leser und namentlich auch unsere Leserinnen bitten wir um Beachtung des in der Donnerstag-Nummer enthaltenen Inserats. Es ist das erste von den sozialdemokratischen Frauen und Mädchen arrangierte Fest und soll neben seinem unterhaltenden Zweck auch dazu dienen, Mittel zur Agitation flüssig zu machen, welcher durch den bürgerlichen Frauenkongress und die dadurch erfolgte Aufrüstung weiterer bis jetzt indifferenten Kreise der Boden auf beste bereitet wurde. Ein sehr reichhaltiges Programm wird allen Ansprüchen Genüge leisten. Der Besuch des Festes sei daher hiermit angelegentlich empfohlen.

Magistrat und Gasarbeiter. Uns wird geschrieben: Die Vertreter des Magistrats haben vor dem Einigungsamt in Sachen der ausgesperrten städtischen Gasarbeiter das Versprechen ab, die Ausgesperrten, so weit angängig, wieder einfließen zu lassen. Dieses Versprechen wurde in dem Vertrage, der zwischen den beiden streitenden Parteien zu Stande kam, schriftlich niedergelegt; dieser Vertrag ist dann ja auch vom Magistrat anerkannt worden. Trotzdem nun schon eine Woche seit dem Zustandekommen des Vertrages vergangen ist, hat man bis jetzt auch noch nicht einen der ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt, und als am vergangenen Sonntag die Ausgesperrten um ihre Wiedereinstellung vorstellig wurden, erwiderte man ihnen, daß auch in den nächsten 14 Tagen Einstellungen nicht erfolgen würden. In den Kreisen der Gasanstaltsarbeiter sagt man sich, wenn auch, wie wir annehmen, mit Unrecht, daß dieses Verhalten der städtischen Behörden den Anschein gewinnt, als ob sie den wortbrüchigen Berliner Konfessionären nachzueifern wollen, oder aber, was nicht viel besser, daß die Verwaltung eine Ausbuhung der ausgesperrten Arbeiter beabsichtige. Daß die erste Annahme betreffs des Wort- und Kontraktbruchs viel für sich hat, wird durch einige Thatfachen bewiesen, die erst jetzt zu den Ohren der Ausgesperrten gekommen sind. Bekanntlich sträubten sich die Vertreter des Magistrats vor dem Einigungsamt dagegen, alle ausgesperrten Arbeiter wieder einzustellen, da man soviel Arbeiter augenblicklich nicht gebrauchen könne. An diesem selben Tage jedoch wurden in den Berliner Gasanstalten eine größere Anzahl andere Arbeiter eingestellt. Sieht dies Gebahren nicht aus, als ob man planmäßig vorgegangen ist, um die nöthigen Arbeitskräfte, welche die vergrößerte Gasproduktion in den Wintermonaten ersforderte, früher herbei zu schaffen, als — eine Einigung erfolgt ist? Sieht es nicht aus, als ob man hierdurch die Ausgesperrten nie wieder einfließen wollte? Man hat einfach die Motivierung, daß Arbeitskräfte nicht gebraucht werden! Einmal noch. In den letzten Tagen der vergangenen Woche hat in der Anstalt Danzigerstraße ein Schreiben unter den Arbeitern zirkulirt, dessen Verfasser sich mit den Abmachungen vor dem Einigungsamt, mit der Befestigung der 18 stündigen und Einführung der 15 stündigen Sonntagsruhe nicht einverstanden erklärt und die Beibehaltung der 15 stündigen Sonntagsruhe verlangt. Dieses Schreiben soll angeblich von Arbeitern ausgegangen sein. Wer es auf höhere Winkte aufgesetzt oder diktiert hat, ist zu unserer Kenntniß noch nicht gekommen. — Wir wollen hoffen, daß der Magistrat resp. die Verwaltung der Gaswerke

in allernächster Zeit die ausgesperrten Arbeiter wieder einfließen wird, um den vorhandenen Verdacht des beabsichtigten Vertragsbruchs von sich abwälzen zu können.

Die Kanalkations-Kommission hat gestern das Projekt für die Kanalisation des Radialsystems XI, wie es von dem Geh. Bau Rath Hübner vorgelegt worden ist, genehmigt und beschlossen, es den städtischen Behörden zur definitiven Zustimmung zu unterbreiten.

In der gestrigen Stadtverordneten-Erwahl für den 36. Stadtbezirk ist Dr. Paul einstimmig (81 Stimmen) zum Stadtverordneten gewählt worden.

Die Vollenbung des Tunnels unter der Spree ist, der „Voss. Ztg.“ zufolge, vorab wohl nicht zu erwarten, denn er wird unter Preßluft gehalten werden und dann vorläufig wieder in der Arbeitsstrecke voll Wasser laufen.

Frauen an der Berliner Universität. Während bisher nur mehrere Damen einzelne Kollegia belegt hatten, ist es jetzt einer Berliner, Fräulein Marie Maschke, gelungen, als eingeschriebene Hörerin zugelassen zu werden, und zwar hat die Dame die Absicht, einen vollständigen, mindestens dreijährigen Studiengang durchzumachen, um ihre juristischen Kenntnisse als Lehrerin der Gesetzkunde in Mädchen- und Fortbildungsschulen zu verwerthen.

Kolonialmuseum. Hiesige Blätter berichten: Die vielbesprochene Frage der Errichtung eines Kolonialmuseums geht einer Lösung entgegen. Der Vorstand der deutschen Kolonialausstellung, in dem auch die hiesigen königlichen Museen vertreten sind, hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den Ueberschuß sowie die vorhandenen Bestände der Kolonialausstellung für ein Kolonialmuseum zu verwenden. In demselben sollen hauptsächlich der Handel, die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien und der Verkehr zur Geltung gelangen. Dieser Beschluß ist einstimmig, also auch von den Vertretern der königlichen Museen, gefaßt worden. Demnach sind die von dieser Seite gegen die Existenz eines solchen Museums bestehenden Bedenken behoben worden. Eine Gesellschaft, welche die Lösung der Aufgabe im speziellen übernehmen will, ist bereits in der Bildung begriffen.

Aus dem Staate der Sozialreform. Bürgerliche Blätter berichten: In große Noth ist die junge Wittve des Eisenbahnarbeiters Buchholz aus der Brunnstraße in Schöneberg gerathen. Buchholz, der auf dem Anhalter Bahnhof beschäftigt war, ist vor einiger Zeit tödtlich verunglückt; es wurden ihm beide Beine abgefahren, und er blieb auf der Stelle todt. Die Frau hat nun außer drei kleinen Kindern auch noch eine alte Mutter von 70 Jahren zu ernähren. Eine Pension erhält sie nicht, da ihr Mann noch nicht fest angestellter Beamter war, ihr Anspruch auf Unfallrente aber ist noch nicht erledigt. Die Begräbniskosten hat, da die Wittve ganz mittellos ist, der Verein ehemaliger Eisenbahn-Pioniere bestritten, die namhafte Unterstützung, die er außerdem noch gewährte, hat wohl für eine zeitlang geholfen, kann aber für die Dauer dem Elend nicht steuern. — Was sagt die Behörde zu dieser Anklage?

Die Konfiskation einer Theaterprogramm-Zeitung ist seitens der Charlottenburger Polizei erfolgt. Es handelt sich um ein Theater-Journal, welches unter anderem auch das Programm des „Theater des Westens“ enthielt. Zwei Verleger konkurrierten um den Druck dieser Programme, bis die Direktion mit einem derselben abschloß. Der andere glaubte auch das Programm drucken zu dürfen und ließ dasselbe ebenfalls vor dem Theater verkaufen. Dort wurde nun auf ergangene Anzeige die ganze Auflage konfisziert. Es scheint demnach, daß die Charlottenburger Polizei zum ersten Mal die neuen gesetzlichen Bestimmungen über „unlauteren Wettbewerb“ auch auf das Preßgesetz angewandt hat.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Gestern früh fiel der 78 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Perling aus Rixdorf auf dem Mariannenplatz infolge eines Fehltrittes hin und zog sich einen Bruch des linken Knöchelgelenkes zu. Nach Uebergang eines Verbandes wurde er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Vor dem Hause Neue Königstr. 25 kam vormittags der sechzigjährige Arbeiter Karl Schmidt beim Besteigen eines Pferdebahnwagens zu Falle, gerieth unter die Räder eines gerade vorüberkommenden Geschäftswagens und erlitt eine schwere Verletzung am Oberarm, sodas seine Ueberführung in das Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Der mit seinem Dreirade übermäßig schnell über die Waisenbrücke fahrende Vate der Berliner Privatpost Otto Baumann kürzte beim Einbiegen in die Stralauer Straße von seinem Gefährt und gerieth unter einen Pferdebahnwagen der Linie Köppliner Platz—Zoologischer Garten, der indessen über ihn hinwegfuhr, ohne ihn zu verlegen.

Das Schwungrad einer Lokomotive, die sich auf dem Grundstück Wiesenstr. 27a befand, ist gestern plötzlich, während die Lokomotive arbeitete, zersprungen. Durch die umherfliegenden Eisentheile wurde die Mauer des gegenüberliegenden Grundstücks beschädigt und ein Schaufenster im Nachbarhause zertrümmert. Durch den Unfall direkt fünf Menschen nicht zu Schaden gekommen, indeß ließ ein fünfjähriger Knabe, der bei dem Vorgange zugegen war, in seiner Angst über den Straßendamms gegen die Pferde eines Arbeitswagens und trug dabei außer einer leichten Verletzung im Gesicht eine Quetschung am linken Knie davon.

Vermishtes.

„Talbot“. Wie dem „R. V.“ aus Halifax gemeldet wird, ist der englische Kreuzer „Talbot“, von dem das Gerücht verbreitet war, er sei untergegangen, in Halifax angekommen.

In La Ferrol ist der belgische Dampfer „Princesse Henriette“ mit dem norwegischen Schooner „Winaruris“ im Schlepptau eingetroffen. Die Mannschaft bestand sich nicht auf dem Schooner, man glaubt, daß dieselbe ums Leben gekommen ist.

In Kalkutta sind drei leichte Fälle von Beulenpest vorgekommen.

Witterungsübersicht vom 13. Oktober 1896.

Stationen.	Barometer stand in mm. rebarit auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (59° F. = 49° C.)
Stolmenlande	767	SW	1	heiter	7
Hamburg	766	SW	2	wolkenlos	6
Berlin	766	SW	2	wolkenlos	6
Wiesbaden	764	SW	1	bedeckt	7
München	764	W	1	Nebel	4
Wien	765	Stil	—	Nebel	8
Saparanda	767	SW	2	wolkenlos	—2
Petersburg	758	S	2	Regen	12
Cort	773	N	3	halb bedeckt	6
Aberdeen	771	SW	3	heiter	4
Paris	764	SW	1	heiter	5

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. Oktober 1896. Ruhig, theils heiter, theils neblig, Nachts kühl, am Tage mild ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 241.

Mittwoch, den 14. Oktober 1896.

13. Jahrg.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.
Gotha, 13. Oktober 1896.

Vormittags-Sitzung. 9 1/4 Uhr.

Den Vorsitz führt Singer. Bei Eröffnung der Sitzung heißt Singer den Delegierten der österreichischen Bruderpartei, Genossen Schumier, willkommen. Wir freuen uns um so mehr über seine Gegenwart, als wir wissen, daß die österreichischen Genossen, namentlich diejenigen, die durch das Vertrauen der Genossen mit der Führung der Geschäfte der Partei betraut sind, jetzt in einer Thätigkeit begriffen sind, die zu unterbrechen, um hierherzukommen, ihnen zu schwer ist. Die österreichischen Genossen befinden sich in der Vorbereitung der Reichsrathswahlen. Wir hoffen und wünschen, daß die Erfolge bei denselben der tapferen, energischen Agitation der österreichischen Sozialdemokratie, ihren Anstrengungen und ihrer unermüdbaren Thätigkeit entsprechen werden. Und wir sind sicher, daß, wenn die österreichische Sozialdemokratie in den Reichsrath eintritt, die große Sache, der wir gemeinsam dienen, erheblich gefördert wird. Auch im österreichischen Parlament wird der bürgerlichen Gesellschaft die Wahrheit gesagt werden, wird alles gethan werden, um in den gegenwärtigen Verhältnissen Klärung und Besserung zu schaffen. (Bravo!) Ich heiße nochmals den Genossen Schumier willkommen und erfülle seinen Wunsch, indem ich ihm das Wort ertheile.

Schumier: Werthe Parteigenossen und Genossen! Im Namen der österreichischen Sozialdemokratie entbiete ich dem Parteitag Gruß und Handschlag. Wenn die Vertretung von unserer Partei heute so klein ist, wie auf keinem der früheren Parteitage, so liegt das an der schwierigen Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wir in Oesterreich haben einen weit schwereren Stand, als Ihr. Unser Bürgerthum steht so tief, es belämpft uns seit Jahren mit so schmutzigen Mitteln, daß wir ihnen nicht mit gleichen Waffen dienen können. Wenn ich Ihnen sage, daß Dr. Dluger, der Bizebürgermeister unserer Reichshauptstadt, wo doch die Intelligenz zusammen sein sollte, als Teilnehmer angemeldet war zu dem Antifreimaurer-Kongress, der des Teufels Unterschrift prüfen wollte und auch geprüft hat (Heiterkeit), so werden Sie begreifen, wie tief unser Bürgerthum steht. Wir müssen es ruhig mit ansehen, daß aus den österreichischen Provinzen russische Staaten gemacht werden; ich weise nur auf die Zustände in Galizien hin. Wenn Sie ferner bedenken, daß bei uns die Ueberwacher von Versammlungen verboten, Bier zu trinken (Auf: Bei uns auch! Heiterkeit), so können Sie sich ein Bild von den österreichischen Verhältnissen machen. Ich kann nicht alle Dummheiten unserer Begleitungsleute aufzählen, die weit dummer sind, als anderswo. (Heiterkeit.) Wenn erst Mitglieder unserer Partei ins österreichische Parlament einziehen, so wird auch rücksichtslos gegen die vorgegangen werden, die tagtäglich das Gesetz mit Füßen treten. Wir sind jetzt in der Arbeit begriffen, und im Frühjahr wird es sich entscheiden. Ich bin überzeugt, daß Ihr an unseren Erfolgen ein ebenso lebhaftes Interesse nehmt, wie wir stets an den Euren. Je stärker die Sozialdemokratie in Oesterreich ist, desto besser steht es auch in Deutschland und umgekehrt. Im Rath und Thatsache hat es uns noch nie gefehlt, wohl aber an Geld (Heiterkeit), und wenn uns nirgends mehr eine Quelle offen stand, so haben wir es gemacht wie Moses, nur daß dieser an den Felsen klopfte, während wir immer kräftig bei Euch anknöpfen. (Heiterkeit.) Wir gehen nicht gern betteln, denn das ist kein angenehmes Geschäft, aber wir Oesterreicher san grade Kerls, ich rede frei von der Leber weg und ich sage Euch offen: Wir werden wieder klopfen kommen. (Große Heiterkeit.) Für die Wiener Arbeiterzeitung werden wir nicht mehr klopfen, wohl aber für den Parteifonds, damit es uns gelingt, zum Frühjahr ein Tausend Genossen ins Parlament zu schicken. (Beifall.) Bei uns sind nur die großen Städte roth, aber alles andere ist schwarz, und wir werden mit der herrlichen Partei hart zu kämpfen haben. Ich bitte Sie also, uns nicht zu vergessen, wenn der Ruf an Sie ergehen sollte. Sobald erst Oesterreich einmal in die Reihe der Kulturländer eingebracht ist, wird auch bei uns die Bettelerei ein Ende haben. (Heiterkeit.) Ihr lacht darüber, aber das, was wir heute durchmachen, habt Ihr vor 25 Jahren auch durchgemacht, nur mit dem Unterschied, daß Ihr nirgends habt anknöpfen können. Ich sehe nicht ein, warum wir die Unterstützung einer so mächtigen Bruderpartei verschmähen sollen, und wenn ich mit meiner Begrüßung das Angenehme verbinde und Euch die Ueberzeugung bringe, daß das Geld, was Ihr nach Oesterreich schickt, in würdige Hände kommt, so habe ich meinen Zweck vollständig erreicht. (Große Heiterkeit.) Ich bin zu Euch geschickt, um von Euch zu lernen. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat uns gelehrt, wie man Sozialistengeheiß überwindet, sie wird uns auch lehren können, wie man Beiräte erobert und den Gegnern das Pest aus den Händen reißt. Ich wünsche Euch zu Euren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Eine Reihe von Begrüßungen g. schreibend sind eingelaufen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, den Antick-Berlin erhält. Hiernach sind 185 Delegirte erschienen. Gegen das Mandat des Genossen Böhm-Meerane ist ein Protest eingelaufen. Die Kommission beantragt über den Protest zur Tagesordnung überzugehen, da die in ihm enthaltenen Gründe der Wahrheit nicht entsprechen. Ein zweiter Protest richtet sich gegen das Mandat der Genossin Heinrich-Sagan, der darin vorgeworfen wird, daß sie ihr Mandat erschlichen habe. Auch diese Angaben haben sich nicht bewährt und die Kommission beantragt gleichfalls Uebergang zur Tagesordnung über diesen Protest. Bei dieser Gelegenheit möchte die Kommission noch ein ernstes Wort an die Genossen im Lande richten. Es hat sich nach und nach das Protestmachen gegen Parteitagmandate als großer Unfug ausgebildet. Aller Stank und Rauf, selbst wenn er vor 5, 10 Jahren in den einzelnen Partei-Orten vorgekommen ist, wird in Gestalt von Protesten vor den Parteitag gebracht. Wir müssen demgegenüber die Genossen auf die §§ 1 und 2 unseres Organisationsstatuts hinweisen, worin ausdrücklich steht, daß über die Parteigebührigkeit die Genossen des einzelnen Ortes entscheiden. Es geht nicht an, daß der Parteitag behändig damit belästigt wird, einzelne längst abgethane Streitigkeiten zu unteruchen. (Zustimmung.)

Der Antrag der Mandatsprüfungskommission, sämtliche Mandate für gültig zu erklären und über die beiden Proteste zur Tagesordnung überzugehen, wird debattelos angenommen.

Singer: Ich höre, daß auch ein Delegirter unserer holländischen Bruderpartei, Genosse Bliegen, anwesend ist. Wir wissen die schweren Kämpfe, in denen unsere Genossen in Holland stehen, vollaus zu würdigen, und freuen uns, daß sie trotzdem einen ihrer ältesten und tapfersten Genossen hierher geschickt haben. Ich heiße ihn willkommen und hoffe, daß er aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen wird, daß wir bereit und gewillt sind, die Thätigkeit, welche unsere Genossen in Holland namentlich auch gegen den Anarchismus entwickeln, mit Aufmerksamkeit und Dank zu ver-

folgen. Wir sind der sicheren Ueberzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Interessen der Sozialdemokratie in erfolgreicher Weise zu vertreten und die Sozialdemokratie zu reinigen von den Elementen, die benutzt oder unbewußt die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vertreten, indem sie die Thätigkeit der Sozialdemokratie stören und verhindern. (Lebhafter Beifall.)

Bliegen: Werthe Genossen! Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat mich hierher gefandt, um Sie zu beglückwünschen wegen Ihres steten Vordringens in Ihrem Kampfe, und Ihnen die Versicherung unserer brüderlichen Solidariät zu bieten. (Beifall.) Sie wissen aus Ihren Parteiblättern wohl etwas über die Parteiverhältnisse in Holland. Vor 3 Jahren ist die ganze sozialdemokratische Organisation, der frühere sozialdemokratische Bund in Holland, mit Sach und Pack zum Anarchismus übergegangen. Sie wissen aus Erfahrung, wie es die Thätigkeit der Partei stört, wenn eine Minderheit zum Anarchismus übergeht; wenn es aber die große Mehrheit ist, mit der ganzen Organisation, der ganzen Presse, dann können Sie sich denken, daß das eine noch viel größere Verwirrung geben muß, und das ist bei uns der Fall gewesen. Die alte Partei ist durch ihren Uebergang zum Anarchismus zerstückelt und zertrümmert und gefallen; sie hat nicht mehr etwas zu bedeuten. Während noch vor drei Jahren fast in jedem Dorf im ganzen Lande eine Abtheilung der Partei vorhanden war, z. B. im Norden der Provinz Groningen 27 Abtheilungen, existiren dort jetzt nur noch 3 oder 4. So soll es überall gehen, wo der Todeshauch des Anarchismus über die proletarische Bewegung hingehet. Wir sind zwar dagegen eine kleine, junge Partei, aber wir sind gefestigt und wissen, was wir wollen. Wir wissen, daß wir nicht durch große Worte, durch Barrikadenreden der Sache der Sozialdemokratie dienen, sondern durch Erziehung und Organisation des Proletariats. (Beifall.) Wir begrüßen Sie nicht als eine kräftige Schwesterpartei, sondern als ein jüngerer, schwächerer Bruder, der von Ihnen lernen will und Ihre Stütze braucht. Wir wollen uns an Sie anlehnen, aus Ihren Erfolgen lernen für die schweren Kämpfe, in die wir für die kommenden Wahlen im Frühjahr zum ersten Male unter dem neuen Wahlrecht eintreten. Unser Zeichen ist die Internationalität; der Kapitalismus rückt uns zusammen, er schmeißt die Bande, die sich um uns schlingen. Ich schließe mit der Versicherung und Hoffnung, daß unsere Begrüßung Ihnen Freude gemacht hat, und daß dieser Ihr Parteitag zur Stärkung der Partei, zur Stärkung der internationalen Sozialdemokratie beitragen möge. (Lebhafter Beifall.)

Nummer wird in die Tagesordnung eingetragen. Die Verhandlung über den Punkt „Presse“ wird fortgesetzt.

Prohme: Genosse Steiger hat die Redezeit um das fünfte übergriffen, hat sich aber aus seiner Position eines Anklagten nicht herausbringen können. Er hat eine hübsche Rede über die Bedeutung der Kunst und der Erziehung zur Kunst gehalten, es aber weislich unterlassen, auf die Vorwürfe einzugehen, die wir ihm gemacht haben. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten bei der Vorlegung des Materials an den Parteitag seine beiden letzten Artikel nicht mit vorgelegt. Wir haben das nicht gethan, weil sie noch nicht erschienen waren, als wir das Material zur rechtzeitigen Fertigstellung drucken lassen mußten. Mit meinen Begriffen von Ehrlichkeit in der Kritik verträglich ein derartiges Verhalten nicht. (Oho!) Er suchte es so darzustellen, als ob die Mißstimmung gegen die „Neue Welt“ eine Mache der Hamburger Redaktion sei. Die Mißstimmung beruht aber in ganz Deutschland, in den weitesten Kreisen. Auf das, woraus es ankommt, ist Steiger gestern nicht mit einem Wort eingegangen. In der „Mutter Bertha“ wird geschilbert, wie Mutter Bertha mit einem Begleiter geht. Sie bleibt plötzlich stehen: „Ach, Herr Fröh, ... ich ... ach ...“ „Was, Fräulein?“ sagte er, der sie nicht verstand. „Ich möchte mal ... ach, verstehen Sie mich doch!“ ... „Ach so ... pardon!“ ... „Sie müssen entschuldigen ... ja, ja ... Verzeihen Sie ... Bitte, bitte ...“ Eine blutrothe Verlegenheit durchschloß sein Gesicht. Dann sagte er: „Ist es Ihnen vielleicht recht, wenn wir irgendwo eintreten?“ — „Ja doch, aber bloß ein bißchen schnell!“ (Heiterkeit.) — „Und nun bleibt es der freundlichen Leserin überlassen, Mutter Bertha in das intime Gemach zu begleiten und die geheimsten Regungen ihrer Seele zu belauschen. (Große Heiterkeit.)

Wenn die naturalistische Kunst glaubt, es rechtfertigen zu können, derartige absolute, stinkende Schweinereien in Romanen bieten zu dürfen (Beifall und Unruhe), dann hört einfach alles auf. Auf alles das ist Genosse Steiger mit keinem Wort eingegangen. Es ist uns garnicht eingefallen, gegen die Freiheit der Kunst, gegen die naturalistische Kunst an sich uns zu wenden, so lange sie sich in den Grenzen des Anstandes hält. Ich weiß ja, es giebt eine Menschensorte, die es schon als ein Verbrechen ansetzt, wenn man das Wort Moral und Anstand nur in den Mund nimmt. Es wird mir doch niemand glauben machen, daß eine Kunstrichtung, die sich als eine Erscheinung des Uebergangs-Beitollers, eines tolenen menschlichen Karnevals selbst giebt, die echte, wahre Kunst genannt werden könne. Genosse Steiger hat auch gestern wieder von sozialdemokratischen Traktäthen gesprochen. Alles, was nicht seiner Reizung entspricht, pflegt er einfach als Traktäthen zu bezeichnen, aber die uns Hamburgern gemachten Vorwürfe sind nicht begründet. Es ist sehr leicht, ein Praferenwort anzurichten, wie es Steiger gethan hat. Darüber darf man sich doch nicht täuschen, daß es leichter ist, hier eine Rede über die Bedeutung der Kunst zu halten, als auf die Streitpunkte einzugehen. Wir haben nicht gegen Windmühlen gekämpft, sondern gegen Auswüchse, die thatsächlich vorhanden sind, auszuräumen verjucht. Wenn Steiger von der Erziehung des Volkes zur Kunst spricht, so betrifft er ein Gebiet, auf dem er leicht straucheln kann, denn von der Erziehung des Volkes zur Kunst in dem abstrakten Sinne, wie es Steiger meint, kann keine Rede sein. Ohne die feste Grundlage einer materiellen Existenz redet man vergebens von der Erziehung des Volkes zur Kunst. Der Behauptung in dieser Allgemeinheit kann höchstens ein Mensch beipflichten, der nicht weiter denkt, als seine Nase reicht. Emporhebung des Volkes! Ja, hat die Sozialdemokratie nicht jeher daran gearbeitet! Enttäuscht hat Steiger unsere Angriffe nicht. Was er über die Bedeutung der Kunst sagte, unterschreibe ich Wort für Wort. Aber das ist garnicht der Streitpunkt. Und es ist sehr wenig ehrlich von ihm, daß er es so hinstellt, als seien wir Vandalen, die gegen die Kunst wüthen, während wir nur die Auswüchse des Naturalismus bekämpfen. (Beifall.)

Schred: Bielefeld: Der „Vorwärts“ steht an Aktualität weit hinter der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zurück. Was die „Neue Welt“ betrifft, so vermischen wir Arbeiter populäre Unterhaltungseliküre in ihr. Der Zweck der „Neuen Welt“ soll sein, erzieherisch in sittlicher Beziehung zu wirken. Aber Genosse Prohme geht in seiner Kritik viel zu weit. Wenn er die von ihm verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha“ schon als stinkende Schweinerei bezeichnet, dann soll er lieber in ein Kloster gehen. (Große Heiterkeit.) Steiger hat selber zugegeben, daß ihm Fehler bei der Auswahl des Stoffes passirt sind. Hoffentlich läßt er in

der „Neuen Welt“ nun auch den sittlichen Idealismus zum Wort kommen, der uns in unserem schweren Kampfe aufrichtet.

Weinheber: Hamburg: Der Antrag des zweiten Hamburger Kreises über die „Neue Welt“ ist schon vorher in einer Vertrauensmänner-Versammlung beraten worden. Die „Neue Welt“ soll ein Unterhaltungsblatt, ein Familienblatt sein, das auch agitatorisch wirkt. Es darf aber nicht einer einseitigen literarischen Richtung dienen. Wir wollen die Frauen gewinnen. Das ist der „Neuen Welt“ unter der Redaktion Steigers gewiß nicht gelungen. Dafür sind die 48 000 M., die darauf gelegt werden, denn doch zu schade. Dem Volke muß die Kost gegeben werden, die es verdauen kann. Täglich laufen Geschwerden über die „Neue Welt“ ein. Ein Wandel muß geschaffen werden. Und wenn Genosse Steiger Besserung verspricht, dann sind wir Hamburger ja zufrieden. Die Auswahl des Stoffes muß eine gelegenerere werden. Dazu sollte unser Antrag die Anregung geben. Wenn Sie die Reduktion des Umfangs der „Neuen Welt“ von 12 auf 8 Seiten nicht wollen, so werden wir uns auch damit zufrieden geben. Wir machen den Vorschlag nur, um das Defizit zu vermindern. Der Wunsch, daß der Redakteur des Blattes in Hamburg wohnt, beruht auf rein geschäftlichen Gründen und enthält keine persönliche Spitze.

Steiger: Den gegen mich von dem Genossen Prohme erhobenen Vorwurf der unehrlichen Kampfweise muß ich entschieden zurückweisen, denn ich bin nicht aus eigenem Antriebe hierher gekommen, um für meine Ideen Propaganda zu machen, sondern auf ausdrückliche Aufforderung des Partei-Ausschusses. Ich stimme dem Genossen Prohme darin bei, daß die Erziehung des Volkes zur Kunst ohne die Grundlage einer materiellen Existenz ein Umding sei und daß unsere heutigen ökonomischen Verhältnisse nicht besonders dazu geeignet sind; aber ich will es trotzdem versuchen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Bedenken Sie doch, daß gerade die größten Kunstepochen die Zeiten sind, wo eine alte Welt zu grunde geht! Wenn Prohme an der von ihm verlesenen Stelle aus „Mutter Bertha“ Anstoß nimmt, so hat er keinen Sinn für Komik. Die Komik liegt eben darin, daß der Mensch in dem Augenblick, wo er in den schönsten Gefühlen schwelgt, plötzlich durch die einfachsten natürlichen Bedürfnisse aus allen Himmeln gerissen werden kann. Daß ich mich in dem Inhalt manchmal vergriffen habe, gebe ich zu, und was an mir liegt, den Inhalt der „Neuen Welt“ zu verbessern, werde ich thun; unterstützen Sie mich in diesem Streben, so gut Sie können!

Mollenbuhr: Da Steiger in seiner Broschüre nur seine eigenen Artikel veröffentlicht und dadurch ein schiefes Bild gegeben hat, so war es nöthig, die verschiedenen Artikel gegenüberzustellen. Steiger wird es mir glauben, daß die Abbände unserer Broschüre bereits unterwegs waren, als sein vierter Aufsatz in der „Leipziger Volkszeitung“ erschien, und daß er überhaupt einen derartigen Verdacht erhob, ist schon ein Beweis für die eigenthümlichen Mittel, mit denen er kämpft. In dem Artikel „Die Erziehung des Volkes zur Kunst“ behauptet Steiger, daß die Kunst im sozialdemokratischen Lager ganz falsch behandelt ist, daß das arbeitende Volk bisher keine Gelegenheit hatte, sich mit der Kunst zu beschäftigen. Wenn Steiger so etwas behauptet, so zeigt er nur, daß er nicht weiß, wie es im arbeitenden Volke ansieht. Wo sind denn die großen billigen Klassiker-Ausgaben geblieben, wer besucht die Gallerien in großen Städten, wer stellt das Hauptkontingent zu den billigen Theateraufführungen? Doch Leute aus der Arbeiterklasse, die sich schon vorher mit der Kunst beschäftigt haben. Es ist eine Ueberhebung, wenn Steiger meint, daß bis zur Uebernahme der Redaktion durch ihn nichts geschehen ist. Die „Neue Welt“ hat doch vorher schon annähernd 20 Jahre bestanden, und auch in verschiedenen Feuilletons unserer Parteiblätter sind schon vorher bedeutende Erzeugnisse unserer modernen Literatur veröffentlicht worden; ich weise nur auf Zola's „Germinal“ hin, der dadurch in weiten Kreisen des Volkes bekannt wurde. Das alles übersteht Steiger, und dabei weiß er ganz genau, daß er für den Theil der Kunst, den er pflegen will, nur ein ganz geringes Publikum hat. Die Abonnentenzunahme ist doch kein Beweis, denn man kann die „Neue Welt“ nicht abbestellen, ohne gleichzeitig sein Parteiorgan abzubestellen. Darin liegt ja gerade das eigenthümliche, daß für 200 000 Menschen ein Blatt herausgegeben wird, von dem der Redakteur weiß, daß für seinen Inhalt nur eine ganz geringe Jüngerschaft vorhanden ist. Und deshalb ist es um so gewissenloser, daß Steiger trohdem Woche für Woche einen Stoff bringt, für den sich die Mehrheit der Leser nicht interessiert. So massenhafte Klagen sind noch über keine Zeitschrift erhoben worden.

Genosse Steiger preist die moderne Kunst. Meint er damit etwa den „Neuen Gott“ von Hans Land? Einen unglücklicheren Griff konnte er garnicht machen. Steiger preist die Schilderung der Modernen, er vergißt aber, daß die Stimmung den Leser oft daran hindert, das Kunstwerk wirklich zu genießen. Die Schilderung der Leiden eines Krüppels mag für einen Gesunden ein Kunstgenuß sein, nicht aber für den Krüppel, der dadurch noch mehr an seine Leiden erinnert wird. Der Arbeiter, der mit Noth zu kämpfen hat, der in Zeiten der Arbeitslosigkeit schon zu einer gewissen Mißstimmung geneigt ist, kommt nicht zum Genuß der Kunst, wenn die Noth in den allertrafftesten Farben geschilbert wird, im Gegentheil, es wird dadurch eine Art Selbstmordstimmung bei ihm hervorgerufen. (Sehr richtig!)

Ich will offen anerkennen, daß Steiger in der Auswahl der Illustrationen einen glücklicheren Griff gethan hat, als seine Vorgänger, aber es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn ein Nachfolger sich soweit über seine Vorgänger überhebt. Wir sind nicht aus Animosität gegen Steiger aufgetreten, sondern weil wir es für unbedeutend halten, daß man nur eine bestimmte Richtung pflegen will. Das ist ungeschickt und ruft Opposition hervor. Auch in Nürnberg sind, wie Grillenberger neulich unter der Hand mitgetheilt hat, 2/3 der Leser mit dem Inhalt der „Neuen Welt“ nicht einverstanden. Das weiß Steiger genau, und deshalb ist es um so verwerflicher, so zu handeln. Die „Neue Welt“ muß so gestaltet werden, daß das arbeitende Volk davon Nutzen hat. Auch in der Auswahl der populärwissenschaftlichen Artikel könnte Steiger vorsichtiger sein und belehrender wirken, damit die „Neue Welt“ ihren Zweck erfüllt. Er hat einige arge Schmarren gebracht. Für literarische Experimente ist das arbeitende Volk am allerwenigsten zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Schoenlant: Genosse Mollenbuhr hat soeben dem Genossen Steiger — sicherlich nicht in böser Absicht, sondern nur, weil er den Ausführungen Steiger's nicht volle Aufmerksamkeit geschenkt hat — unterstellt, er hätte behauptet, erst mit seinem Eintritt in die Redaktion der „Neuen Welt“, habe die Erziehung des Volkes zur Kunst begonnen. Das hat Steiger nicht gesagt. Er hat nur betont, und das müssen wir ohne weiteres alle zugeben, daß die Kunst in unserer Presse stiefmütterlich behandelt wird. Wenn Mollenbuhr behauptete, daß die Schilderung des Glucks auf die Arbeiter niederdrückend wirke, so ist das doch im Grunde dieselbe Auffassung, wie sie die Spießbürger von der Kunst haben; er verlangt sozialdemokratische Marxlitteratur, das arbeitende Volk aber verlangt Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Wenn Mollenbuhr recht hat, dann hätte auch Goethe die Leiden

des jungen Werther nicht schreiben dürfen, weil einige junge Narren durch die Lektüre zum Selbstmord veranlaßt wurden. Was die von Frohme verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha“ betrifft, so meine ich auch, der gute Steiger hätte hier ein bisschen retouchieren sollen. (Sehr richtig.) Aber wir sollten doch nicht so überaus empfindlich sein: (naturalia non sunt turpis (natürliche Dinge sind nicht schändlich, nicht zu verwerfen). In Brüssel steht das herrliche Kunstwerk, das „Manneten süß“. (Große Weiterkeit.) Vor 80 Jahren wollte eine versperrte Stadtverwaltung es in den Archiven verschließen. Genosse Frohme scheint ähnliches zu wollen. Er schlägt dieselbe Seite an, wie die Meritalken Münchens gegen den sogenannten Buberbrunnen angeschlagen haben. Die Feigenblatt-Politik taugt und weber in der Politik noch in der Literatur. (Beifall.) Die „Leipziger Volkszeitung“ hat feinerzeit das Meisterwerk Claude Tilliers, den „Onkel Benjamin“ abgedruckt. In dem humoristischen Roman fährt der Dichter mit Schneidigkeit und Glanz, Humor und Wit, den Kampf der aufstrebenden Bourgeoisie gegen den verrotteten Feudalismus. Der Held des Romans ist ein herrlicher Mensch, aber, was Genosse Bérard gewiß sehr bedauern wird, auch ein bisschen Weinschlauch. (Weiterkeit.) Der Höhepunkt des Romans ist nun, wie Onkel Benjamin von dem Marquis gezwungen wird, ihn auf die Stelle seines Körpers zu lassen, wo man nur zu sich auf pflegt (Weiterkeit) und wie er dann in gleicher Weise Revanche nimmt. Sein Leipziger Arbeiter, seine Leipziger Arbeiterfrau hat daran Lust bekommen. Ich würde mich keinen Augenblick bedenken, diesen Roman meinem Kinde in die Hand zu geben. (Beifall.)

Das Hohenlied von der Kunst, das Frohme anstimmt, ist eben nichts anderes als das Hohenlied von der ewigen Wahrheit der bürgerlichen Gesellschaft. Rein, Genosse Frohme, es gibt keine andere Kunst mehr als die moderne Kunst. Genosse Frohme hat den Steiger hingestellt als einen Verbrecher, der die Seele des Volks vergiftet. Er stand hier oben auf der Tribüne, wie vor vielen hundert Jahren ein Mann im römischen Senat, der eine Anklage donnerte gegen Catilina und ausrief: Wie lange wirst Du noch unsere Geduld mißbrauchen! Aber mein lieber Frohme: der Parteitag ist kein römischer Senat, Steiger ist kein Catilina, und Du bist kein Cicero! (Stürmische Weiterkeit und Händeklatschen.)

Frohme und Bérard haben gestern einen Artikel eines mir nicht bekannten Kunstkenner verlesen, der sich in ihrem Sinne aussprach. Gut, ich gebe zu, es giebt verschiedene Beschmäder! Ich theile Ihnen ebenfalls eine Stelle aus einem Briefe an mich mit, von einem Parteigenossen, den wir alle ans höchste schätzen und dem niemand beistimmen kann, daß er ein vorzüglicher Sachkenner ist, vor dem sich auch die Autorität des Genossen Bérard beugen wird (Weiterkeit), aus dem Juhl, als noch nicht der Sturm wegen der „Neuen Welt“ durch den Parteiblätterwald brauste, als durch das „Hamburger Echo“ und die „Leipziger Volkszeitung“ noch nicht das geringste Säufeln ging. (Weiterkeit.) Da heißt es: „Wer gezwungen ist, sich dem Auffassungsvermögen des großen Publikums anzupassen, dem geht in kurzer Zeit der Witz aus. Darüber wird Steiger sehr bald ein bitteres Lied singen. Aber Steiger macht seine Sache gut; er soll sich nur nicht verblüffen lassen. Genossen, Steiger wird sich nicht verblüffen lassen; lassen Sie sich auch nicht verblüffen, und entscheiden Sie so, wie es der Sache der Sozialdemokratie und den Fortschritten auf dem Gebiete der Kunst entspricht. (Lebhafte Beifall.)

Stadthagen: Frohme's Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen. Wenn Schoenlant von dem Ruf auf eine bestimmte Stelle gesprochen hat, so nehme ich nicht an, daß so anschaulich geschildert ist, wie es unsere Naturalisten thun würden, die die herausgesteckte Zunge und alles andere deutlich schildern würden. (Weiterkeit.)

Ich empfehle Ihnen die Anträge zur Annahme, die eine Verbesserung des Inhalts unserer Presse verlangen. Die Leiter des „Vorwärts“ sollten bedenken, daß es sich um eine Waare handelt, die sie auszugeben haben. Es ist eine Schande, daß das Brunnenvergiftungs-Blatt, der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in Berlin 180 000 Abonnenten hat, der „Vorwärts“ nur 48 000. Es muß der „Vorwärts“ seinen Lesern dasselbe bieten, wie die bürgerlichen Blätter. Wir leben in der bürgerlichen Welt und haben uns um alle ihre Erscheinungen zu kümmern. Der „Vorwärts“ bietet nicht ein Spiegelbild aller literarischen und nicht-politischen Erscheinungen; er ist in dieser Beziehung weit hinter der bürgerlichen Presse zurückgeblieben. Die Redaktion muß vermehrt werden; es ist eine bessere Vorbildung der Mitarbeiter und größere Selbstdisziplin der Genossen erforderlich. Es dürfen nicht die Widersprüche vorkommen, die sich jetzt fast in jeder Nummer des „Vorwärts“ finden, wo auf der ersten Seite das Gegenteil von dem steht, wie auf der dritten. Unser verehrter alter Liebknecht ist unmöglich im Stande, wo er fortwährend herausgerissen wird, wo er allerorten von den Genossen gerufen wird und deshalb häufig von Berlin fort muß, jederzeit die mechanische geschäftliche Thätigkeit in der Hand zu haben, so daß alles aus einem Guß kommt. Er muß sich eine journalistische Hilfskraft nehmen, die ihn in dieser geschäftlichen Redaktionsthätigkeit, selbstverständlich unter seiner Oberleitung, unterstützt. Dem „Vorwärts“ liegt ja ein weit größeres Arbeitsgebiet vor, wie der bürgerlichen, wie der Provinzpresse. Als politisches Blatt entspricht er durchaus allen Anforderungen. Es ist nicht wahr, Genossen, daß andere Partei-Zeitungen ihn überflügeln haben. So vorzüglich auch die „Leipziger Volkszeitung“, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und die anderen Blätter auch sind, so steht der „Vorwärts“ doch meterhoch über ihnen als politisches Blatt. Aber im übrigen muß sein Inhalt besser werden. Ich möchte unseren verehrten Liebknecht bitten, davon auszugehen, daß man von dem Arbeiter nicht verlangen kann, neben dem „Vorwärts“ noch ein anderes Blatt zu lesen. Der „Vorwärts“ muß alles bieten und alle Blätter ersetzen können. Ich hoffe, daß es dieser Anregung nur bedürfen wird und daß es möglich sein wird, Inhalt und Auflage des „Vorwärts“ zu vermehren.

Was die Quard-Seite anlangt (Weiterkeit), so bitte ich dringend um Ablehnung des Antrags, der ein Mißbilligungsvotum für die Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Magdeburger Volksstimme“ verlangt. (Beifall.) Ich bedauere sehr, daß Genosse Schmidt gestern weit über das Ziel hinausgegangen ist. (Sehr richtig.) Wodurch aber sät sich Quard beleidigt? Daß von dem Frankfurter Pfadfinder ganz allgemein die Rede ist? Ja, ist denn Quard eine hysterische Jungfrau? Und die Ausführungen über den „sozialpolitischen Reformen“ behandeln doch nur die Frage, inwieweit die Geschalten seiner Vergangenheit Quard noch anhaften. Es ist ja nur verlangt worden, daß dieses gewerkschaftspolitische Streben nicht die Hauptache sein darf. Das soll die Redaktion nicht sagen dürfen? Deswegen ein Mißbilligungsvotum? Das wäre die ärgste Reaktion, die größte Ungerechtigkeit, eine Knebelung der Pressefreiheit! (Widerspruch und lebhaft Zustimmung.)

Ich hätte es nicht für notwendig gehalten, den Quard so breitzutreten. (Weiterkeit.) Was mich empört hat an der Sache, das war nur das Verhalten einiger Redakteure des Blattes, die es für notwendig hielten, in eigener Sache die Erklärungen zu erlassen. Diese Sache ist ja erledigt. Der Parteitag hat sich nicht mehr damit zu befassen. Aber das Quard verlangt, daß nicht ihm, sondern den Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Volksstimme“ ein Mißtrauensvotum erteilt werde, das verstehe ich nicht. (Beifall.)

Ugler: Stuttgart spricht zu dem badischen Antrag 50 und bittet darum, diese Frage nicht vom allgemeinen Gesichtspunkte aus zu betrachten, sondern die speziellen Verhältnisse ins Auge zu fassen. Im badischen Oberland erscheint nur dreimal wöchentlich ein Organ. Das kann absolut für die Genossen, die namentlich die parlamentarischen Verhandlungen verfolgen wollen, nicht genügen. Dazu kommt, daß dieses Blatt nicht in der badischen Kapitale erscheint, sondern draußen in einem

kleinen Orte. Da ist es nicht wunderbar, daß es nicht die Verbreitung hat, die es haben sollte und haben würde, wenn es täglich erscheinen würde. Allerdings hat es jetzt nur 4500 Abonnenten; bei täglichem Erscheinen würde es aber eben einen größeren Abonnentenstand haben und sich rentieren. Jetzt wird es vielfach durch auswärtige Blätter ersetzt, die doch hinsichtlich der lokalen Fragen in keiner Weise genügen können. Ich bitte Sie also, nehmen Sie Rücksicht auf die badische Bewegung und denken Sie nicht lediglich daran, daß jede Neugründung eines Blattes ein gewagtes Experiment ist. Wir verlangen ja nicht, daß die Mittel gänzlich aus der Parteikasse entnommen werden sollen, sondern wir sammeln in Baden einen Preisfonds und wünschen nur einen Darlehenszuschuß.

Antrieb-Berlin: Die äußere Ausstattung der „Neuen Welt“ ist bedeutend besser geworden. Wenn Genosse Steiger erklärt, in Zukunft etwas vorsichtiger in der Auswahl des Stoffes zu sein, so können wir uns wohl damit zufrieden geben. Weit wichtiger als diese Angelegenheit ist unsere Stellung zum „Vorwärts“. Mit dem Redakteur muß ein ernstes Wort gesprochen werden. Bieweil hat der „Vorwärts“ nicht in den letzten Jahren gefündigt. In den brennenden Parteifragen nimmt er entweder gar keine Stellung, oder er schwankt in seiner Haltung hin und her, wie bei dem Streit der sächsischen Genossen über die Taktik gegen die Wahlrechtsverschlechterung. — In der äußeren Politik des „Vorwärts“ steht es noch viel schlimmer aus. Hier werden uns geradezu ungeheuerliche Dinge geboten. Vor allem fehlt jede klare Darstellung der Thatsachen. Dazu kommen beständige Widersprüche. Die Darstellung der englischen Verhältnisse, wie sie der englische Korrespondent des „Vorwärts“ giebt, ist ganz verschieden von der Darstellung, die die Redaktion des „Vorwärts“ denselben Vorgängen giebt. Ebenso ist es mit der Darstellung der Vorgänge in Italien. Am schlimmsten aber ist das, was der „Vorwärts“ über Frankreich schreibt. Da veröffentlicht er Sieges-Bulletins über die Wahlerfolge der französischen Genossen bei den Gemeinderaths- und Parlamentswahlen. Wenn man sich nun jetzt das Verhalten dieser angeblichen Genossen bei den jüngsten Vorgängen in Paris ansieht, bekommt man eine ganz andere Ansicht. Am 25. August brachte der „Vorwärts“ es fertig, zu behaupten, die französische Regierung empfinde ein Grauen vor dem Besuch des Jaren. Vom Chauvinismus sei keine Rede, von ein paar Irrennigen abgesehen, die Franzosen seien überhaupt die besten Leute. Wenn diese Behauptung wahr wäre, dann müßten die Jrenhäuser in Frankreich bedeutend erweitert werden und es würden wenige Franzosen draußen bleiben. (Weiterkeit.) Vier Wochen später hat der „Vorwärts“ wieder das gerade Gegenteil geschrieben. Da bringt er einen Artikel, vermutlich von demselben Verfasser: „Die neue Kosakenrepublik“, die das Gegenteil von dem sagt, was am 25. August behauptet wurde. Das schädigt das Ansehen des „Vorwärts“ und der Partei. Das sind nur zwei Nummern. Ich könnte Ihnen noch mannigfache Beispiele für meine Behauptung bringen. Wenn solche Dinge sich im „Vorwärts“ abspielen, dann ist es endlich an der Zeit, daß die Partei sich wie ein Mann gegen diese Zustände erhebt, die der Würde der Partei nicht entsprechen. Acht, auch zehn Tage später, als sie datirt sind, erscheinen die auswärtigen Korrespondenzen im „Vorwärts“. Häufig genug haben sie dann an Aktualität verloren. Für jede Zeitung ist eine möglichst schnelle, ausgiebige Berichterstattung von größter Wichtigkeit. Auch hier muß Wandel geschaffen werden. Von einem Zentralorgan verlange ich, daß es an der Spitze der Partei steht und ihr Direktiven giebt. Genosse Stadthagen hat die Kamalität schon angedeutet und auf unseren allverehrten Genossen Liebknecht bezug genommen. Auch ich bin der Überzeugung, daß Liebknecht, der als Journalist, Abgeordneter und Agitator menschenmögliches leistet, trotz seiner großen Arbeitskraft die Aufgaben, die die Chefredaktion des „Vorwärts“ stellt, nicht vollkommen erfüllen kann. Ein Mann muß mit der Redaktion des Blattes betraut werden, der seine ganze Zeit dem Blatte widmen kann. Der „Vorwärts“ muß anders werden. Unsere Genossen können nicht 3, 4 Blätter daneben halten, um sich über die thatsächlichen Vorgänge in der Politik zu unterrichten. Wenn wir die Massen irre führen, so kann das gefährliche Konsequenzen haben. Wir haben alle Ursache, das Volk über die thatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aufzuklären. (Beifall.)

Roll: Karlsruhe betont die Notwendigkeit, die Presseverhältnisse Wadens besser zu gestalten. Die Abonnentenzahl geht in vielen Städten zurück, namentlich in der Umgegend von Karlsruhe. Um den Angriffen der nationalliberalen Presse entgegenzutreten, müsse ein Parteiblatt geschaffen werden, das auf der Höhe der Zeit steht; schaffe man ein täglich erscheinendes Blatt, so würden bei der nächsten badischen Landtagswahl neue Siege erfochten, sonst sei ein Erfolg nicht mehr zu denken. In dem Antrage sei ja nur davon die Rede, daß der Parteivorstand die badischen Genossen eventuell unterstütze, wenn die eigenen Mittel nicht ausreichen. Das Geld werde, wenn möglich, auf Heller und Pfennig zurückerstattet werden.

Liebknecht: Vor 20 Jahren wurden bereits dieselben Vorwürfe erhoben wie heute, und gerade weil sie so häufig vorgebracht werden, macht ein großer Theil der Ausstellungen einen sehr geringen Eindruck auf mich. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß, wo derartige Beschwerden regelmäßig wiederkehren, tiefere Gründe vorliegen müssen, die es verhindert haben, daß das Ideal von einer Presse, wie es den Parteigenossen vorschwebt, sich bisher nicht verwirklicht hat. Wollte ich irgend ein anderes Parteiblatt mit demselben Maßstabe messen, der an den „Vorwärts“ gelegt ist, so würde kein Blatt besser fahren. Das weiß jeder vernünftige Genosse. Aber das Zentralorgan wird einfach als eine Domäne betrachtet, die man ohne weiteres schlecht machen kann, ohne das Gute hervorzuheben. Ich bedauere es, daß der Punkt „Presse“ nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitagess mit einem Referenten und Korreferenten gesetzt ist, und es sollte mir leid thun, wenn der Parteitag nicht einen Beschluß faßte, für das nächste Jahr ein Referat und Korreferat darüber entgegenzunehmen.

Ich habe die Stellung eines Chefredakteurs niemals so angeseht, wie es gewöhnlich in Deutschland der Fall ist. Man versteht darunter einen Mann, der die ganze Zusammenstellung besorgt und für alles verantwortlich ist. Ich habe nicht die Zeit dazu, von Morgens bis Abends in der Redaktion zu sein, und ich würde mein Amt niemals übernehmen, und meine Freunde würden es mir garnicht angeboten haben, wenn das von mir verlangt wäre. In Frankreich versteht man unter Chefredakteur einen Mann, der in politischen und sonstigen Dingen die Maschinerie der Redaktion leitet. Clémenceau, der jetzige Chefredakteur der „Justice“ schreibt dafür Leitartikel, und im übrigen wird das Blatt von Deuten in seinem Geiste redigirt. Wenn uns das noch nicht gelungen ist, so liegt das daran, daß wir eine hierfür geeignete Persönlichkeit noch nicht gefunden haben. Unsere Presse dezentralisirt sich immer mehr, und wenn von einem der Redakteure auf die Notwendigkeit der Zentralisation hingewiesen ist, so halte ich dem gegenüber eine Zentralisation für das größte Unglück für die Partei. Die Partei hat eine große Presse, die sie immer mehr zu entwickeln sucht, und was an Talenten in der Partei da ist, übernimmt eine selbständige Stellung. Der „Vorwärts“ befindet sich in einer ganz eigenthümlichen Lage, er ist zugleich Zentralorgan und Lokalblatt, und das hat große Schwierigkeiten im Gefolge. Es ist davon gesprochen, daß manche Artikel so lange liegen bleiben, aber der Raum des „Vorwärts“ ist zu beschränkt. Uns steht nicht so viel Platz zu Gebote, wie etwa der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, es macht uns schon eine große Mühe, das hineinzubringen, was hineinkommen soll.

Es ist ferner gesagt worden, der „Vorwärts“ soll aus einem Guß hergestellt sein: Ja, das sollte er sein, aber er ist es nicht, weil verschiedene Strömungen darin zur Geltung

kommen. Man wirft dem „Vorwärts“ vor, daß er oft keine Meinung hat und nicht zu allen Fragen Stellung nimmt, aber darin zeigt sich ja gerade der Unterschied zwischen einem Zentral- und einem Lokalblatt. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes, so wäre ich sicher der erste, der zu jeder Frage entschieden Stellung nimmt. Das Zentralblatt hingegen gehört der ganzen Partei, und wenn in der Partei verschiedene Strömungen herrschen, so halte ich als Chefredakteur des Zentralorgans mich nicht für berechtigt, meine Meinung als die leitende Meinung der Redaktion hinzustellen. Ich habe es stets für meine Pflicht gehalten, den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen, so in der Agrarfrage und in der bayerischen Landtagsfrage. Hätte ich damals Stellung genommen, so hätte ich damit einen Theil der Genossen beleidigt. Ich habe nicht das Gefühl der Unfehlbarkeit, ich glaube ja in manchen Dingen ebenso gut wie ein anderer in der Partei richtig urtheilen zu können, aber ich bin nicht im Stande, immer das Richtige zu finden. Ich war z. B. bei der Agrarfrage, wo die Geister aufeinander platzten, nicht in der Lage, so sagen, was das Richtige war, und ich würde eine Partei verachten, wenn sie sich das gefallen ließe. Die Redaktion des Zentralblattes kann als Redaktion zu derartigen Fragen nicht Stellung nehmen.

Wir haben nun das Abkommen getroffen, daß die Redaktion nach der Majorität Stellung nimmt. Dann kann aber die Minderheit kommen und das Gegenteil sagen, und das wäre einfach Unfug. (Sehr richtig.) Es könnte dann in einem Artikel das Gegenteil von dem zu stehen, was im Leitartikel in derselben Nummer enthalten ist. Da steht man, mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben. Bei den Provinz-Partei-Blättern weiß jeder sofort: das hat der Schoenlant geschrieben. Aber im Zentral-Organ halte ich mich nicht für verpflichtet, so zu verfahren. Ich bin zu jedem Abkommen bereit, nur darf die Minderheit nicht vergewaltigt werden. Das Zentralorgan darf nicht der große Nürnberger Richter sein, der die Weisheit den Genossen eintrücht. Gerade dadurch, daß wir nach allen Richtungen hin selbständige Organe geschaffen und die Arbeiter geistig gebildet haben, sind wir den Gegnern im Kampfe überlegen. Auf welche Weise soll denn auch der „Vorwärts“ zu allen Fragen Stellung nehmen? Der eine Redakteur denkt so, der andere so; es bleibt also schließlich nur der mechanische Weg der Abstimmung übrig, und das wäre das allergeringste. (Sehr richtig.)

Es ist mir vorgeworfen, daß ich bei der Frage der sächsischen Landtags-Wahlen nicht mehr eingegriffen habe. Ich bin ja oft diktorischer Gelächte bedrängt worden, aber ich habe doch so viel demokratisches Gefühl, daß ich den Genossen in einem Lande, wo die Sozialdemokratie so entwickelt ist, wie in Sachsen, nicht von Berlin aus Direktiven geben will, wofür sie sich auch denken bedankt hätten. Das Verlangen, von oben herab alles zu diktiert, kann nur jemand aufstellen, der wirklich nicht fähig ist, die Dinge vollständig zu überschauen. Muß ich denn, wenn ich eine andere Meinung habe, gleich den Gegner für einen Gelächter und auf ihn losgehen? (Weiterkeit und Beifall.) Nein, das darf nicht sein. Ich habe da, wo es galt, die Partei zusammengehalten, stets zu vermitteln gesucht, und ich habe die Parteikämpfe in Frankreich und England gesehen und die Erfahrung gemacht, daß dort die Partei in ihrer Entwicklung gestört worden ist, weil der Versuch zu vermitteln unterblieb. Wenn ich nicht alles so durchführen konnte, wie ich's wollte, so liegt das daran, daß es an ausreichenden Kräften fehlt. Bei einem so großen Blatt, wie der „Vorwärts“, bei dem das, was man nicht sieht, die größte Arbeit verursacht, ist unsere Stellung eine sehr schwierige. Wenn man nur die ungeheure Korrespondenz, die der „Vorwärts“ führt, betrachtet, und wenn man die Schwierigkeit der Aufgabe mit den zur Verfügung stehenden Kräften vergleicht, so wird man nicht Mangel an Arbeitslust oder Arbeitskraft vorwerfen können. Ich werde ja demnächst in der Redaktionskonferenz gründliche Vorschläge machen, um den Konflikt zwischen Zentral- und Lokalorgan zu beseitigen.

Genosse Antrieb wirft dem „Vorwärts“ vor, daß sich im politischen Theil häufig Widersprüche finden. Wenn man aber die beiden Notizen, die er anführt, richtig aufsaßt und nicht Chauvinismus mit dem Ruf nach Krieg identifizirt, so findet man keinen Widerspruch in den beiden Artikeln, die von mir selbst geschrieben sind. Allerdings hatte die französische Regierung große Angst vor dem Besuche des Jaren. Sie wußte nicht, was seitens einiger Anarchisten geschehen könnte, und es bestand eine große Besorgnis, bei Deutschland Anstoß zu erregen. Mit größter Kenglichkeit wurde jede Demonstration vermieden, die kriegerisch aussehen konnte. Der französischen Regierung fiel eine Zentnerlast vom Herzen, als der Jar wieder fort war. Das widerspricht nicht der Thatsache, daß die Republik sich Rußland in die Arme geworfen hat. Wir sollen falsch über die Bewegung im Auslande berichten! Hierbei ist dem Genossen Antrieb der Schnitzer unterlaufen, daß er annimmt, der Pariser Gemeinderath besteht aus Sozialisten. (Zuruf von Antrieb: Ist mir nicht eingefallen.) Aber das ist doch Ihre Voraussetzung. Niemand hat vom Pariser Gemeinderath ein anderes Vorgehen erwartet. Und glauben Sie, daß ich es lobe, wenn unsere Genossen, die darin sehr schwach vertreten sind, nicht mit der Energie protestirt haben, wie die sozialistischen Gemeinderäthe von Lille und Bordeaux.

Der Widerspruch zwischen den Korrespondenten des Auslandes und den redaktionellen Notizen rührt daher, daß ich auch andere Meinungen aufkommen lasse. Ich halte die Leser des „Vorwärts“ nicht für so dumm, daß sie nicht aus verschiedenen Anschauungen das Richtige herausfinden können. Ich glaube, daß meine Toleranz eher Lob als Tadel verdient.

Die wissenschaftliche Beilage, die gewünscht wird, ist bisher aus Mangel an Raum und aus dem Grunde nicht zu Stande gekommen, weil Konrad Schmidt, den wir dafür in Aussicht genommen hatten, zu dieser Arbeit keine Zeit hatte. Er hat sich aber jetzt bereit erklärt, je nachdem es beschlossen wird, ein- oder zweimal wöchentlich eine derartige Uebersicht zu geben, und ich kenne keinen Mann in der Partei, der dazu befähigter wäre.

Was die Polemik mit Quard betrifft, so müssen wir einen Unterschied machen zwischen einer Polemik mit Gegnern und mit Genossen. Ich bin dagegen, daß die Polemik mit Genossen persönlich betrieben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ist das aber der Fall, dann muß die Person, die den Angriff unternimmt, sich auch nennen. (Sehr richtig!) Und wenn sie sich genannt hat, dann ist es mir vollständig gleichgültig, wer die Polemik führt. Vorausgesetzt, daß in dem Streit nicht etwas absolut Unausführbares vorkommt, oder etwas, was gegen die Parteidisziplin verstößt, kann man der Polemik keine Grenze setzen. (Sehr richtig!) Man darf aber niemals versuchen, einem Genossen die Partei-Ehre abzunehmen. (Beifall.) Das sind meine Grundsätze, die wohl von jedem gebilligt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe es bedauert, daß gestern mein Kollege Schmidt Dinge gegen Quard geäußert hat, die besser nicht gesagt wären. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man einen Mann wie Quard hinstellt als einen Menschen, der noch kein richtiger Genosse ist, sondern erst fertig werden muß, so bedauere ich das. Ich muß entschieden dagegen protestiren, daß in dieser Weise von verachteten bürgerlichen Existenzen gesprochen worden ist. (Bravo.) Diese verachteten bürgerlichen Existenzen haben wir bei uns; das kann man aber nicht auf Quard anwenden. Der Mann hat sich normal entwickelt, und wenn er in Zwiespalt gerathen ist zu seinen früheren Anschauungen, so ist das begreiflich, aber kein Tadel. Quard ist aus einer Partei herausgegangen, die ihm eine bessere Stellung hätte geben können, als wir. (Sehr richtig.) Wir klagen über Mangel an Talenten und dabei wird jeder niedergemüthelt, der aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Können wir denn warten, bis aus der Arbeiterklasse Redakteure herauswachsen? Die ethische Gefinnung ist eine selbstverständliche Voraussetzung, aber damit allein redigirt man doch keine Zeitung. Ich gebe zu, daß wir die schlechtesten Versammlungsberichtersteller haben;

das kommt daher, weil wir nicht auf die Fähigkeit leben können, sondern auch auf die Genossen Rücksicht nehmen müssen. Ich, der ich Quard vielleicht am besten kenne, protestiere dagegen, daß man den Mann so beschimpft. (Beifall.)

Nun komme ich auf die „Neue Welt“. Es hat mich im ganzen sehr gefreut, daß wir zum ersten Mal eine Preskategorie gehabt haben, in der man versucht hat, einen höheren Flug zu nehmen; es ist wirklich einmal von der Kunst gesprochen worden. Nun muß ich sagen, daß ich theoretisch mit den gestrigen Ausführungen Steiger's durchaus einverstanden bin, aber das, woraus man ihm einen Vorwurf macht, wird dadurch garnicht getroffen. Ueber die Grundzüge der naturalistischen Kunst sind wir alle einig, wir finden sie schon ausgesprochen bei Schiller, ja schon bei Aristoteles. Der Fehler in der „Neuen Welt“ ist der, daß Steiger glaubt, es sei jetzt die neue Kunst, die fertige Kunst entdeckt worden, und das sei die Richtung des „jüngsten Deutschland“. Darin kann ich Steiger allerdings nicht folgen. Es ist richtig: naturalia non sunt turpia; aber es giebt Dinge, die man in anspruchsvoller Gesellschaft nicht sagt und thut. (Sehr richtig!) Wenn jemand das natürliche Bedürfnis, das die Wertha gehabt hat, hier in diesem Saale verrichten würde, dann würde jeder sagen, daß ist zwar natürlich, aber es ist äußerst unanständig (Große Heiterkeit); und ob ich das in diesem Saale oder vor einem Leserkreis von 200 000 Familien thue, so ist das gar kein Unterschied. (Sehr richtig!) Steiger ruft: Nur bis an die Thüre! Der richtige Naturalist thut eine große That, wenn er ein derartiges natürliches Bedürfnis gewissermaßen der übrigen Menschheit zum Trost, nur um seine eigene Hypermoralität zu wahren, direkt vor den anderen und ihnen ins Gesicht vertritt! (Große Heiterkeit.) Das ist das, wogegen die Arbeiter protestiert haben.

Nun kommen wir aber auf etwas, was von größter Bedeutung für das Proletariat ist. Das jüngste Deutschland hat in Folge der Defacence eine gewisse pridefulde Lust, alle sexuellen Dinge anzumalen. Und nun sage ich: — Ich bin wahrhaftig nicht prüde, in meiner Gegenwart kann man sehr vieles sagen; aber wenn vor heranwachsenden Kindern — die „Neue Welt“ soll ja Familienblatt sein — diese Dinge behandelt werden, wie wirkt denn diese Erregung der Lasterhaftigkeit auf die Kinder! Das Proletariat wird heute schon so zu Grunde gerichtet durch soziale und ökonomische Verhältnisse; sollen wir noch dazu bezuglose Körper und Geist der Kinder des Proletariats zu ruinieren? Wenn die Arbeiter von diesem Gesichtspunkte aus sich widersetzen, dann haben sie vollkommen recht. Steiger wird das auch anerkennen: Die Schweinerei gehört in die „Neue Welt“ nicht hinein!

Ich habe mit einem Namen, der vielleicht den bekanntesten Namen in unserer modernen Romankultur hat, in diesem Sinne eine Polemik gehabt, und er mußte mir schließlich zugeben, daß das, was ich unter gebildeten Leuten nicht sage und nicht thue, auch nicht gesagt werden darf in Zeitungen, Unterhaltungsblättern u. s. w. Ich bin mit der Ansicht Steiger's in Bezug auf das jüngste Deutschland auch nicht einverstanden. Ich glaube auch nicht, daß Hauptmann der große Mann ist, als welchen er ihn hingestellt hat; es ist sehr viel Kleines und Hässliches darin, und vor allem ist nichts Revolutionäres darin, nein, spießbürgerlich-reaktionäres zum größten Theil. (Beifall und Widerspruch.) Und die Griechen, die doch auch etwas von Kunst verstanden und große Realisten waren, ließen alle diese grausigen Sachen, statt sie anzumalen, hinter der Thüre verrichten. In der Kunst der Poesie des Horaz wird das ausdrücklich getadelt. Der größte aller Realisten, das war ein gewisser Homer (Heiterkeit); ihn wird Steiger als Autorität ja auch gewissermaßen anerkennen, obgleich das jüngste Deutschland keine anderen Autoritäten kennt, als ihre eigenen Wichtigkeiten. (Heiterkeit.) Da kommt eine wunderschöne Stelle vor, welche ich Freund Steiger bitte zu lesen, ehe er an seine Redaktionsarbeit geht. Als die Götter sich streiteten um das Geschick von Troja, als schließlich die Juno entschlossen ist, die Trojaner zu vernichten, sucht sie den Jupiter für sich zu gewinnen, und es gelingt ihr auch; — aber der große Realist Homer läßt eine Wolke um beide verbreiten; und diese Wolke empfehle ich Freund Steiger. (Stürmische Heiterkeit.) Und ich erinnere ihn noch an ein Sprichwort, das ja lateinisch ist und das ich deshalb zitieren kann: cacatum non est pictum! (Stürmische Heiterkeit und Handklatschen.)

Fischer (Berlin): Die Haltung des Genossen Liebknecht zur „Vorwärtsfrage“ ist nicht einladend, dieses Thema fortzusetzen. Wenn der Mann, der an der Spitze des „Vorwärts“ steht, gegenüber den Vorwürfen, die gegen das Blatt erhoben werden, nichts anderes zu sagen weiß, als daß er seit 25 Jahren höre, und daß sie auf ihn keinen Eindruck machen, so ist es überflüssig, darüber zu diskutieren. Ich ziehe den entgegengesetzten Schluss von dem, den er gezogen hat; ich meine: weil seit 25 Jahren die Vorwürfe immer wieder erhoben werden, deshalb muß etwas Richtiges an ihnen sein. (Sehr richtig!) (Liebknecht: Habe ich auch gesagt!) Wenn die Partei die Chefredaktionsstelle nach französischem Muster einrichtet, und er die Chefredaktionsstelle noch beansprucht, obwohl er das halbe Jahr nicht in Berlin ist, und wenn er einen Gegensatz macht zwischen Zentralorgan und Lokalorgan, und daß er deshalb absolut außer Stande sei, dem „Vorwärts“ den Beruf erfüllen zu lassen, ein unterrichtendes, aktuelles Organ zu sein — gewiß, der Stoff ist sehr ausgedehnt; das Blatt erscheint aber auch 2 bis 4 Bogen stark; und nicht das Ueberwuchern des lokalen Theiles hat die Veranlassung zu den Klagen gegeben, sondern der übrige Theil, der Mangel dessen, was nicht drin steht. Wenn Liebknecht sagt, es sei die Aufgabe des führenden Organs, überhaupt nicht Stellung zu nehmen, so sieht er, glaube ich, damit einzig in der Partei da. Deshalb hat man ja ein Zentralorgan, deshalb hat man ja einen Mann von Liebknecht's Bedeutung zum Chefredakteur gemacht, das er Stellung nimmt, daß er die Führung übernimmt; sonst brauchte man kein Zentralorgan, da haben wir ja die kleine Provinzpresse, dann wäre ja die ganze Aufgabe des Zentralorgans, alles gemächlich zu registrieren — dafür braucht man kein solches Budget! (Beifall.)

Aber daran wird ja nichts geändert werden, der „Vorwärts“ wird nach wie vor nichts sein, als das Spiegelbild der literarischen und politischen Zerfahrenheit der Parteipresse, als das Organ leterer rassistischer Redensarten (Unruhe). Wir dürfen nicht empfindlich sein, wir müssen jedem die Freiheit des Urtheils überlassen, sonst kommen wir zu nichts, als zur Waschlapperei! (Sehr richtig!) Wenn der „Vorwärts“ nicht führt, nicht unterrichtet, so ist das ja kein Vorwurf gegen Liebknecht. Was für ein Gefel wäre der Parteigenosse, der Liebknecht's Mangel an Arbeitslust und Arbeitskraft vorwerfen würde! Der Fehler liegt in der Individualität Liebknecht's. Sie haben ihn auf einen Posten gestellt, der sich mit seiner Individualität nicht verträgt. Er kann den Posten nicht ausfüllen (Sehr richtig! und lebhafter Widerspruch); und seine Arbeitskraft ist für die Partei viel zu kostbar, als daß man sie in diese mechanische Zieh- und Pflügarbeit hineinspannt! Nicht der Mangel an Leuten, an Intelligenzen ist es, der ihm fehlt — nein, die Sache ist anders, neben Liebknecht können die geistigen Kräfte der Mitarbeiter sich nicht entfalten, sich nicht auswaschen, haben sie keinen Spielraum; an Material fehlt es nicht, selbständigen Existenzens ist es aber überhaupt nicht möglich, neben Liebknecht zu arbeiten (Beifall und Unruhe). Ich verweise nur auf Schoenlant; wie verhältlich ist die „Leipziger Volkszeitung“, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ redigiert, wie ist die sächsische, die bayrische, die agrarische, die Gewerkschaftsfrage behandelt! — Der „Vorwärts“ dagegen hat wie den Muth der eigenen Meinung bekannt. Verlepplich ist gegangen, der Kriegsminister ist geküßt — der „Vorwärts“ schreibt keine Zeile! Diese Dinge sind ja alle neben-sächlich, aber ein führendes politisches Blatt muß doch dazu Stellung nehmen. (Beifall.)

Was nun die „Neue Welt“ angeht, so lasse ich die Frage „Realität“, „Kunst“, „Klassizität“ unberührt, solche Fragen werden nicht durch Abkimmungen gelöst. Aber die Art und Weise, wie man auf die „Neue Welt“ losgeht, kann man nicht billigen. (Lebhafter Beifall.) Auch ich halte die Wahl des Romans von Hans Land „Der neue Gott“ für einen Mißgriff; aus der anderen Seite mache ich aber daraus keinen großen Vorwurf — wir in Berlin sind auch durch den Feuilletontheil des „Vorwärts“ zur Resignation und zum Verzichten erzogen worden (Heiterkeit und Beifall). Aber daß in diesem Roman die Sozialdemokratie verhöhnt wird, wie Gérard sagt, das ist nicht wahr. Mit einer solchen Kritik, wie Gérard es gethan hat, soll man nicht an die Kritik eines großen Romans herantreten. Wichtig aber ist es, in den weitesten Kreisen der Arbeiter ist ein gewisses Mißbehagen gegen die „Neue Welt“ vorhanden, und Steiger thut gut, das zu berücksichtigen und zu ändern. Es handelt sich hier nicht um eine Moralfrage, nicht um ein Kunstprogramm, sondern darum, daß Steiger viel zu wenig beachtet hat, daß die „Neue Welt“ nicht bloß ein Bildungsorgan ist, sondern auch ein Familienblatt, das jeder seinen Kindern in die Hand geben will. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß kein Moralist, aber man läßt sich doch nicht um Kioske photographiren. (Stürmische Heiterkeit.) Das sind Kleinigkeiten, die aber das Mißbehagen der Genossen hervorgerufen haben. Mehr als nothwendig wird das fernere Problem behandelt, und zwar nicht das psychologische Geheimniß, sondern der einfache mechanische Vorgang (Sehr wahr!), und dagegen bäumt man sich auf. Die Szenen, die Schoenlant aus Claude Tillier's Roman „Ditel Benjamin“ anführt, sind ein ganz prächtiges Beispiel; wenn in der „Neuen Welt“ das dargestellt wäre, so bin ich überzeugt, daß der Schriftsteller nicht die Situation, sondern den häßlichen Körpertheil geschildert hätte. (Heiterkeit.) Das ist der große Unterschied zwischen Meister und Pflücker. Das muß Steiger beseitigen, dann wird das Mißbehagen verschwinden. Denn das steht fest: Im übrigen ist die „Neue Welt“, an geistigem Gehalt, an Vielfältigkeit weitaus besser geworden. (Lebhafter Beifall.) Aus diesem Grunde muß der Antrag abgelehnt werden, sie wieder auf 8 Seiten zu reduzieren, denn damit kann man kein gutes Blatt machen. Ebenso lehnen Sie den Berliner Antrag ab, der „Neuen Welt“ den Charakter einer Beilage zu nehmen! Wie wollen Sie bei den heutigen Verhältnissen mit den bürgerlichen Blättern konkurriren? Dann müßten Sie vielleicht 30 000 bis 40 000 Mark à fonds perdu hineinschleusen. (Beifall.)

Gichorn-Dresden: Meine Beschwerde richtet sich gegen den Neuen Weltkalender; er ist bedeutend schlechter geworden. (Widerpruch.) Die Verbilligung des Kalenders ist auf Kosten der Kopierkosten erfolgt, und das finden die Genossen nicht schön. Die „Neue Zeit“ ist verteuert worden; sie arbeitet mit einem bedeutenden Defizit. Es wird deshalb schon davon geredet, die „Neue Zeit“ wieder in eine Monatschrift zu verwandeln. Dem Genossen Diez ist nicht anzumuten, das Defizit auf die Dauer zu tragen. Ich möchte dem Parteivorstand deshalb empfehlen, sich näher zu überlegen, wie der „Neuen Zeit“ zu Hilfe zu kommen ist. Die „Neue Zeit“ hat leider nur 4000 Abonnenten; die Partei muß das lebhafteste Interesse für die Existenz ihres wissenschaftlichen Organs haben. Vielerlei empfiehlt es sich, die „Neue Zeit“ in direkte Parteiregie zu nehmen. Redner empfiehlt weiter eine Wochenausgabe des „Vorwärts“ als Ersatz für den „Sozialdemokrat“ und bringt einen diesbezüglichen Antrag ein.

Rauo-Zerlöh: Die „Neue Welt“ kann auch den Kindern ruhig in die Hand gegeben werden. Kinder lesen etwas Anständiges garnicht heraus, sie verstehen es garnicht. Wenn Frohne so überaus empfindlich ist, soll er doch beantragen, daß die Figuren auf der Luftgitarrenbrücke in Berlin Bodehosen bekommen. (Heiterkeit.) Einzelne Beschwerden gegen die „Neue Welt“ sind gewiß berechtigt, aber deshalb braucht der Parteitag noch keine Scheiterhaufen zu erbauen und Steiger und die „Neue Welt“ da hinaus zu setzen. Redner tritt für den Antrag 34 ein, der dahin abgeändert werden könne, daß nach jeder Verabschiedung einer Gesetzesvorlage im „Vorwärts“ deren Text in einer besonderen parlamentarischen Beilage beigegeben wird.

Folgender Antrag ist eingegangen: Der Parteitag möge beschließen, eine Wochen-Ausgabe des „Vorwärts“ herauszugeben. — Der Antrag findet jedoch nicht die nöthige Unterstüzung. — Der Antrag tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

(Privatbesprechungen des „Vorwärts“.)

Singer eröffnet um 2 Uhr die Sitzung.

In der wiedereröffneten Diskussion nimmt Schmidt-Magdeburg unter lebhaftem Beifall die Notiz in der „Volksstimme“ gegen Quard als unbegründet juristisch. Quard hat schon oft experimentirt, aber seine Experimente niemals zum Abschluß gebracht. Es ist meine Ueberzeugung, daß er durch seine Projekte die alte Polemik zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung wieder angefaßt hat. In manchen Orten sind Genossen, die einen Unterschied zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung nicht kennen, als Gegner der Gewerkschaftsbewegung gekennzeichnet worden. Das hat mich, der ich ein temperamentvoller Mensch bin (Große Heiterkeit), empört und da kann es schon vorkommen, daß einmal einem die Feder ausrückt. Das passiert auch anderen. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Zu meiner Ansicht, daß Quard seine Arbeit aus Geldrücksichten nicht vollendet hat, bin ich durch einen Ausspruch von ihm in der ersten Sitzung der Agrarkommission veranlaßt worden. Leider ist es damals nicht zu einer Klärung des Mißverständnisses gekommen. Ich mußte damals annehmen, daß Quard meinte, daß er nicht entsprechend veluniar für die Arbeit entlohnt sei (Quard ruft: sehr nobel!) Nobel ist es gewiß, aus seinem Herzen keine Würdegrube zu machen. (Verb. Beifall.) Ich habe mich als Verfasser des Artikels bekannt. Quard hat hier eine große Vertheidigungsrede gehalten, als ob ihm nicht die Presse offen stände. Nun, die persönlich beleidigten Vorwürfe habe ich zurückgenommen, aber Quard ist zweifellos ein Mann, der über die ganze Taktik der Partei in änderster Unklarheit sich befindet. (Sehr richtig!) Im „Vorwärts“ war die Kommission für Arbeiterstatistik schon angegriffen worden, in einem anderen Artikel wurde sie in Schach genommen. Es stellte sich heraus, daß der Verfasser dieser beiden Artikel sich auf die eine und dieselbe Person des Genossen Quard vertheidigt. (Heiterkeit und hört! hört!) — Quard ruft: unwohl! Dann widerlegen Sie mich. Wie ist die Haltung Quard's in seiner „Kaufmännischen Presse“! Die antimilitärische Partei stellte er als eine Volkspartei neben der sozialdemokratischen Partei hin. In einem anderen Artikel konstatiert er mit großer Freude die Verleibung des Kronenordens an jemand! Welche Mäthen macht er gegenüber den Thüringer Genossen. Von sozialdemokratischem Thüringer Gruß hat er da geredet! Das alles zeigt doch, daß er die Bewegung offenbar gar nicht so erregt nimmt. (Lebhafter Beifall.) Ich habe diese Ansprache auf dem Parteitage lebhaft gewünscht, denn sie ist sehr deutlich: einmal wird sie Veranlassung, daß in der Presse — und damit bin ich einbezogen — ausführlicher geschrieben wird (große Heiterkeit), und sodann wird sie hoffentlich auch Quard belehren, daß er etwas sachlicher aufzutreten und sich den Anschauungen und der Taktik der Partei etwas mehr anzupassen hat. (Beifall.) Damit verlasse ich den Quard.

Die Ausführungen Fischer's unterbreite ich. Wir wollen die Kraft Liebknecht's nicht missen, aber wo er jetzt steht, kann er sie nicht völlig entfalten. Er ist gebunden und das Band muß ihm genommen werden. Liebknecht ist nicht der Mann, der von früh bis abends auf dem Sessel sitzt. Er gehört draußen hinaus in die Agitation und in das Parlament. Da sitzt er der Partei ganz anders. Suchen Sie ihn in den Berichten über die Parlamentarverhandlungen. Sie finden ihn nur bei der Staatsberatung und da dat er keine Zeit gehabt, den Etat zu studiren. (Sehr wahr!) Nun haben wir den Vorschlag gemacht — wir wollten es im Fraktions-

kreise besprochen wissen —, es solle Liebknecht unter Befassung eines Jahresgehalts die Mitarbeiterchaft am „Vorwärts“ gesichert sein und wir sollen uns dann bestreben, einen Mann zu finden, der den „Vorwärts“ nach dem Muster der „Leipziger Volkszeitung“ gestaltet, nach Eintheilung, Ausstattung und Eingehen auf die n u n d e r l i c h e n Fragen. (Beifall und Widerspruch.) Jetzt schöpfen die Genossen aus der „Leipziger Volkszeitung“ ihre Nahrung. (Widerspruch.) Aus Fischer's Worten klang ja heraus: So lange Liebknecht an dieser Stelle ist, ändert sich am „Vorwärts“ nichts; ist es nicht so? (Lebhafter Zustimmung.) Dann ziehen Sie auch die Konsequenzen daraus. Bezüglich der „Neuen Welt“ bitte ich Sie dringend, an ihr nichts zu ändern, weder nach Inhalt noch nach der Seitenzahl. Wir in Magdeburg sind mit ihr zufrieden. Die besprochenen Mängel wird Steiger ja abstellen. (Beifall.)

Bedel: Ich hatte nicht die Absicht, zur „Vorwärts“-Frage zu sprechen. Ich bedauere lebhaft, daß diese Verhältnisse hier besprochen werden. Ich würde auch trotzdem darauf nicht eingegangen sein, wenn Liebknecht selbst nicht auch Dinge mitgetheilt hätte, von denen ich annahm, daß sie vorläufig im internen Kreise bleiben sollten, und wenn nicht die Erörterung von ihm in einer Weise geführt wäre, die mich zwingt, im Namen derjenigen, die damals den Verhandlungen beiwohnten, eine kurze Erklärung abzugeben, weil unser Schweigen zu auffällig wäre.

Liebknecht hat den Beschluß, daß, wenn in solchen Fällen, wo künftig eine Stellungnahme des „Vorwärts“ in Fragen, die die gesamte Partei bewegen, nothwendig sein sollte, innerhalb der Redaktion Meinungsverschiedenheiten bestehen, die Mehrheit der Redaktion entscheiden sollte, welche Stellung einzunehmen sei, einen einsamen Unstimm genannt, obgleich der Beschluß mit seiner Zustimmung einstimmig gefaßt worden ist. (Hört! hört!) Wir alle wußten, daß jener Beschluß aus einer langjährigen Nothlage hervorgegangen ist, wir hatten uns in einer großen Masse von Konferenzen, in un-erquicklichen Verhandlungen mit der Sache beschäftigt; wir haben Liebknecht nicht überzeugt, Liebknecht hat uns nicht überzeugt. Wir stehen und noch heute gegenüber, wie bereits seit Jahren, und es ist ein Verhältniß, das für uns alle, für ihn zweifellos ebenso wie für uns, so geworden ist, daß wir froh sind, wenn wir überhaupt nicht über diese Dinge zu sprechen haben. Ob es gelingen wird, in der Preskonferenz, wie er angedeutet hat, einen gemeinsamen Boden zu finden, weiß ich nicht. Ich bin nicht gewillt, dieses für mich unerquickliche Thema auszuheulen.

Dann muß ich noch auf eine zweite Bemerkung von ihm kommen. Als er neulich bei den Angriffen auf die „Sächsische Arbeiterzeitung“ erklärte, er habe bei der Auseinandersetzung zwischen Bollmar und mir vor zwei Jahren keine Stellung nehmen wollen, weil es zu einer Spaltung der Partei geführt haben würde, habe ich nicht geantwortet, so nahe es auch mir gelegen hätte. Ich habe mich privatim mit ihm auseinandergesetzt. Nachdem er aber heute wieder erklärte, daß diese seine Nichtparteinahme — die beiläufig bemerkt, doch eine Parteinahme war — stattgefunden habe, um die Partei aufrecht zu erhalten, muß ich erklären:

Das hatte weder Liebknecht noch irgend ein anderer Genosse in der Partei nothwendig gehabt.

Parteilgenossen! Ich habe die festsessende Ueberzeugung, daß es keinen Mann in der Partei giebt, er möge noch so mächtig und angesehen sein, ob er Liebknecht, ob er Singer, ob er Kner, ob er Bollmar heißt, der im Stande wäre, die Partei auseinanderzureißen. (Stürmischer Beifall.) Derjenige, der sich beikommen ließe, den Versuch zu machen, der wäre der erste, der aus der Partei herausfliegt! (Anhaltender Beifall.) Die Partei ist so in sich gefestigt, es ist bis auf den letzten Mann in unseren Reihen das Bewußtsein von der Nothwendigkeit treuen Zusammenhaltens ein so bedeutendes, so für nothwendig erkannt, daß da niemand auch nur denken kann, einen anderen Geist in die Partei hineinzubringen (Lebhafter Beifall), damit verlasse ich dieses Thema.

Ich bitte Sie zunächst den Antrag 34, den Scheidemann befürwortete, als unausführbar und den Antrag 74, weil er etwas Selbstverständliches enthält, abzulehnen. Ferner ebenfalls abzulehnen den Antrag 95, der auf eine Ehren- und Rechtfertigungserklärung für Quard hinausläuft. Ich habe dem ganzen Streit in der Presse zur gewerkschaftlichen Bewegung fern gestanden. Quard kann mir keine Animosität gegen ihn vorwerfen. Er war im vorigen Jahre mit mir zusammen in der Agrarkommission, wo ich an seiner Seite die Schläge mitbekommen habe. (Heiterkeit.) Sie haben ihn deshalb vielleicht weniger geschmerzt, weil getheilter Schmerz halber Schmerz ist. Hier aber muß ich erklären, daß er gar keinen Grund in solchen Retriminationen hat, wie er sie gemacht hat. Wenn wir solche Erörterungen auf dem Parteitage machen wollen, können wir die ganze Woche damit zubringen und würden nicht fertig werden. (Sehr wahr!) Ich habe die Artikel mit großer Sorgfalt mehrmals gelesen und muß erklären, daß der erste Artikel, den die Redaktion des „Vorwärts“ einleitet mit den Worten „Man schreibt uns“, Quard nicht die mindeste Veranlassung hat geben können, sich verlezt zu fühlen. Wenn einer dazu Grund gegeben hat, war es niemand anders als Quard selbst. (Sehr wahr!) Aber wie steht es mit dem Antrage? Wissen die 20 Delegirten, was sie unterschrieben haben? Nicht nur eine persönliche Ehrenerklärung wird da für Quard verlangt, sondern zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß seiner sachlichen Stellungnahme in der Gewerkschaftsbewegung die Zustimmung ertheilt wird! der Parteitag thut am besten, wenn er den hier gestellten Antrag einfach ablehnt.

Was die Erörterungen über die „Neue Welt“ betrifft, so ist der unter Punkt 3 im Antrag 44 ausgesprochene Wunsch, daß die Redaktion sich am Druckort des Blattes befinden soll, durchaus berechtigt und erklärlich. Es wundert mich aber, daß Genosse Gérard diesen Antrag mit veranlaßt hat, denn er weiß ganz genau, daß von den 4 Redakteuren, die die „Neue Welt“ in den letzten 5 Jahren gehabt hat, 3 nicht geneigt waren, nach Hamburg zu gehen und daß der eine, den wir mit Nähe und Noth nach Hamburg gebracht haben, es nicht als das größte Unglück seines Lebens betrachtete, daß er wieder nach Berlin kam. Bei einem politischen Blatt muß der Redakteur am Orte wohnen, bei einem Unterhaltungsblatt wie die „Neue Welt“, ist es vielleicht wünschenswerth, aber nicht nothwendig. Genosse Steiger ist auch nicht geneigt, nach Hamburg zu gehen und seine Beziehungen in Leipzig aufzugeben, sondern er würde es dann vorziehen, die Redaktion niederzuliegen. In eine ähnliche Lage würden wir auch mit anderen Genossen kommen. Lehnen wir deshalb diesen Punkt ab. Es wird weiter beantragt, den Umfang des Blattes auf acht Seiten zu reduzieren. Bedenken Sie aber, wie lebhaft früher darüber Klage geführt wurde, daß das Blatt nur acht Seiten hat und deshalb zu wenig bietet. Daß das Defizit sehr groß ist, ist richtig, aber als wir im Vorjahre Steiger zur Annahme der Redaktion bewegen und den Umfang auf zwölf Seiten erweiterten und auch Gérard und Bading als Sachverständige zuzogen, damit wir ein vergrößertes und gutes Unterhaltungsblatt bekommen, so ist das Blatt für die Partei 25 000 M. mehr werth. Wenn das Defizit jetzt etwa 48 000 M. beträgt, so kommt das daher, daß wir nicht an den Abonnentenzuwachs dachten und bei der Berechnung außer acht ließen, daß jedes neue Tausend um 4 M. kostet. Das Defizit ist aber nur ein rechnerisches (Sehr richtig!), denn die 7-8000 M. Profite der Druckerei fließen ja wieder in dieselbe Kasse zurück, und um diese Summe reduziert sich das Defizit. Da aber nach meiner Meinung das Defizit nicht mehr als 25-30 000 M. betragen darf, habe ich folgenden Antrag gestellt:

Der Parteitag möge den Antrag 44 ablehnen und beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu unter-

suchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt“ auf ungefähr 25 000 M. herabgebracht werden kann. Ich habe mich in den letzten Wochen mehrfach mit Sachverständigen unterhalten und glaube, daß es möglich ist, dem Antrage gerecht zu werden, sei es, daß wir das Format des Blattes vergrößern, sei es, daß wir die besten technischen Einrichtungen uns nutzbar machen. (Sehr richtig.) Zu bürgerlichen Unternehmungen sind heute Rotationsmaschinen in Tätigkeit, die zwar eine enorme Summe kosten, die uns aber in wenigen Jahren das Defizit vom Halbe schaffen. Nehmen Sie meinen Antrag an, damit die neue Parteileitung der Frage näher treten kann! Ueber den Inhalt und die Haltung der Redaktion der „Neuen Welt“ brauche ich nur wenig zu sagen. Ich erkläre rund heraus, daß ich die „Neue Welt“ unter der Redaktion Steiger's ihrem Inhalt und ihrer Haltung nach für eine ganz bedeutende Verbesserung halte. (Sehr richtig.) Freilich hätte Steiger gut daran getan, mit größerer Energie seinen Posten zu benutzen. Ich will hier nicht auf die „Ritter Bertha“, auf dieses arme Weib zurückkommen. Wenn sie nicht inzwischen gestorben ist, so ist sie heute sicher tot geredet worden. (Heiterkeit.) Aber gewisse Stellen können ganz ohne Gefahr für den übrigen Inhalt gestrichen werden. Die Debatte hat für Steiger das eine Gute gehabt, daß er jetzt weiß, woran er ist, daß er das hier Gehörte sich zu Herzen nehmen und in Zukunft ein Blatt liefern wird, mit dem die Partei mehr als bisher zufrieden sein kann. Darin, daß das Blatt wesentlich besser geworden ist, stimmt auch Genosse Pflug, der Redakteur der „Zürcher Post“, mit mir überein, der doch gewiß eine urtheilsfähige Person ist. Andererseits habe ich am allerwenigsten, und mit mir die gesammte Parteileitung verlannt, daß Steiger mit seinen neuen Ideen einen schweren Stand in der Partei haben wird. Ich habe ihm das oft gesagt und ihm manchmal, wenn er mir einen neuen Plan mittheilte, den Rath gegeben, nicht zu stürmisch vorzugehen, sondern daran zu denken, daß wir in der Partei Elemente haben, die politisch und ökonomisch auf dem radikalsten Standpunkte stehen, daß es aber bei uns auch Leute giebt, die in bezug auf Literatur und Kunst durchaus konservativ sind (sehr richtig), die durch das Fernhalten von jedem geistigen Genusse an Genüsse gewöhnt sind, die himmelweit vom Ideal Steiger's entfernt sind. Es wird darauf hingewiesen, daß auch Kinder die „Neue Welt“ zu lesen bekommen; ja, wenn die „Neue Welt“ vorzugsweise für Kinder redigiert werden soll (Widerspruch), so gründe man doch ein Kinder-Unterhaltungsblatt. Auch ich freue mich, wenn die Kinder eine gute Lektüre haben, aber, seien sie sich doch darüber klar, daß wir uns auch auf dem Gebiete der Kunst und Literatur heute in einer großen unfruchtlichen Bewegung befinden, in einer Bewegung, wo das Neue mit dem Alten kämpft. Eine Partei, wie die unserige, die reformierend in alle Gebiete eingreift, kann noch nicht auf dem Gebiet der Kunst und Literatur einen Standpunkt vertreten, der nach und nach als ein veralteter angesehen wird. (Sehr wahr!) Die meisten von uns, ich selbst nicht ausgenommen, sind infolge ihrer Thätigkeit garnicht in der Lage, sich um die Entwicklung auf künstlerischem und literarischem Gebiet zu kümmern. Ich habe Illustrationen in der „Neuen Welt“ gefunden, die zweifelsohne bei Vielen Anstoß finden, aber die ich mich aber herzlich gefreut habe. Andererseits sollen wir uns doch daran erinnern, daß unsere Bourgeois-Söhne auf Gymnasien den Kristophanes, den Lucian, den Ovid zu lesen bekommen, in deren Werken sich Stellen finden, an die die anstößigen Stellen der „Neuen Welt“ nicht entfernt heranreichen, in deren Werken sich in bezug auf das geschlechtliche und sexuelle Leben Schilderungen finden, die weit das übertreffen, was man in Deutschland zu sagen oder zu drucken wagt. Diese Literatur wird anstandslos unter den Gymnasialisten verbreitet, aber für den Arbeiter soll das sittlich gefährlich sein. Wir haben gar nicht nöthig, auf das Alterthum zurückzugehen. Auch bei Heine finden sich Stellen, die man Kindern nicht anstandslos in die Hände giebt. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Familienältern sehen sich auch erst den Inhalt des „Süddeutschen Postillon“ und des „Wahren Jacob“ genau an, bevor sie die Blätter ihren Kindern in die Hand geben. Ich fasse mich dahin zusammen, daß wir, da eine Aenderung nothwendig ist und Steiger sich bereit erklärt hat, sein Bestes einzusetzen, über die ganze Streitfrage am besten hinwegkommen, wenn sie den von mir formulirten Antrag möglichst einstimmig annehmen. (Beifall.)

Der inzwischen eingereichte Antrag Bebel wird, da er die nöthige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt. Auer: Zunächst ein paar Bemerkungen über den „Vorwärts“. Ich hätte mich nicht gekümmert, wenn nicht Liebknecht mit einer gewissen Nonchalance erklärt hätte, er höre die Klagen über die Presse schon seit 25 Jahren und mache sich nicht viel daraus, daß die Klagen seit 25 Jahren gehen, und im internen Kreise noch heftiger, wie draußen; das stimmt, aber eine Diskussion wie diesmal haben wir doch noch nie gehabt, und das zeigt mir, daß ein Krug doch so lange zum Brunnen gegangen ist, bis er zu zerbrechen droht. Nicht Liebknecht soll anders werden, das will keiner von uns; aber keiner kann alles leisten und sei er noch so leistungsfähig. Liebknecht muß auf die Fremdworte hören und dem Wunsche des Parteitages Rechnung tragen. Dann werden die fünfundsiebenzigjährigen Klagen auf einmal verflommen.

Nun zu der Angelegenheit des Genossen Quard. Ich habe eine Erklärung abzugeben: Der Verfasser der ersten Artikel im „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit ist bisher nicht genannt worden, man hat ihm hier sogar Freiheit und ähnliche Dinge vorgeworfen. Ich kann Ihnen jetzt den Verfasser dieser Artikel vorstellen: Ich bin es gewesen. (Heiterkeit. Auf: Wachten wir schon.) Sie wußten es also und auch Genosse Quard war von Anfang an darüber unterrichtet. (Quard: Keine Spur!) Ja offiziell wußten Sie nichts. (Große Heiterkeit.) Aber inoffiziell war es Ihnen kein Geheimniß, daß ich der Verfasser war. Trotzdem hat sich Genosse Quard hingestellt und hat gerufen: Heraus mit dem Buschlepper, der es wagt, mich, den Dr. Maximus Quard, anzugreifen. (Stürmische Heiterkeit.) Nun, ich kann dem Genossen Quard versichern, daß ich keine Angst vor ihm empfinde: Vor Ihnen fürchte ich mich noch lange nicht. Sie aber wollten eine persönliche Angriffsstelle gewinnen, als Sie daraus drangen, daß ich mich als Verfasser der Artikel bekennen sollte. Sie wußten, daß der ganze Quard des Streit mit den Gewerkschaften durch die Nennung wieder aufgeführt wurde. (Aufe: oh! sehr richtig!) Ich aber wollte eine rein sachliche Diskussion haben. Und ich bin sofort aus ihr ausgehoben, sobald das persönliche Moment hineinkam. In meinem ersten Artikel war nichts Persönliches enthalten. Wie sehr es Quard darum zu thun war, einen persönlichen Streit vom Zaune zu brechen, geht schon daraus hervor, daß er sich außerordentlich in seiner Erwiderung über die Ueberschrift meines Artikels „Ein neues Gewerkschafts-Programm“ aufregte. Das Wort war bis dahin unbehandelt von ihm durch die Parteipresse gegangen. Er unterstell mir in seiner Antwort: „Ich debattire nicht loyal.“ Ich rege mich über den Vorwurf nicht auf, vermiße aber durchaus den Nachweis, daß der Vorwurf mit recht erhoben worden. Zugabe muß ich nur, daß ich in meinem zweiten Artikel stärker geantwortet habe, als zuerst. Persönliche Spitzen gegen Quard aber waren nicht darin, dagegen hat Quard uns direkt vorgeworfen, wir leisteten jeden Widerstand, um zu verhindern, daß der gewerkschaftlichen Agitation erweiterte Gebiete geöffnet würden. Gegen eine solche durchaus unbegründete Unterstellung habe ich das volle Recht, mich zu wehren. Was kann man der Leitung der politischen Partei schlimmeres vorwerfen, wie Quard es gethan hat, als daß sie die Gewerkschaften durch ihre Politik entweder ins konservative oder ins anarchische Lager treibt, wenn sie nicht seinen Vor-

schlägen folgt? Das mußte ich zurückweisen, und da ruft Quard, er werde verfolgt und verlangt Genugthuung. Ich bin persönlich längst bereit, ihm Genugthuung zu gewähren. Nur für den ersten und zweiten Artikel komme ich auf. Was nachher geschrieben ist, ist ohne mein Zutun geschehen, aber auch dazu muß ich sagen, daß Quard hier wieder seiner alten Neigung gefolgt ist und in der Polemik die Dinge anders dargestellt hat, als sie thatsächlich liegen. In dem Redaktionsartikel steht nicht, daß Quard zu einer Schicht bürgerlicher Sozialpolitiker gehört, sondern daß er aus dieser Schicht hervorgegangen ist. Das ist doch ein großer Unterschied. Genosse Quard ist furchtbar empfindlich und ich muß gestehen, nichts ist mir langweiliger und abgeschmackter als ein weinerlicher Segner. (Heiterkeit und Beifall.) Ich brauche einen Kerl, der sich tüchtig mit mir herumschlägt, dann stelle ich meinen Mann. (Heiterkeit und Beifall.) Genugthuung will ich Genossen Quard gerne geben. Ich schlage deshalb ein Schiedsgericht vor und verzichte meinerseits darauf, die Hälfte der Schiedsrichter zu ernennen. Quard soll sie alle stellen. Ich bin überzeugt, daß sie mir recht geben werden. (Beifall.)

Im weiteren erklärt sich Redner gegen den Antrag aus Jherlohn (34), weil er nicht durchführbar ist, weil der Nürnberger Trichter fehlt, mit dem den Genossen das Verlangte eingetrichtert werden soll.

Der Antrag 45 ist überflüssig. Wenn es nothwendig ist, Berichte über Parlamentsverhandlungen zusammen zu stellen und zum Selbstkostenpreise abzugeben, geschieht es doch heute.

Der Antrag der Karlsruher Genossen, daß die Partei die Verpflichtung der Erhaltung eines täglichen Parteiblattes in Karlsruhe übernehmen soll, muß abgelehnt werden. Denn was Karlsruhe recht wäre, müßte für ein Duzend anderer Städte billig sein. Nicht die Bedürfnisfrage muß in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Geldfrage. Die Partei lebt in den letzten Jahren in der Hauptsache von den Ueberschüssen des „Vorwärts“ und des „Echo's“ und den Parteibeiträgen der Genossen der großen Städte. Den Berlinern wäre es auch lieber, wenn sie zehn Pfennige monatlich für das Blatt weniger zu zahlen hätte. (Sehr richtig.) Aber aus diesen zehn Pfennigen setzt sich der ganze Ueberschuß zusammen. Wehlich liegt es in Hamburg. Den badischen Genossen aber sage ich zum Schluss: Die Süddeutschen sollten sich doch nicht von den Preußen ein Blatt zahlen lassen! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quard: Meine Beschwerde von gestern hat ja theilweise Erfolg gehabt. Was ich vorgebracht habe, geschah nicht aus der Lust am persönlichen Zorn, sondern aus sachlichen Gründen und im Partei-Interesse. Bischen, die sich auf meinem Namen beziehen, sind Zeugnisse großer Geistesarmuth. Im Interesse der Genossen, die solche Leute lieben, sollte man wünschen, daß auf den Parteitag viele Genossen mit dem Namen Ochsenkopf erschienen, damit sich ihr Witz an solchen Namen üben kann. Timm hat gesagt, ein Arbeiter würde ausgelacht werden, wenn er mit solchen Beschwerden wie ich vor den Parteitag tritt. Ich glaube das nicht. Ich meine, daß mit solchen Aeußerungen ein bishiger Demagogenthum hier getrieben wird. Ich nehme für mich selbstverständlich kein anderes Recht, als es für den Arbeiter auch gilt, in Anspruch. Auch die Zweifel an meiner Erklärung, daß Genosse Sadow die Frankfurter Artikel verfaßt hat, finde ich charakteristisch. Man sucht niemanden hinterm Busch, hinter den man nicht selbst gesteckt hat.

Nun zu Auer. Er hat sich als das unschuldige Lämmlein hingestellt, das kein Wässerchen trüben kann. Ich soll den persönlichen Zorn eingetragten haben, aber weder er noch gestern Genosse Schmidt haben aus meinen Artikeln persönliche Stellen trotz allen Suchens mittheilen können. In Wahrheit liegt die Sache so, daß der „Vorwärts“ zuerst gar keine Notiz von meinen Vorschlägen nahm und dann Auer gegen dieselben polemisierte, ohne daß die Leser meine Vorschläge hätten kennen lernen können. Ich habe mich auch nicht aufgeregt, wie Genosse Auer meint, sondern lediglich festgestellt, daß mir mehr als persönliche Beziehungen zu bürgerlichen Reformen vorgeworfen wurden. Den Beweis dafür ist mir Auer schuldig geblieben. Er hat erklärt, daß die Beschuldigung nicht von ihm komme. Diese Feststellung genügt mir. Ich habe ferner festgestellt, daß mir vorgeworfen wurde, ich verbreite fortgesetzt falsche Darstellungen über das Verhältnis der politischen Partei zu den Gewerkschaften. Hier hat Auer den Nachweis durch ein Zitat versucht, hat es aber gerade an der Stelle abgebrochen, wo ich ausdrücklich sage, daß ich die besten Absichten bei ihm voraussetze.

Genosse Schmidt in Magdeburg hat seinen Vorwurf des Geldes zurückgenommen. Das genügt mir und ich danke ihm dafür. In der Agrarkommission habe ich bezüglich der Sache nichts anderes mitgeteilt, als in der Berichtigung an Schmidt in Magdeburg in der dortigen „Vollstimme“.

Es ist unwohr, daß ich im „Vorwärts“ und im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik verschieden beurteilt habe. Schmidt soll die Artikel anführen, er kann es aber nicht. Der Sozialpolitiker, auf den er sich berief, hat mir auf eine Anfrage brieflich mitgeteilt, daß er die ihm zugeschriebene Aeußerung über die Sache niemals gethan habe und mich ersucht, den Mann an ihn zu weisen, der den Klatsch verbreitet hat. Ich thue dies hiermit.

Die Gewerkschaftsfrage an und für sich ist ja wohl erledigt, ich will nur noch Bebel gegenüber bemerken, daß ich auf diesem Standpunkt schon länger stehe, daß ich der süddeutsche Mitarbeiter war, der schon nach dem Kölner Parteitag mit ihm über die Frage polemisiert hat. Ich bin immer offen mit meiner Meinung hervorgetreten und habe mich mit Bebel friedlich auseinandergesetzt. Damals ist es nicht zu einem Kravall gekommen.

Es ist dann auch die Handlungsgehilfenfrage angeschnitten worden. SINGER: Ich muß den Redner unterbrechen. Genosse Quard spricht zu dieser Sache schon das zweite Mal und hat beide Male die Redezeit erheblich überschritten. Ich bin der letzte, der einem Angegriffenen das Wort abschneidet, aber etwas Rücksicht auf die noch gemeldeten Redner, die noch garnicht zu Worte gekommen sind, ist doch wohl am Platze. Ich bitte den Redner deshalb, sich möglichst kurz zu fassen.

Quard: Ich habe bisher noch keine Gelegenheit gehabt auf diese Angriffe einzugehen. Auch darf ich wohl dasselbe Recht für mich in Anspruch nehmen, wie die übrigen Redner, die die Redezeit ebenfalls erheblich überschritten haben.

Was die Handlungsgehilfenfrage betrifft, so arbeiten die Berliner Genossen gegen mich mit Schimpfworten, die aller Beschreibung spotteten. Obgleich die ganze Angelegenheit bereits in der Agrarkommission ihre Erledigung gefunden hat, scheuen sich die Berliner Genossen nicht, die Sache nochmals anzuschneiden, um mir wieder eins anzuhängen. Genosse Schmidt hat gestern einen Artikel von mir aus der „Kaufmännischen Presse“ verlesen, er hat aber — ein Beweis für die Loyalität, mit der er kämpft — verschwiegen, daß ich in der nächsten Nummer erklärt habe, daß der Artikel gegen meinen Willen, während ich verreist war, hineingekommen ist (hört! hört!) und daß ich die Sozialdemokratie niemals angegriffen, sondern mich auf rein gewerkschaftlichem Boden bewegt habe. Das verschweigen die Berliner Genossen, obgleich sie es ganz genau wissen. Was ist das für eine Art der Polemik! Wenn sich die kaufmännische Presse gegen die Bezeichnung als sozialdemokratisches Organ wehrt hat, so hat sie damit nichts anderes gethan, als was alle unsere gewerkschaftlichen Blätter im gleichen Falle auch gethan haben. Ich habe mit in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kaufleute seit 8 Jahren mühsam durchgekämpft, ich habe in den alten kaufmännischen Vereinen gewirkt, solange ich konnte. Als die Leute sahen, daß ich dort die Gemüther revolutionirte — denn zu diesem Zweck war ich da — sagten sie einfach: Wir wollen den Verein, bei dem Du bist, nicht mehr im Bunde haben. Das war es ja, was ich wollte, denn heute sind die kaufmännischen Vereine vor eine Reihe von Agitationsaufgaben gestellt, die

sie nicht mehr zurückweisen können. Jetzt haben wir in Frankfurt a. M. meinen Verein, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Das wäre nicht möglich, wenn nicht die Kämpfe vorher stattgefunden hätten. Der Handlungsgehilfenkongreß steht mit seinem Beschluß, daß die Handlungsgehilfenvereine politisch sein müßten, ganz vereinzelt da. Die Vereine in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, Fürtch, München und Chemnitz sind im Gegentheil darüber einig, daß auf gewerkschaftlichem Boden gekämpft werden muß.

SINGER: Ich habe dem Redner einen sehr weiten Spielraum gelassen zur Erörterung der gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe. Ich kann aber nicht zugeben, daß er in diesem Augenblicke die Diskussion über die Handlungsgehilfen in Berlin und die sonstigen kaufmännischen Vereine führt. Das gehört nicht hierher.

Quard: Die Gewerkschaftskommission in Berlin habe ich beim Handlungsgehilfen-Kongreß in Berlin nur darauf hingewiesen, daß sie die Bozarbeiten für den Gewerkschaftskongreß abgelehnt habe und daß man deshalb in Berlin und Frankfurtern nicht Mangel an Solidarität vorwerfen solle.

Zum Schluss die verkrachten Existenzen. Ich muß diese Aeußerung einfach als eine Ungezogenheit gegen Genossen bezeichnen, die sich selbst richtet. Ich bin aus der bürgerlichen Klasse zur Sozialdemokratie gegangen, weil mich die Logik der Thatsachen dazu zwang, und nicht weil ich dort keine Stellung gehabt hätte. Ich konnte sie lobender haben als bei der Sozialdemokratie, habe aber trotzdem niemals nach einer Parteistellung verlangt und fühle mich als unabhängiger Schriftsteller, indem ich meine Pflicht für die Partei thue, außerordentlich wohl.

Ein Redner hat gesagt, ich würde aus der Debatte gelernt haben. Ich denke, umgekehrt trifft es ebenfalls zu, und man wird von jetzt ab persönliche Stänkereien unterlassen, die den Genossen im Laude nur ein schlechtes Beispiel geben können. (Beifall.)

SINGER theilt mit, daß der Antrag 66 in Sachen Quard zurückgefallen ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, um Liebknecht noch zum Wort zu lassen.

Bunte wiederholt seine Vorwürfe in der Dortmunder Press-Angelegenheit gegenüber der Parteileitung. Die Dortmunder protestiren gegen ihre Behandlung als unmündige Kinder, sie lassen sich nicht an der Nase herumführen.

Liebknecht: Ehe ich auf den „Vorwärts“ eingehe, habe ich zu dem Antrag der Hamburger Genossen zu erklären, daß sie ihren Zweck durch den Verlauf der Debatte für vollständig erreicht haben. Es ist ihnen nicht eingefallen, in bezug auf die Kunst einen anderen Standpunkt einnehmen zu wollen, Zensur üben zu wollen, sondern sie haben sich nur gegen das gewendet, was Steiger selbst als Auswüchse anerkannt hat. Sodann habe ich zunächst sachlich einiges zu berichten. Es ist gesagt worden, ich hätte erklärt, daß ich alle Vorwürfe in den Wind schlug; das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß ich mich an solche Angriffe so gewöhnt habe, daß sie mir nicht wehe thun; und ich habe die Hoffnung hinzugefügt, daß in den Prestiforenzen — auf dem Parteitage ist das nicht möglich — gelingen werde, ein Verhältnis herzustellen, das die Uebelstände beseitigt. Dann ist von Fischer erklärt worden, ich sei sechs Monate im Jahre abwesend. Ich bin in diesem Jahre länger abwesend gewesen als in einem anderen Jahr, und das war im ganzen 11 Wochen; und das war die Folge meiner Reise nach England, die ich unternehmen mußte, weil ich glaubte, dort unentbehrlich zu sein. Auf diese Weise habe ich 5 Wochen allerdings verloren. Ich glaube aber, daß sie der Partei sehr nützlich gewesen sind. (Beifall.) Die übrige Zeit habe ich auf dem Kongresse zugebracht auf Verlangen der Partei und meine Ferienwochen benutzte, um 1/2 Duzend Volksversammlungen abzuhalten. Zu meiner Erholung habe ich nur 8 bis 4 Tage gehabt, die ich hier in Gotha zugebracht habe. Diesen Angriff muß ich entschieden zurückweisen.

Dann ist es gewissermaßen als eine Art Vertrauensbruch bezeichnet worden, daß ich jenes Beschlußes der Konferenz erwähnte. Da aber ein Antrag hier vorlag, war die Erwähnung des Beschlusses ja selbstverständlich — und zum Verschweigen gar kein Grund. Wir haben eine Einigung nach dieser Richtung hin getroffen. Wenn ich gegen diese Art und Weise der redaktionellen Stellungnahme mich hierbei ausgesprochen habe, und man das in Widerspruch damit brachte, daß ich dafür gestimmt habe, so muß ich bemerken: Ja, ich habe dafür gestimmt, nachdem man erklärte, der Minorität solle man selbstverständlich gerecht werden. Die Sache kommt ja dann vollständig auf meinen früheren Standpunkt hinaus. Wenn es heißt Redaktion, so ist es ganz gleich, ob Liebknecht oder Braun. Dann ist gesagt: Ich hätte eine Individualität, gegenüber welcher ein anderer nicht aufkommen kann. Es ist doch merkwürdig, daß diese Individualität in mir entdeckt ist, seitdem ich in Berlin bin. Ich bin 25 Jahre in Leipzig gewesen. Dort ist aber in mir eine despotische Natur, ein imperialistischer Geist nicht entdeckt worden. Und wer mich kennt, wird zugeben, daß diese Dinge nicht in der Persönlichkeit liegen, sondern daß es sich um Verhältnisse handelt, die abzuändern ich leider nicht in der Lage bin. Es liegt nicht in meiner Kraft, Konflikte, die aus dem Charakter des „Vorwärts“ als offizielles Partei-Organ und gleichzeitig als Berliner Lokalorgan entstehen müssen, zu vermeiden. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes wie der „Leipziger Volkszeitung“, so wäre ich in der Wahl meiner Mitarbeiter vollkommen frei. Hätte ich dies, ja Parteigenossen, dann würde ich sehr bald Ordnung gemacht haben. Aber ich bin nicht der freie Herr. Ich werfe auf niemand die Schuld. Es liegt einfach in den jetzigen Verhältnissen. Jedenfalls aber liegt es nicht in meiner Person. Ich bin bereit zu jeder Konzeßion. Ich bin bereit, alles zu thun, was diese Reibungen unmöglich macht. Aber in den jetzigen Verhältnissen wird es nicht möglich sein. Es sind aber andere Arrangements zu treffen und darüber werden wir ja später das Nähere verhandeln. In gewisser Beziehung bin ich ja nicht imperialistisch aber hartköpfig. Ich bin in gewissen Dingen anderer Ansicht als andere, und da gebe ich allerdings nicht nach. Und ich meine, die Partei hat auch gerade gewollt, als sie mir diese Stelle gab, mir eine gewisse Unabhängigkeit sichern zu wollen. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn der „Vorwärts“ ein sozialdemokratisches Heptblatt wäre. Dann würde ich im Augenblicke gehen. Denn ich kann bloß da sein, wo ich vollständig meiner Ueberzeugung folgen kann. Genosse Schmidt-Magdeburg sagt, ich solle forgehen, und will so gnädig sein, mich auf mein Allentheil zu sehen. (Heiterkeit.) Ja, so alltümlich ich mich noch nicht und ich glaube immer noch arbeiten zu können. (Lebhafter Beifall.) Geben Sie mir Arbeit, welche es auch sei. Sorgen Sie nur, daß ich sie freudigen Herzens erledigen kann, und ich werde sie gern thun. (Beifall.) Finde ich jemanden, der meine Stelle besser ausfüllen kann, finde ich eine jüngere Kraft, so werde ich nicht im Wege stehen, und hätte ich eine Kraft gefunden, die wäre längst an meiner Stelle und ich würde ohne Nachtheil für meine Familienverhältnisse einen anderen Wirkungskreis, selbstverständlich auch im Dienste der Partei, gesucht haben. (Beifall.)

Dann hat Schmidt gemeint, auch meine parlamentarische Thätigkeit taue nichts. Ich studirte nicht den Stat. Da ist Schmidt gerade der letzte, dem ich ein kompetentes Urtheil in solchen Dingen zutraue. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Aeußerung beweist er nur seine persönliche Antipathie. Er hat es nicht vergessen, daß ich auf dem Frankfurter Parteitag nicht in die Hebe gegen die bayerische Landtagsfraktion einstimmen wollte, sondern sagte, daß ich diesen Unteroffizier nicht liebe. Gut, daß man die bayerischen Genossen nicht so behandeln durfte. (Schluß im Hauptblatt.)

lokales.

Von der Berliner Wohnungsmisere, deren Qualen der Mieter in der Regel zu mildern sucht, indem er die Pladerien des Umzuges auf sich nimmt, werden in dem Organ der Hausbesitzer einige recht interessante Daten gebracht. Nach den Mittheilungen des „Grundbeig.“ war der Oktober-Umzug in Berlin einer der umfangreichsten von allen, die Berlin seit vielen Jahren erlebt hat. Die Miethbewohner, große wie kleine, waren bereits den ganzen September hindurch beschäftigt. Der gewaltige Umzug hat einen großen Abfluß der Mieter nach den Vororten herbeigeführt, namentlich nach Charlottenburg, Halensee, Friedenau und Schöneberg bedeutenden Zug aus Berlin erhalten. Das „Grundbeig.“ weist an der Hand der Statistik nach, daß im Jahre 1894 die Hälfte sämtlicher Berliner Mieter die Wohnungen gewechselt haben und nimmt an, daß auch in diesem Jahre dasselbe Ergebnis sich zeigen dürfte. Die Zahl der leerstehenden Quartiere dürfte gegenwärtig in Berlin etwa 40 000 betragen oder annähernd 10 v. H. der Gesamtzahl aller Mietwohnungen, wobei die großen und elegant eingerichteten Wohnungen in den westlichen, süd- und nordwestlichen Stadttheilen allerdings verhältnismäßig zahlreicher vertreten sind.

Von allgemeinem Interesse sind auch die Wohn- und Verkehrsfragen, die die „D. Bauztg.“ an der Hand des Prachtwerkes „Berlin und seine Eisenbahnen“ behandelt. Wie in den meisten Großstädten zeigt sich auch in Berlin die Entwicklung in den letzten 30 Jahren eine Bevölkerungszunahme in den Innenbezirken und eine sehr starke Bevölkerungszunahme in den äußeren Stadttheilen und Vororten. Die Abnahme hat in den 5 Jahren von 1890 bis 1895 in einzelnen Bezirken eine Höhe bis zu 29 v. H., die Zunahme sogar bis zu 16,85 v. H. erreicht und diese Bevölkerungsveränderung hat sich im engsten Anschluß an die Fortschritte der Verkehrsmittel vollzogen. Aber trotz dieser Entwicklung hat auch von 1880—1895 innerhalb des Reichthums der Stadt immer noch eine Abnahme der auf einen Einwohner entfallenden Grundfläche von 56,01 auf 37,48 Quadratmeter stattgefunden, die Bevölkerungsdichtigkeit also noch erheblich zugenommen. Allerdings zeigt diese Zunahme von Jahr zu Jahr eine verhältnismäßige Abnahme, aber wenn man bedenkt, daß im Jahre 1895 Stadtviertel von 120 008, 74 556 und 180 819 Einwohnern jedem ihrer Bewohner nur eine Grundfläche von 22,97, 18,10 und 16,27 Quadratmeter darbieten, so muß man eine erhebliche Ueberbevölkerung weiterer Stadtgebiete mit allen ihren gesundheitlichen, moralischen und sozialen Nachtheilen zugeben. Auch anderen deutschen und außerdeutschen Großstädten gegenüber weist Berlin ein unverhältnismäßiges Zusammendrängen seiner Bevölkerung auf, es wird in dieser Hinsicht nur noch von Paris mit seinen nach heutigen Begriffen ganz zurückgebliebenen Verkehrsmitteln übertroffen.

In den Bureaus des Zentralvereins für Arbeitsnachweis wurden im verflossenen Vierteljahr insgesammt 7437 männliche arbeitslose Personen eingeschrieben und von denselben 6475 Personen in Arbeit gebracht. Bei einer so geringen Frequenz kann von einer nennenswerth günstigen Einwirkung auf den Arbeitsmarkt wohl kaum die Rede sein.

Im städtischen Obdach ist die Frequenz 1895/96 noch geringer gewesen als im Vorjahre. In der Familienabtheilung wurden 6114 Personen, im täglichen Durchschnitt 154 (Vorjahr 8100, täglich 246) verpflegt, wozu im ganzen 56 421 (Vorjahr: 59 848) Verpflegungstage gebraucht wurden. Der Verwaltungsbericht erklärt den weiteren Rückgang aus der milden Witterung des letzten Winters, aus dem Geseh vom 12. Juni 1894, das die Rechte des Vermieters an den Sachen des Miethers beschränkt, und aus der Einwirkung der Vorbereitungen zur Gewerbe-Ausstellung auf das Geschäfts- und Erwerbseleben. Der letzte Punkt erscheint besonders wichtig, wenn man sich erinnert, daß in anderen Jahren verlangt worden ist, die hohe Frequenz des Obdachs weniger aus größerem Mangel an Arbeitsgelegenheit als aus einer Ueberhandnahme der Arbeitslosen zu erklären. Die Abtheilung für nächtliche Obdachlose nahmen 281 216 Personen, im täglichen Durchschnitt 768

(Vorjahr: 822 687, täglich 884) in Anspruch. Auch hier wird die Gewerbe-Ausstellung als Ursache des Frequenzrückganges angesehen. Merkwürdig ist übrigens, daß die Zahl der aufgenommenen „Arbeiter“ von 204 485 auf 139 081 zurückgegangen, dagegen die der aufgenommenen „Handwerker“ von 102 811 auf 128 992 gestiegen ist. Vielleicht handelt es sich nur um eine andere Begrenzung der Begriffe „Arbeiter“ und „Handwerker“.

Bade-Einrichtungen. Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten sind Revisionen der Berliner Hotels in bezug auf ihre Bade-Einrichtungen und Bedürfnisanstalten statt. Die Ausführung dieser Revisionen ist Mitgliedern der freiwilligen Hygienekommission der Ärzte Berlin übertragen worden. Diese Mittheilung regt wieder die Frage an, ob die Behörde nicht endlich Ursache habe, darauf zu dringen, daß nicht allein den Fremden, sondern auch der einheimischen Bevölkerung passende und bequeme Gelegenheit zum Baden gegeben werde. Die Bade-Anstalten sind in Berlin nicht allein zum großen Theil überaus theuer, sondern an sich auch durchaus ungenügend. Die privaten Anstalten erschweren der ärmeren Bevölkerung das Baden außer durch die hohen Preise noch besonders dadurch, daß sie ihnen Angelegentlichkeiten Gehalt zahlen und sie dadurch völlig auf den Trinkgeldbeutel angewiesen, und die wenigen städtischen Institute, die überdies noch auf das primitivste eingerichtet sind, können nur einem überaus kleinen Theil der Arbeiterschaft zu gute kommen. Es bleibt vom Standpunkte einer vernünftigen Volkshygiene nur zweierlei übrig. Entweder ist für zahlreiche kommunale Bade-Einrichtungen zu sorgen, welche geeignet sind, die privaten Anstalten völlig entbehrlich zu machen, oder es ist jeder Hauswirth zu verpflichten, für die Miether seines Hauses außer der jetzt schon üblichen Badelücke auch einen Baderaum zu allgemeiner Benutzung herzustellen. Besser schadet es auch nicht, wenn beide Maßnahmen eingeführt werden. Der gegenwärtige Zustand ist beschämend für eine Stadt wie Berlin.

Auf dem städtischen Schlachthof sind im Monat September dieses Jahres 56 293 Schweine — gegen 51 540 im September 1895 auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 13 Stück wegen Trichinen und 32 Stück wegen Finnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Die Wasser-Verfälschung des Fabrikgrundstücks Wasserthorstraße 46 ist eine derartige, daß die in dem umfangreichen Gebäude sehr zahlreich beschäftigten Arbeiter unter Umständen Schaden an ihrer Gesundheit leiden können. In einem großen Fabrikfaal befindet sich nur ein Hahn, welcher Wasser aus der städtischen Leitung spendet, während 5—7 Hähne vorhanden sind, aus denen Wasser fließt, welches einem auf dem Grundstück angelegten Brunnen entnommen ist. Dies Wasser aber ist so unrein — anscheinend in hohem Grade eisenhaltig — daß sich bei längerem Stehen auf den Boden des Gefäßes eine dicke Schicht einer fiedigen braunen Masse setzt. Es kommt nun oft genug vor, daß Arbeiter, die erst kurze Zeit in jener Fabrik beschäftigt und mit den Verhältnissen noch nicht vertraut sind, von dem unreinen Wasser trinken. Dies geschieht schon deshalb häufiger, weil der Hahn, welcher reines Leitungswasser giebt, viel zu weit von dem Platze des Arbeiters entfernt ist, als daß er — der doch bekanntlich keine Minute von der für den Unternehmer so kostbaren Arbeitszeit veräumen darf — ihn bei jeder Gelegenheit auffuchen könnte. Zum mindestens müßte man doch verlangen, daß die unreine und gesundheitsschädliche Flüssigkeit durch Ausschritt an den Hähnen als „kein Trinkwasser“ bezeichnet würde. Davon ist jedoch nichts vorhanden. Es scheint vielmehr, als ob dem Besitzer des Grundstücks aus Sparankheitsrücksichten ein möglichst geringer Verbrauch von städtischem Wasser erwünscht ist. Ob er doch seinem früheren Maschinenfabrik den Austrag, das Leitungswasser für seinen eigenen, ebenfalls in demselben Gebäude befindlichen Fabrikbetrieb abzusperren, da das bezeichnete Brunnenwasser — welches natürlich billiger ist — von den Arbeitern getrunken werden könne.

An Stiftungen für wohltätige Zwecke sind der Stadt Berlin im Jahre 1895/96 insgesammt 1 111 125 M. zugeflossen. Bemerkenswerth ist eine Spende von 15 000 M., aus deren Zinsen zwei männliche und zwei weibliche Personen, die in

Berlin geboren, über 20 Jahre alt und unverehelicht im Berliner öffentlichen Verlehr verunglückt sind und sich dadurch ein dauerndes Leiden zugezogen haben, laufend unterstützt werden sollen. Noch nicht eingegangen ist die landesherrliche Genehmigung zur Annahme der vielbesprochenen Simon-Blas-Stiftung mit rund 800 000 M., der Stiftung der Gustav-Borfiel'schen Eheleute in Höhe von 300 000 M., sowie des zur Verwendung für die Siechenanstalten bestimmten Vermächtnisses der verewitteten Frau Thiene, geborenen Dittmar, mit 100 000 M.

An Vermächtnissen und Geschenken sind bei der Haupt-Stiftungskasse des Magistrats während des Monats September er. eingegangen 1065,05 M., an Kollektengeldern 821, aus scheidsmännlichen Vergleichen zc. 624,25 M., zusammen 2510,30 M. Außerdem sind zur direkten Vertheilung an Arme eingegangen 81,80 M.

Die Schule des städtischen Obdachs wurde im Verwaltungsjahre 1895/96 von 415 Knaben und 388 Mädchen, also im ganzen von 783 Kindern besucht. Im Vorjahre betrug die Zahl der Schüler 1308. Die tägliche Besuchszahl schwankte zwischen 0 und 39. Der Tagesdurchschnitt ergab einen Bestand von 18 Kindern. Die größere oder kleinere Zahl der Schulbesucher wird durch die zeitweise im Obdach verpflegten Familien bedingt. Im Gegensatz zum Vorjahre, in dem 5100 Obdachlose bei einem täglichen Durchschnitt von 246 Personen in Familienobdach aufgenommen wurden, betrug die Zahl in diesem Jahre nur 6114 Personen, oder im täglichen Durchschnitt 114 Personen. Zur Entlassung kamen 1160 Familien und 2278 einzelne Personen. Hieron wurden an 2632 Familien bzw. einzelne Personen 24 093 M. Unterstützungsgelder zur Zahlung der ersten Miete bewilligt. Jeder Unterstügte erhielt demnach im Durchschnitt 9,15 M. Ein Mißbrauch der gewährten Unterstützung hat nur in ganz vereinzelten Fällen stattgefunden. Die Verwaltung des Obdachs ist angewiesen, da, wo die Person der Empfänger eine Gewähr für die richtige Verwendung der Miethunterstützung nicht bietet, die Zahlung der ersten Miethrate selbst in die Hand zu nehmen. An 804 Obdachlose, welche das Familienobdach benutzten, sind Kleidungsstücke, Schuhzeug und Wäsche verabfolgt worden. — Die Frequenz des eigentlichen nächtlichen Obdachs betrug während dieses Berichtsjahres 281 216 Personen gegen 322 687 im Vorjahre, also 12,65 pCt. weniger.

Ein Springbrunnen auf dem Insepperron am Märkischen Plage, am Treppenturm der Wallstraße und der Straße Neustädlin a. W., soll nach einem Antrage des Magistrats an die Stadtverordneten demnächst errichtet werden. Die Deputation für Kunstgewerbe hat das von ihr käuflich erworbene, in Bronze gegossene Bildwerk des Bildhauers Prof. Brunow, eine Wäsche anwringende Frauenfigur, dazu bestimmt, als Bekrönung des Springbrunnens zu dienen.

Sie bringen sich weiter um. Die „Staatsbürger-Zeitung“ schreibt: Zur Duckfrage erhalten wir folgendes Schreiben: „In Ihrer Ausgabe vom Donnerstag früh bringen Sie die Mittheilung, der Verein Deutscher Studenten habe nach den „Mäd. Blättern“ eine Einschränkung des Pistolenduell zu gunsten der Säbelmenur beschlossen. Eine ähnliche Mittheilung brachten andere Blätter, wie der „Lokal-Anzeiger“, die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“. In Wirklichkeit hat weder der hiesige Verein Deutscher Studenten noch ein anderer, noch der Koffhäuser-Verband, in dem die Vereine zusammengeschlossen sind, einen derartigen Beschluß gefaßt. Die „Mäd. Blätter“ konnten folglich auch dergleichen nicht berichten. Der Irrthum mag durch einen Artikel in der letzten Nummer der „Mäd. Bl.“ veranlaßt sein, der wohl von dem Versuche zu einer solchen Einschränkung sprach, aber gerade im Gegensatz dazu die Einschränkung der Säbelmenur zu gunsten des Pistolenduell empfahl. Mit aller Hochachtung Dr. Wendland, Herausgeber der „Mäd. Bl.“ — Es wäre auch ein Wunder gewesen, wenn aus den Kreisen der Träger moderner deutscher Kultur heraus den Raufbolden Einhalt gethan worden wäre.“

Für Stotternde. Von Mitte Oktober wird der Sprachheil-Institutsvorsteher Neumann aus Leipzig, welcher von seinen

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Als Podesta oder als römischer Fürst! der bescheidene Mann! Wir Franzosen wissen unsere eigenen Verdienste zu würdigen, aber dieser schnelle Sieg wird ihn eben so sehr überraschen, als uns, Luca, und wir werden dem Pepin die Beute entreißen, ehe Monreal ihm zu Hilfe kommen kann! Aber dieser Rienzi muß sterben. Er hat sich, wie ich höre, in St. Angelo eingeschlossen. Der Orsini soll das Kastell mit Sturm einnehmen. Heute besetzen wir das Kapitol, annulliren alle Gesetze des Papstes, lösen sein lächerliches Parlament auf und übertragen die Regierung der Stadt drei Senatoren, dem Rinaldo Orsini, dem Colonna und mir, für Euch, edler Herr, werde ich auch schon sorgen.“

„O, ich bin schon belohnt, indem ich in meinen Palast zurückkehre, und mit dem Ertrag eines Theiles unserer Juwelen wollen wir die Festungswerke bald wieder herstellen. Luca Savelli ist kein ehrgeiziger Mann! Er wünscht nun in Ruhe und Frieden zu leben!“

Der Kardinal lächelte bitter und schlug den Weg nach dem Kapitol ein. Vor demselben waren, wie gewöhnlich, wenn es etwas zu sehen gab, Zuschauer versammelt. „Macht Platz! Macht Platz, Ihr Schurken!“ riefen die Soldner zu beiden Seiten die Menge zurücktreibend, welche, noch gewohnt an das ruhige und höfliche Benehmen der Wache Rienzi's, zu langsam zurückwich, so daß mehrere durch Lanzenstiche und Pferdehufe verundet wurden. Luigi der Mehger, war einer von diesen, und sein römisches Blut gerieth in Feuer und Flamme, als die Pike eines Deutschen ihn verlehete. „Fort, Römer“, sagte der rohe Soldner in einem barbarischen Italienisch, „mache Platz für bessere, als Du bist, Ihr habt seit kurzem lange genug Aufzüge und Prozeffionen angefaßt.“

„Besser, die Römer erkennen keine Besseren über sich“, murmelte der arme Mehger, „hätte ich nicht zwei Brüder bei St. Lorenzo verloren, dann —“

„Der Hund ist rebellisch“, sagte einer von dem Gefolge des Orsini. „Er spricht von St. Lorenzo.“

„O“, sagte ein Soldner, der neben jenem ritt, „ich erinnere mich seiner von früher her. Er war einer von Rienzi's Leuten.“

„So“, erwiderte der andere, „dann können wir nicht zu bald ein heilfames Beispiel geben.“ und beleidigt durch den Spott und Uebermuth, den er in dem Blick des

Mehgers zu lesen glaubte, stieß ihm der wilde Krieger kaltblütig seine Pike durch das Herz und ritt über seine Leiche.

„Mord! Mord!“ rief die Menge, und drängte sich in der Aufregung des Augenblicks um die Soldner.

Der Legat hörte das Geschrei und sah den Aufruhr. Er erbleichte. „Die Schurken rebelliren wieder!“ stammelte er.

„Nein, Eure Eminenz, nein“, sagte Luca, „aber es wird nicht schaden, wenn man ihnen einen heilsamen Schrecken einflößt; sie sind alle unbewaffnet; erlaubt, daß ich befehle, sie aus einander zu sprengen. Es wird bald geschehen sein!“

Der Kardinal willigte ein, der Befehl wurde ertheilt, und in wenigen Minuten jagten die Soldner, die noch mit Wuth erfüllt waren, weil ein undisziplinärer Haufe sie bei Lorenzo besiegt hatte, ohne Rücksicht und Gnade die Menge die Straßen hinein, einige überreitend, andere mit den Lanzen durchbohrend, die Luft mit Jammer und Geschrei erfüllend und so viele Männer niederstößend, als vor wenigen Tagen hingerecht haben würden, Rom zu beschützen und die Verfassung aufrecht zu erhalten. Durch diese wilde, schreckliche Scene und über die Leichname der Schlachtopfer ritt der Legat mit seinem Zuge, um in dem großen Saal des Kapitols die Huldigung der Bürger entgegen zu nehmen und den Segen der Rückkehr der Patrizier zu verkünden.

Als sie die Treppe hinaufflogen, erblickte der Legat ein auf dem Piedestal des basaltnen Löwen an derselben Stelle, wo die Exkommunikationsbulle angeheftet gewesen war, festgeklebtes Plakat. Es standen auf ihm nur die wenigen Worte:

Zittert! Rienzi wird zurückkehren!

„Wie? was bedeutet dieses Gaukelspiel?“ rief der Legat, der schon zu zittern begann und sich nach den Patriziern umschau.

„Eure Eminenz“, sagte einer der Räte, die aus dem Kapitol dem Legaten entgegengekommen waren, „wir sahen das Plakat bei Tagesanbruch, als wir uns hierher begaben, und die Tinte war noch naß. Wir hielten es für das beste, Euer Eminenz zu überlassen, was in dieser Hinsicht verfügt werden sollte.“

„Zu überlassen! Wer seid Ihr denn?“

„Ein Mitglied des Rathes, Eure Eminenz, und ein heftiger Gegner des Tribunen, wie ich es wohl bewiesen habe, als er die neue Auflage verlangte.“

„Rath — dummes Zeug! jeh gibt es keine Räte mehr! Die Ordnung ist endlich wieder hergestellt. Die

Orsini und Colonna werden Euch in Zukunft regieren! Also Ihr widerseht Euch neuen Abgaben? Gut, das war recht, weil ein Tyrann sie Euch auferlegen wollte; aber ich warne Euch, Freund, Euch den Abgaben nicht zu widersetzen, die wir von Euch verlangen werden. Eure Stadt kann von Glück sagen, wenn sie ihren Frieden mit der Kirche sich, um welchen Preis es sei, zurück erkaufte, und der Schatz Seiner Heiligkeit ist nicht sehr gefüllt!“

Der erschrockene Rath zog sich schnell zurück.

„Reißt jenes unverächtete Plakat ab! Nein! halt! klebt über dasselbe unsere Proklamation, durch die wir für den Kopf des Keizers zehntausend Florinen versprechen! Zehntausend! mich dünkt, das ist jetzt zu viel! Wir wollen die Ziffern verändern! Rinaldo Orsini, Senator, marschirt jetzt mit Euren Kriegern gegen St. Angelo, wir wollen doch sehen, ob der Keizer Widerstand leistet!“

„Es ist nicht nöthig, Eure Eminenz“, sagte der Rath, der wieder geschäftig hervorprang, „St. Angelo wurde übergeben. Der Tribun, sein Weib und ein Page entflohen, wie man sagt, verkleidet, in der vorigen Nacht.“

„Ha!“ sagte der alte Colonna, der so weit aus seiner Betäubung wieder zu sich gekommen war, daß er bemerkte, „Was giebt's? Was ist das für ein Plakat? Will niemand mir den Inhalt sagen? Meine alten Augen werden immer schwächer.“

Als er diese Fragen in den zitternden und schwachen Tönen des Alters hervorbrachte, erwiderte eine laute und kräftige Stimme — niemand wußte, woher sie kam; von der Menge waren nur wenige zurückgeblieben, meist Mönche, die durch die Kleidung sich gesichert fühlten — eine Stimme sagte ich, die manche Wange erbleichen ließ, erwiderte auf die Fragen des Colonna mit den Worten:

Zittert! Rienzi wird zurückkehren!

Sechstes Buch: Die Pest.

Erstes Kapitel.

Des Liebenden Zufluchtsort.

An den Ufern eines der schönsten Seen im nördlichen Italien stand der Lieblingsitz des Adria di Castello, zu dem seine Phantasie in seinen faszinirten und weniger patriotischen Momenten oft sich geföhnt hatte, und hierher zog sich der junge Patrizier, seine Begleiter auf der Sendung nach Neapel entlassend, nach seiner so unheilswangern Rückkehr nach Rom, zurück. Mehrere von denen, die er entlassen hatte, schlossen sich den Baronen an. Der junge

zueht im Vorjahre abgetheilten Vorträgen und Kursen hier noch vortheilhaft bekannt ist, eine Thätigkeit für Stotternde und Stammelnde in Berlin, Kleine Mauerstraße 6, wieder aufnehmen. Nach dem „Reichs-Medizinal-Anzeiger“ soll das von Neumann gegen das Stotterübel gesundene Verfahren vor den üblichen Sprachmethoden den Vorzug haben, daß es die freie (ungekünstelte) Sprache herbeiführt und somit den Leidenden nicht bloß auf ein Erfahrmittel hinweist, welches leicht im Stich läßt und dann den Träger nur noch hilfloser macht. Seine Erfahrungen hat Neumann in einer Broschüre „Ueber das Stottern“, Vortrag, gehalten im Arztverein zu Altenburg (S.-A.), dargelegt.

Ueber ein unglaubliches Vorkommniß bei der Unfallsstation X wird einem Berichterstatter folgende Mittheilung gemacht. Gestern Vormittag verunglückte in der Neuen Königstraße, Ecke der Riehmännstraße, ein Mann dadurch, daß er beim Abpringen von einem Pferdebahnwagen zu Boden stürzte und sodann von einem Milchwagen überfahren wurde; der Unglückliche erlitt entsetzliche Verletzungen. Die Pulsader der rechten Hand war ausgerissen, die Muskeln desselben Armes bloßgelegt, außerdem erlitt er auch eine Quetschung des Brustkastens. Man brachte den Verunglückten mittels Drotsche nach der Unfallsstation, da infolge des Blutabflusses aus der Pulsader schnelle Hilfe von nöthen war. Von der Unfallsstation wurden jedoch bei der Aufnahme des Patienten Formalitäten halber, solche Schwierigkeiten gemacht, daß eine unverantwortliche Verzögerung, den schwer Verletzten aufzunehmen, eintrat. Der Verunglückte war durch den Blutverlust bereits so außerordentlich geschwächt, daß er mittels Löffelchen Krankenwagens nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt werden mußte.

Der Gürtler Emil Liebe ist am gestrigen Tage in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden. Derselbe erklärte dem Untersuchungsrichter gegenüber, daß er an dem fraglichen Abend so betrunken war, daß er nicht wisse, was er gethan und wollte sich der ganzen Schießaffäre nicht mehr entsinnen. Dieser Behauptung steht allerdings die Aussage der Bahnbeamten gegenüber, welche behaupten, daß die Trunkenheit des Liebe keine bemerkbare gewesen sei. Ferner hat der Gürtler am Sonntag früh die bedroht gewesenen Beamten der Straßenbahn gebeten, doch von der Angelegenheit keine Strafanzeige zu machen; er habe nicht die Absicht gehabt, jemand zu treffen, sondern den Schuß nur aus Uebermuth abgegeben.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Um den Einfluß, den die Berliner Gewerbe-Ausstellung auf den hiesigen Fremdenverkehr ausgeübt hat, beurtheilen zu können, dient die Zusammenstellung folgender Zahlen, die sich aus den Anmeldungen der in den Gasthöfen, Hotel garnis u. s. w. beherbergten Fremden ergeben:

Monate	1892	1893	1894	1895	1896
Januar	33 171	32 606	35 770	36 663	41 038
Februar	36 831	37 852	39 181	36 570	44 517
März	38 520	41 099	42 944	44 426	46 275
April	40 926	43 091	43 046	45 128	45 568
Mai	42 591	42 561	48 866	47 672	65 788
Juni	45 388	41 028	55 814	51 759	74 748
Juli	51 535	47 829	51 889	54 620	84 977
August	52 324	51 808	59 432	63 092	91 893
September	40 817	41 157	56 675	60 289	86 651
Oktober	46 811	48 254	52 951	56 908	—
November	39 889	35 320	38 408	41 707	—
Dezember	35 884	33 565	36 427	39 775	—
Zusammen	502 684	506 140	560 908	578 579	—

1891 wurden 504 702 Fremde gemeldet, 1890: 505 482, 1889: 469 387, 1888: 416 442, 1887: 398 271, 1886: 410 074, 1885: 335 233, 1884: 338 304. Hiernach hat der Besuch von Fremden bereits in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 581 300 betragen gegen 440 180 im Vorjahre. Nun kommt indessen nicht das ganze Plus auf Rechnung der Ausstellung, da der Fremdenverkehr ohnedies im Zunehmen ist. Zieht man dies in Rücksicht, so dürfte der Besuch von etwa 118 000 Hotelgästen auf die Ausstellung zurückzuführen sein. Aber es ist bekannt, daß eine sehr große Zahl von Berlin Besuchenden sich unangemeldet in Familien aufhält. Wie viele dies sein mögen, läßt sich schätzen, wenn man berücksichtigt, daß bei der Volkszählung von 1890 nur 3628 Personen als Hotelgäste gezählt wurden, während die Zahl der übrigen vorübergehend Anwesenden 14 428 betrug, also viermal so groß war. Danach würde sich der durch die Ausstellung herbeigeführte Fremdenverkehr auf gegen 600 000 Personen belaufen, während der Gesamtverkehr in den Monaten Mai bis September die Zahl von 1 616 000 erreichen würde.

Die Berliner Motorboots-Gesellschaft hat nach einer mit dem Arbeitsausschuß getroffenen Vereinbarung den Verkehr zwischen Jannowbrücke und Gewerbe-Ausstellung seit gestern

Annibaldi, dessen kühne und ehrgeizige Natur ihn sehr an den Tribunen gefesselt hatte, verhielt sich neutral und kehrte erst nach der Vertreibung Rienzi's nach Rom zurück.

Der Zufluchtsort des Geliebten Jrenens war sehr geeignet für seine melancholischen Träumereien. Das Kastell war hinlänglich besetzt, um etwaigen Angriffen der Räuber aus den Bergen oder der kleinen Tyrannen in der Nachbarschaft zu widerstehen. Ein früherer Besitzer hatte es aus den Materialien einer halb zerstörten Villa aus der glänzenden Zeit des römischen Kaiserthums erbaut, und die marmornen Säulen mit ihren korinthischen Kapitälern bildeten einen eigenen Gegensatz zu den grauen Steinmauern und den massiven Thürmen aus der Feudalzeit. Das Kastell erhob sich auf einem grünen Hügel, der sich sanft nach dem See abdachte, seinen Schatten weit in das klare Wasser werfend. Zur Seite stürzte aus den hohen und bewaldeten Bergen im Hintergrunde ein wilder Bergstrom herab, dessen Wellen bald durch das Laub versteckt wurden, bald im Lichte glänzten, und der sich in ein großes Bassin ergoß, neben dem eine kleine Fontaine sich erhob. Unter ihr sah man auf einem großen Steine halberlofene Buchstaben, die verschwundene Eleganz der klassischen Zeit bekundend — irgend ein Memento eines bedeutenden Mannes oder Dichters, dessen Name längst untergegangen war. Von da ergoß sich der Strom, an dessen Ufer Moose und Kräuter üppig wucherten, in den See. In der Nähe stand mancher, in früheren Zeiten aus dem sonnigen Morgenlande hierher verpflanzte Baum, der in jenem goldenen Klima, welches fast jedes Erzeugniß der Natur mit der Sorgfalt einer Mutter pflegt, herrlich gedieh. Der Ort war entfernt und abgelegen. Die Wege, welche von den nächsten Städten dahin führten, waren schwer zugänglich und wurden durch Räuber unsicher gemacht. Einige Hütten und ein kleines Kloster waren die nächsten Wohnungen, und die tiefe Einsamkeit wurde nur selten durch einen Pilgrim oder einen verirrtten Wanderer unterbrochen. Dieses war gerade der Ort, der einem der Welt überdrüssigen Manne Ruhe gewähren und die Erinnerungen, welche über den Ruinen der Leidenschaft so gern schweben, sich ungestörter ergehen lassen konnte, und der Geist, dessen Unabhängigkeit die Einsamkeit ertragen kann, hätte wohl kaum auf der ganzen Erde einen entsprechenderen Zufluchtsort gefunden.

eingestellt. Die Dampfschiffahrts-Gesellschaft Stern wird den Betrieb zwischen Jannowbrücke und Gewerbe-Ausstellung bis zum 15. d. M. inkl. aufrecht erhalten.

Zwar vor Schluß der Ausstellung beendet, aber nicht eröffnet worden ist ein Zelt-Pavillon, welcher vor dem Portal I neben dem Verwaltungsgebäude steht. Ein Unternehmer beabsichtigte an dieser Stelle einen Treffpunkt für Ausstellungsbesucher zu schaffen, die unter Schutz gegen die Nubilden der Witterung etwa nachkommende Freunde und Verwandte erwarten könnten. Bei der Errichtung des Zeltes hatte man jedoch vergessen, hiervon die Amtsbehörde zu benachrichtigen und wurde infolgedessen die Fortsetzung des Aufbaues inhibirt. Als man dann das Veräumte nachgeholt und der Pavillon vor etwa vier Wochen endlich fertig geworden ist, fehlte nur noch die Konzeption zur Eröffnung desselben, die, wie wir erfahren, erst dieser Tage eingetroffen sein soll. Unter diesen Umständen hat der Unternehmer den Pavillon erst garnicht eröffnet.

Gerichts-Beilage.

Der große Lederdiebstahl, der am 28. August morgens gegen 5 Uhr bei dem Lederhändler Wolf in der Jüdenstraße in Berlin ausgeführt wurde, beschäftigte die I. Strafkammer des Berliner Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsraths Dieck. Aus der Untersuchungsbaft wurden folgende sechs Personen vorgeführt: 1. Hausdiener Friedrich Wilhelm Eberstein, 2. Hausdiener Paul Otto Wilhelm Künzel, 3. Arbeiter Karl Böhme, 4. Hausdiener Robert Lehfeld, 5. Lederhändler und Stepper Dieckhöfer und 6. Schuhmacher August Heinrich. Sie wurden durch die Rechtsanwältin Graul, Wurm und Dr. Schwindt vertheidigt. Der Angeklagte Böhme war bei dem Lederhändler Wolf in Stellung. Eberstein, der schon längere Zeit arbeitslos war, lernte am Alexanderplatz den Künzel und Lehfeld kennen. Letzterer war Hausdiener in einem Ledergeschäft und als die beiden anderen ihm ihre Noth sagten, brachte er sie auf den Gedanken, daß sie durch Ausführung eines Diebstahls in einem Ledergeschäft leicht Geld verdienen könnten. Er lehnte es ab, bei seinem eigenen Prinzipal die That auszuführen zu lassen, brachte die beiden anderen aber mit dem Angeklagten Böhme in Verbindung. Am Alexanderplatz bei dem Denkmal der Verolina wurden die Theilnehmer an dem Raub einander vorgestellt und dem Böhme wurde nahe gelegt, daß er lediglich das Schloß zu dem Lagerkeller seines Chefs offen zu lassen brauche und im übrigen das Geschäft ohne seine Mitwirkung ausgeführt werden würde. Böhme sträubte sich zunächst gegen die Mitwirkung, ließ sich schließlich aber doch bereit schlagen und sagte seine Mittheilung zu. Als er am 27. August das Geschäftslokal verließ, lehnte er, der Verabredung gemäß, die Kellertür nur an, anstatt sie zu verschließen. Gegen 5 Uhr morgens erschien ein großer geschlossener Möbelwagen vor dem Wolf'schen Geschäft und die Angeklagten Eberstein und Künzel, die mit dem Wagen gekommen waren, verschwanden in dem Keller. Sie schleppten aus demselben große Rollen Leder im Gewicht von etwa 56 Zentnern und im Werthe von 12 000 Mark heraus, beluden damit den Möbelwagen und fuhren von dannen. Ihr Weg ging nach der Marzlinstraße zu dem Schuhmacher Heinrich. Diesem war schon einige Tage vorher mitgetheilt worden, daß ein großer Lederdiebstahl ausgeführt werden sollte und er hatte sich bereit erklärt, in der Marzlinstraße einen Laden zu mieten. Er erwartete am gedachten Morgen in der Marzlinstraße den Wagen, erklärte aber den Leuten, daß er den Laden nicht habe mietzen können und ihnen selbst das Leder nicht abnehmen könne. Er ließ die Leute kurze Zeit zu warten, entfernte sich und nach seiner Rückkehr empfahl er den Dieben, das Leder nach der Kurzenstraße zu Dieckhöfer zu fahren. Dies geschah denn auch. Die Lederrollen wurden bei Dieckhöfer abgeladen und in dessen Keller gelagert. Eberstein erhielt für den ganzen Posten 400 M., die er unter seine Komplizen vertheilte. Der Kutscher, der das Leder gefahren, erhielt für die Beförderung 50 M., für Heinrich fielen 50 M. ab. Dieckhöfer gab zu, das Leder gekauft, behauptet aber, von dem Diebstahl nichts gewußt zu haben. Nach seiner Darstellung sei Heinrich zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, daß ein größerer Posten Leder, der aus einer Pleite herstamme, schnell und billig verkauft werden solle. Auch Heinrich behauptet, daß die Diebe ihm von einer großen Pleite gesprochen haben, die Diebe aber bestritten dies und behaupteten, daß ihnen Heinrich die Geschichte von der „großen Pleite“ an die Hand gegeben habe. — Als der Lederhändler Wolf am 28. August sein Geschäftslokal betrat und den Diebstahl entdeckte, daß sein Hausdiener Böhme ganz erschaut und entrüstet und gegen ihn wurde anfänglich gar kein Verdacht laut. Erst durch einen anonymen Brief wurde der Bestohlene darauf aufmerksam gemacht, daß an dem 28. Morgen ein auffallend großer Posten Leder bei Dieckhöfer abgeladen worden sei. Als der Kriminalkommissar v. Baedmann bei diesem erschien, gab Dieck-

Aber die früheren Träume Adrians hatten einer solchen Einsamkeit den Ort nicht gewidmet. Hier, hatte er gedacht, sollte die Liebe ihren Hafen finden, und der Reichtum und der Sinn für geistige Bildung alle edleren Geister herbeiziehen, deren Italien damals sich erfreute, und die ein zweites und jüngerer goldenes Zeitalter der Poesie, der Wissenschaft und der Kunst verschafften. Dem romantischen, aber weniger für das Handeln geeigneten Temperamente des jungen Ritters, das mehr geeignet war für ruhige und zivilisirte, als für stürmische und barbarische Zeiten, bot der Ehrgeiz keine so angenehme Belohnung dar, als eine ruhige geistige Beschäftigung. Seine Jugend war durch die Poesien Petrarca's begeistert worden, er hatte von Glück und liebebegünstigter Zurückgezogenheit geträumt, in welchem Laura nicht fehlen durfte. Diese nicht in Erfüllung gegangenen Visionen, welche ihm das Bild Jrenens vorgegaukelt hatten, erhöhten jetzt nur seine Schwermuth und seine Liebe.

In diesem einsamen Zufluchtsorte brachte Adrian den Winter zu, der in diesem bezaubernden Klima so milde auftritt. Das Geräusch der Welt erreichte nur in schwachem und undeutlichem Gemurmel sein Ohr. Er ersah nur unvollkommen und mit vielen Widersprüchen die Nachricht, die wie ein Donner durch ganz Italien rollte, daß der seltsame und hochstrebende Mann — er selbst eine Revolution —, der die Theilnahme von ganz Europa und die glänzendsten Hoffnungen der Freiheitschwärmer erregt, den Despoten Schreden eingebläst, die Huldigungen der Großen gewonnen, das Streben aller freien Geister ermutigt hatte, plötzlich von seiner Höhe gestürzt, sein Name gebrandmarkt und auf seinen Kopf ein Preis gesetzt worden sei. Dieses Ereigniß, welches am Ende des Jahres sich begab, erfuhr Adrian durch einen wandernden Pilger im Anfang des nächsten März, etwas mehr als zwei Monate später. In diesem Monat März des schrecklichen Jahres 1848 wurde Europa, und besonders Italien, durch die furchtbarste Pest heimgesucht, deren die Geschichte erwähnt, und die sich eben so sehr durch die Zahl als durch die Verwundtheit ihrer Schlachtopfer auszeichnet und dabei seltsam in Verbindung steht mit den Bildern Boccaccio's und mit der pathetischen Veredsamkeit Petrarca's.

Der Pilger, welcher Adrian von der Ummwälzung in Rom unterrichtete, konnte ihm durchaus keinen Aufschluß

über das jehige Schicksal Rienzi's oder seiner Familie geben. Man wußte bloß, daß er mit seiner Gemahlin entflohen war, niemand aber wußte, wohin; viele glaubten, sie seien schon gestorben und als Opfer der zahlreichen Räuber gefallen, die unmittelbar nach dem Sturz des Tribunen in ihre früheren Schlupfwinkel zurückgekehrt waren und weder Alter noch Geschlecht, weder Reichtum noch Armut verschonten. Da alles, was den Tribunen betraf, ein Gegenstand der allgemeinen Theilnahme war, so hatte der Pilger auch erfahren, daß vor dem Sturz Rienzi's seine Schwester Rom verlassen hatte, er wußte aber nicht, wo sie sich aufhielt.

Diese Nachrichten regten Adrian plötzlich aus seinem träumerischen Leben auf. Jrene war also in der Lage, die er in seinem Briefe anzudeuten gewagt hatte, des äußeren Glanzes beraubt, der sie umgeben hatte, getrennt von ihrem Bruder, verlassen und einsam. Jetzt, sagte der edelmüthige Liebende, kann sie die Meinige werden, ohne daß ich meinen Namen bestee! Welche auch Rienzi's Fehler sein mögen, so hat sie keinen Theil an ihnen. Ihre Hände sind nicht in das Blut meiner Verwandten getaucht. Auch kann die Welt nicht sagen, daß Adrian di Castello mit einem hochgestellten Manne in Verwandtschaft tritt, dessen Raub auf den Ruinen des Hauses der Colonna begründet wurde. Die Colonna sind triumphirend nach Rom zurückgekehrt, Rienzi ist gestürzt. Das Unglück vereinigt mich wieder mit meiner Geliebten!

Aber wie sollten diese romantischen Entschlüsse ausgeführt werden, da Jrenens Aufenthaltsort ihm unbekannt war? Er beschloß, nach Rom zu reisen und dort die nöthigen Erkundigungen einzuziehen. Er befohl daher seine Diener, die Vorbereitungen zur Reise zu treffen — eine freundliche Nachricht für sie. Die Rüstung wurde aus dem Waffensaal hervorgeholt, und nach zwei Tagen geräuschvollen Treibens besuchten den Springbrunnen, an dem Adrian sich so manche Stunde seinen Träumereien überlassen hatte, nur die munteren Vögel mit dem wiederkehrenden Frühling, und die nächtliche Lampe warf nicht länger ihren Schein aus der einsamen Kammer seines Thurmes über die Fläche des Sees.

(Fortsetzung folgt.)

Beantwortung dieser prinzipiellen, häufig praktischen Frage gespannt sein dürfen.

Beim Ziehen einer Gasleitung zu Koch- und Heizzwecken hatte ein Hauswirth von seinem Miether verlangt, daß dieser die nöthigen Veränderungen der Röhren in der Miethwohnung gestatte und als der Miether sich dessen weigerte, denselben unter Hinweis auf die Kontraktbestimmung verklagt, wonach der Miether sich während der Miethzeit bauliche Veränderungen gefallen lassen müsse, ohne dafür Entschädigung fordern zu können. Der klagende Hauseigentümer ist in zwei Instanzen mit der Begründung abgewiesen, daß diese Kontraktbestimmung nur auf bauliche Veränderungen außerhalb der Miethwohnung sich beziehe; im Innern der Miethräume solche Veränderungen während der Miethzeit vornehmen zu lassen, habe der Vermiether kein Recht.

Einen schweren Unfall hat der Droschkenfahrer Reimann veranlaßt, der sich gestern wegen fahrlässiger Körperverletzung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Die Pferdebahn-Haltestellen in der Leipzigerstraße sind bekanntlich sehr gefährlich für das Publikum und erfordern die ganze Aufmerksamkeit und Vorsicht der Droschkenfahrer. Trotz dieser bekannten Thatsache ist der Angeklagte eines Tages in schnellster Ganganart und unbelümmert um die Fahrgäste der Pferdebahn an einer solchen Haltestelle vorüber gefahren, hat eine aus einem Wagen steigende Dame umgerissen, überfahren und ihr einen dreifachen Beinbruch zugefügt. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen und die gräßliche Fahrlässigkeit des Angeklagten verurtheilte diesen der Gerichtshof zu drei Monaten Gefängniß.

Der „Berliner dramatische Verein“ hielt in diesem Frühjahre einen seiner regelmäßigen Abende ab, bei welcher Gelegenheit das Lustspiel „Madame Bonivard“ zur Aufführung gebracht wurde. Das damalige Vorstandsmitglied des Vereins, der Bankbeamte Großmann, hatte das Lustspiel ausgewählt und die Regie übernommen. Ein hiesiger Theateragent, der das alleinige Recht zur öffentlichen Aufführung des genannten Lustspiels erworben hatte, sah sich durch das Vorgehen des dramatischen Vereins in seinen Rechten gekränkt und stellte gegen Großmann Strafantrag, worauf dieser sich jetzt vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Er bestritt, daß die Aufführung eine öffentliche gewesen sei, da nur Mitglieder und deren Angehörige Zutritt zu derselben gehabt hätten. Durch die Beweisaufnahme hielt der Gerichtshof aber doch dargethan, daß noch andere Personen gegen Zahlung von 50 Pf. Zutritt gehabt hatten und dadurch kennzeichnete die Aufführung sich als eine öffentliche. Das Urtheil lautete auf 20 M. Geldstrafe.

Eine seltsame Verurtheilung. Das Landgericht Magdeburg hatte am 27. Juni die Arbeiterfrau Fanny Hertel wegen Kuppelei zu drei Tagen Gefängniß verurtheilt, weil sie die kränzlich war, aus Furcht vor Mißhandlungen den Verlebr ihres Mannes mit einer anderen Frauensperson dadurch gefördert hatte, daß sie jedesmal fortging. (?) — Auf die Revision der Angeklagten hob das Reichsgericht das Urtheil auf und sprach sie frei. Ein Vorschubleisten könne in einer derartigen nothgedrungenen Duldung nicht gefunden werden.

Vermischtes.

Der frühere Expedient des „Hamb. Fremdenblatts“, namens Meyer, hat sich heute nach Unterschlagungen in Höhe von über 150 000 M. erschossen.

Der Hamburger Vorort Wahrenfeld ist wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in einem Viehbestande gesperrt worden. Durch Verfügun des Polizeichefs bleibt die dortige Quarantäne-Anstalt von der Sperre ausgeschlossen.

Auf dem Sterbepett katholisch geworden ist in Tübingen Dr. phil. Felix von Niemeier, der früherer Dragoman beim deutschen Generalkonsulat in Kairo gewesen, vor einiger Zeit aber aus Gesundheitsrücksichten aus dem Dienste geschieden war. Als seine Freunde aus dem Friedhofe erschienen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen, waren sie nicht wenig erstaunt, als sie sahen, daß die Beerdigung nach katholischem Ritus vor sich ging. Aus der Rede des Geistlichen erfuhr man, daß Niemeier am Abend vor seinem Tode zur katholischen Kirche übergetreten sei! Felix v. Niemeier war (der „Magd. Zig.“ zufolge) der Sohn des gleichnamigen berühmten Mediziners, der 1820 in Magdeburg geboren war und 1871 als Professor und Direktor der medizinischen Klinik in Tübingen starb, und der Urenkel des Hallenser Theologen und Vieberdichters August Hermann Niemeier, der 1828 starb. Ob Dr. Niemeier seinen Uebertritt noch bei vollem Bewußtsein bewerkstelligt hat, wird nicht gemeldet.

Der Dritte nach dem König. Eine merkwürdige Rechtsauffassung hat nach der „Ulmer Zeitung“ der Oberamtmann in Gisingen a. D. kundgegeben. Ein Freiherr in Granheim kam mit einer Gemeinde in Konflikt. Der Baron versuchte, einen öffentlichen, seit unordenlichen Zeiten bestehenden Fußweg im Dorf abzusperrn, indem er eigenmächtig, ohne jede richterliche Entscheidung, an einem Ende des Fußweges ein tiefes Loch graben ließ, um einen Pfosten einzusetzen. Der Schultheiß der Gemeinde ließ von Polizei wegen das Loch wieder zuwerfen. Kaum war dies geschehen, wurde er vor das Oberamt Gisingen zitiert, woselbst ihm der Oberamtmann mit folgendem Donnerwetter empfing: „Wie kommen Sie dazu, einem königlichen Kammerherrn so zu begegnen, dem Dritten nach dem König! Sie haben gar nichts gegen den Herrn Baron zu thun. Sie haben ihn nur zu bitten, ihm nichts zu befehlen! Sie Bauernschultze! Sie Pascha von Granheim! Eine solche Frechheit gegenüber einem königlichen Kammerherrn, wenn er ein Loch anmacht, es wieder zuzumachen! Eine Keitpeitsche hätte der Herr Baron nehmen sollen und Sie recht durchpeitschen!“ So ging es noch eine Weile fort und das Endresultat bestand in einem Erlaß des Oberamts an das Schultheißenamt Granheim, das von Polizei wegen aufgefüllte Loch wieder zu öffnen und in der alten Tiefe herzustellen. Im übrigen wurde die Gemeinde auf den Verwaltungsrechtsweg verwiesen.

Neue strafrechtliche Bestimmungen für Duellanten. Wie bereits mitgeteilt, ist Regierungs-Professor Ampsenbach in Königsberg wegen Herausforderung zum Zweikampfe in der bekannten Börsengarten-Affäre vom Militärgericht zu einigen Tagen Stubenarrestes verurtheilt worden. Dieses Vorurtheil giebt den „Lustigen Blättern“ Anlaß zu folgenden Ausführungen: Die ausfallende milde Beurtheilung des Falles durch das Militärgericht hat in der Presse berechtigtes Aufsehen erregt. Es erscheint dringend geboten, daß ein gewisses Gleichmaß in der Bestrafung gleicher Delikte bei Militär- und Zivilpersonen eintrete. Da die Reform des Militär-Strafprozesses noch in weitem Felde steht, schlagen wir vor, das Reichs-Strafgesetzbuch nach den Grundsätzen der in der Praxis der Kriegsgerichte obwaltenden Milde abzuändern. Nachstehend einige Proben:

§ 201. Die Herausforderung zum Zweikampfe mit tödlichen Waffen, sowie die Annahme einer solchen Herausforderung wird mit Hausarrest und Entziehung des warmen Abendbrots allein oder nebeneinander bestraft.

§ 206. Wird der Gegner im Zweikampfe getödtet, so kann außerdem auf Verlußt der Berechtigung zum Besuche der Gewerbe-Ausstellungen, der Theater, Konzerte und sonstiger öffentlicher Vergnügungen für die Dauer eines Monats erkannt werden.

§ 223. Wer vorsätzlich einen andern körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt, hat drei Glas Bier oder fünf Schnäpse an ihn zu zahlen.

§ 223a. Ist die Körperverletzung mittels einer Waffe, insbesondere eines Messers oder eines gefährlichen Werkzeuges oder mittels eines hinterlistigen Ueberfalls begangen, so tritt Selbstbuße bis zu 20 Flaschen ein.

§ 242. Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen, wird mit Verachtung bis zur Dauer von drei Monaten gestraft.

Wie es bei einer russischen Steuereintreibung zugeht, lehrt eine Gerichtsverhandlung bei der Saratower Gerichtspalate, die dieser Tage erst ihren Abschluß fand, obwohl die empfindenden Mißbräuche der Amtsgewalt schon 1892 stattgefunden hatten. Im Dezember 1892 erhielt der Jesimow Gemeinde-Vorsteher von dem Landeshauptmann den Befehl, unter Anwendung der strengsten Maßregeln die Steuerrückstände in seiner Gemeinde bezutreiben und sich dabei der Mitwirkung des Landgendarmen Ugaloff zu bedienen. Die beiden Männer machten sich also an ihre Aufgabe; eine Anzahl Bauern, die nicht zahlen konnten, zwang der Landgendarm, Stundenlang zu knien, wobei er sie von Zeit zu Zeit mit Fuhrtritten regelte; einen anderen steckte er Stundenlang unter eine Bank und ein herbeigeholter Knabe mußte dem Delinquenten der „Belchämung wegen“ ins Gesicht hinein das Thun, wozu sich die Hunde die Schiene auf den Straßen ansuchten. Der großmüthige Gendarm schenkte dafür dem Knaben drei Kopelen. Wieder andere wurden von dem Gendarmen am Bart hin und her geschüttelt, mit Faustschlägen ins Gesicht traktiert, in den Schafstall in Arrest gebracht, bespielen u. s. w. An etwa fünfzig Personen wurden in dieser Weise behandelt. Der Gendarm hatte sich für seine Heldenthat gerade den Renjahrestag ausgesucht und rief unter den Faustschlägen, die er an seine Opfer ansetzte, höhnisch: „Da hast Du Dein neues Jahr — Dein neues Glück.“ Das Gericht war sehr milde; der Landgendarm wurde unter Berücksichtigung der beiden letzten Gnaden-Manifeste zu theilweisem Rechtsverlust und 8 Monaten 16 Tagen Gefängniß verurtheilt; der Gemeinde-Vorsteher, welcher den Gendarmen nicht nur ungehindert wirthschaften ließ, sondern diesen sogar zu den verschiedensten Heldenthaten aufschaltete, zu 1 Monat 23 Tagen Gefängniß.

Der Erzbischof von Canterbury, Benson, wurde, wie aus London berichtet wird, am Sonntag Vormittag während des Gottesdienstes in der Hamarden-Kirche vom Schläge getroffen; er wurde nach dem Pfarrhaus gebracht, wo er alsbald verschied.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 7^{1/2}—8^{1/2} Uhr abends statt.

Genosse Heinrich Franz, Steinweg und Herausgeber des „Bauarbeiter“ wird dringend ersucht, sofort seinen Aufenthalt an nachstehende Adresse gelangen zu lassen: Redaktion und Administration „Der Bauarbeiter“, Wien, XVI, Gantlacher-gasse Nr. 15.

Späthe. Ist wegen Raummangels zurückgestellt und wird nächstens erledigt.

P. W. A. 1. Vermengen Sie den Lehm mit Chamotte. Derartige Arbeiten läßt man am besten von einem Fachmann ausführen. 2. Mit mehrmaligem Waschen. 3. und 4. Ganz unverständlich, benutzen Sie unsere Sprechstunde.

H. Hirsch. Es fragt sich, ob sie recht haben. Allerdings können die Frösche der „N. N.“ auch Enten gewesen sein.

Briefkasten der Expedition.

Krause, Weinstr. Eine solche Broschüre giebt es nicht; sprechen Sie doch mal in unserer Buchhandlung vor.

Theater.
Mittwoch, den 14. Oktober.
Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Goldfische.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) (Geschlossen.)
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. König Heinrich.
Lesing-Theater. Kollege Tramp-ton.
Theater des Westens. Jung gefreit.
Neues Theater. Die Familie Pontbiquet.
Thalia-Theater. Gebildete Menschen.
Hoftheater. Der Stellvertreter.
Vorher: Ninette im Schnee.
Theater Unter den Linden. Der kleine Herzog. Hierauf: Die Bajadere.
Schiller-Theater. Der Sohn der Wildniß.
Felle-Alliance-Theater. Mamsell Dieleichen.
Central-Theater. Eine wilde Sache.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Hierauf: Varietés fremder Künstler. Zum Schluß: Pladderbauh.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Maria Stuart.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Fausmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Sohn der Wildniß.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.

Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater
Chausseest. 25/26. Dir. Max Samat.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Zum ersten Male:
Die Wildniß.
Lustspiel in 4 Akten von Francis Stabl.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Klaffier-Vorstellung:
Othello, der Mohr von Venedig.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Grun- Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrath.

Gebildete Menschen.
Wiener Volksstück in 3 Akten von Viktor Léon.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Mittwoch, den 14. Oktober:
Eduard Steinberger a. G.
Zum 24. Male:
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Ramstadt und J. Freund. Musik von S. Emdenhofer.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen von Wilh. Friedhöld.
Anfang 8 Uhr.
(Wenig haben Miltigkeit)
Morgen und die folgenden Tage:
Ohne sittlichen Halt.
Sonntag Nachmittag 4 Uhr:
Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Zaubermärchen in 8 Bildern von Georg Zimmermann.

Alcazar.
Varietés und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
City-Passage
Das Riesen-Oktoberprogramm
enthaltend 14 Sensationsnummern.
Li-Hung-Chang!
Das Neueste vom Neuen!
Margarethe Nasarowska.
Josephine von der Heilsarmee.
Miss Ara. The two Gomez.
Lotte Sieger. 3 Bollini.
Adelaide und Erich u. s. w.
Anfang: Nachmittags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
R. Winkler.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr
abends Vorträge mit Experimenten und
großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.
42 wilde Weiber Dahomey.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Anfang 7^{1/2} Uhr.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Mittwoch, 14. Oktober 1896,
abends 7^{1/2} Uhr:
Gr. brillante Vorstellung.
Nur noch kurze Zeit:
Millennium, Bilder a. Ungarn.
Auerdem: Die besten Freiheitspferde d. Dir. Busch. Aufstretten der Schulfreierin Mlle. Eugenie. Zanzibar, russ. Hengst, ger. v. Herrn Egon Salomon. Wild Biss; sensationell d. Ausschwingung zur Decke an den Zähnen. 100 Klowns, männliche und weibliche. Austr. d. beliebten Klowns Mr. Daniels. Spezialitäten I. Ranges.
Morgen: Millennium.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
Heute,
Mittwoch, den 14.:
3 Schaulstellungen der Beduinen
4, 6, 7^{1/2} Uhr.
bei ermäßigtem Entree.
Konzert v. 5 Kapellen.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Signor Bernardi
„Il Camaleonte“.
Mlle. Fougère
die Unübertreffliche.
Ducreux und Giraldic.
Robert Steidl. 7 Troubadours
u. s. w., u. s. w., u. s. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Volks-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Jeden Abend 8 Uhr.
Ein vorsichtiger Mann!
Poffe mit Gesang in 3 Bildern.
Um 9^{1/2} Uhr: Gr. Variété.
Brothers Godard, Gehr. Kulpor,
Louise Bonnewester, die kleine holländische Pistolenvirtuosin, und Hella Collier, Claqueur, comique, Aller-erste Kunstkräfte.
Sämmtlich neu für Berlin.
Um 10 Uhr:
Pladderbautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild.
Entree 50 Pf. bis 3 M.
Sonntag Anfang abends 7 Uhr.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Großer Jubel herrscht über das
Neue riesengroße
Oktober-Programm.
Nur noch bis 16. Oktober:
Die urkomischen Millardos!
Die excentrischen Miltoas!
Die hochdramatische Schattenspannromme!
Anfang 7^{1/2} Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf.
Sonnabend, den 17. Oktober:
Wegen Privatlichkeit geschlossen.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich: Konzert, Theater-Vorstellung.
Auftr. von Spezialitäten.
Künstler I. Ranges.
Karlshens Cante.
Schwan in 1 Akt von Schinasow.
Neu! Neu! Neu!
Berliner Konfektionseisen.
Bürleste mit Gesang und Tanz
in 1 Akt von Geride. Musik v. Schmidt.
Jeden Sonntag, Dienstag
u. Donnerstag nach d. Vorstellung
Tanzkränzchen.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren indischen
Neu! Pygmäen
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

H. Fick's Restaurant, Simeonstr. 23, gr. sep. Vereinszimmer frei.
O. Schmidt's Restaurant, Kochstr. 32a.
Saal f. Vereine und kleinere Gesellschaften.
Klavier, Violoncell, u. s. w. Postenstr. 41 III
Gute Milchzige zu verk. bei Grubel
Reulichenberg, Wilhelmstr. 72. [9146

Moabiter Stadttheater
Alt-Moabit 48.
Heute,
sowie jeden **Mittwoch:**
Stettiner Sänger
(Moysel, Pietro, Britton, Stoidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang praz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.)
Neu! **Neu!**
Sinzpiper's Tanz-Institut.
Donnerstag:
Konzerthaus Sausjoui.

Vogler's Casino
fr. Weltrestaurant, Drossendorstr. 97
Im vorderen Saal:
Tyroler Concert
Entree vollständig frei!
Im ersten Theatersaal die unubertreffl.
Hamburger Sänger.
Im zweiten Theatersaal:
Variole u. Spezialitäten-Theater.
Aufstehen u. Kunstkraften I. Ranges.
Aufsuhrung v. Poffen u. Singspielen.
Auf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr.
Billards. 4 neue Peggelbahnen.
Sorgf. gepf. Biere, anerkl. gute Küche.

Lithographen, Steindruck, Lichtdrucker, Schleier,
Prager u. Pragerinnen, Zulegerinnen, Formstecher, Capetendruker
und verwandte Berufsgenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen des
graphischen Gewerbes Berlins!
Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, im Schweizer Garten,
Am Friedrichshain:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über die eingegangenen Antworten der
Prinzipale. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
NB. Zellerfassung findet nicht statt. 96/5
Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, diesen Zettel an ihre Mit-
arbeiter weiter zu geben, überall dafür zu agitieren, daß die Kollegen und
Kolleginnen sämtlicher Anstalten in unserem Gewerbe vollständig erscheinen,
denn diese Versammlung ist eine der wichtigsten, welche über vieles zu ent-
scheiden hat. Es sage niemand, daß es auf ihn nicht ankomme, sondern jeder
muss seine Pflicht thun!
Um puntliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer: **H. Friedewald.**

Generalversammlung
des
Bereins zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe
Berlins und Umgegend
am Freitag, den 16. Oktober d. J., nachmittags 5 Uhr
im Lokale des Kollegen Fischer, Beusselstr. 9.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kassiers und der Rechtschuh-Kommission.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Ersatzwahl des Vorstandes und der Rechtschuh-Kommission.
4. Statutenberatung. 60/1
5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden auf den § 4 des Statuts aufmerksam gemacht.
Im Auftrage: August Gathor, Berlin, Frankfurter Allee 16.

Achtung! Maurer. Achtung!
Donnerstag, den 15. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokal Buske,
Grenadierstrae Nr. 33:
Oeffentl. Bau-Deputirten-Sitzung.
Kollegen! Es ist dringend notwendig, daß in
dieser Sitzung jeder Bau vertreten ist! Die Mißstände,
die auf den Bauten herrschen, können nur dann erfolgreich
bekämpft werden, wenn selbige aufgedeckt und der Oeffentlich-
keit übergeben werden; auch sind **wichtige Punkte** zu ver-
handeln, die das **Wessein** jedes einzelnen Deputirten erfordern.
Die Lohnkommission der Berliner Maurer.

Schluss der Saison am 31. d. M.
Nur noch 18 Tage 2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Grostes Schaustück der Welt. Ca. 1000 Mitwirkende.
Uebertreffl. alles bisher dagew. ! Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.
Kinetograph. (Lebende Photographieen. Auch in Naturfarb.) Inter-
essanteste Bilder historischer Charaktere u. des Ge-
sellschaftslebens in vollkommener Naturwahrheit.
Phonographische Wiedergabe musikalischer und deklamatorischer Vor-
träge. Für alle Besucher zugleich deutlich
hörbar ohne Schläuche.
Eintrittspreis für alle Vorführungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
Vereine erhalten Preisermäßigung nach Vereinbarung.

Einem Buchdrucker
(Parteiengenossen) ist gesicherte Existenz ge-
boten d. Uebernahme des Druckes eines gut
fundierten, täglich erscheinenden Arbeiter-
blattes und vieler Druckarbeiten von
Gewerkschaften und Privaten. Die
Uebernahme hat am 1. Oktober 1897
zu erfolgen. Die Zeitung erscheint im
7. Jahrgang in einer Stadt Mittel-
deutschlands mit 215 000 Einwohnern.
Kapitalkraftige Buchdrucker, welche
hierauf reflektieren, wollen ihre Offerte
unter Chiffre **M. V. I** an die Ex-
pedition dieses Blattes einreichen.

Fest-Säle
bis 300 Personen fassend
sind noch an zwei Sonnabenden im
November d. J. zu vergeben. 915b
F. Diederich, Landsbergerstr. 37.

Täglich:
Warmes Frühstück
Auswahl.
Zur alten Linde
Admiralstr. 40a am Platz
Echt Münchener
Burgerbrau
Pilsener, hiesiges
hell u. dunkl. Lagerbier
Weissbier.

Todes-Anzeige. 919b
Am 12. d. M. verschied nach langerein
Leiden mein lieber Mann, der Gastwirth
Hermann Weich.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den
15. Oktober, 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Krankenhauses am Urban statt.
Die trauernde Wittwe **Emilie Weich.**
Dankagung. 918b
Für die liebevolle und rege Theil-
nahme und reichen Kranzspenden bei
der Beerdigung unserer lieben Schwieger-
mutter, Großmutter und Schwester, der
Herbergswirthin **Friederike Wolffs,**
sagen wir allen Verwandten, Bekannten
und Freunden unseren innigsten Dank.
Insbesondere danken wir den Gewerks-
chaften für ihre rege und liebevolle
Theilnahme am Sarge der Entschlafenen.
Die Hinterbliebenen.
Geistl. Hamme. Fols.
Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, welche meinem lieben Mann
bei der Beerdigung die letzte Ehre er-
wiesen haben, sage ich meinen herz-
lichsten Dank.
Die tiefbetrubte Wittwe:
Emma Kühlein. 923b

Rothenburger Vereins-Sterbefasse.
Zahlstelle: Stallgerstr. 11, I.
Annahme von Beiträgen, Aufnahme
neuer Mitglieder, Auszahlung von fall.
Sterbegeldern, sowie Annahme von
Agenten. (9-3 Uhr.)

Aufforderung!
Der Bauarbeiter **Karl Senf,** früher
Weinbergsweg 11b wohnhaft, jetziger
Aufenthaltort unbekannt, wird hier-
durch ersucht, die **Sammler-Liste 496** für
streifende Bauarbeiter sofort an Unter-
zeichneten abzuliefern. 82/2
Karl Heidemann,
Rixdorf, Jägerstr. 64, 8 Tr.,
1. Bevollmächtigter des Verbandes der
Bauarbeiter u. B. D. Zahlstelle Berlin.

Warne Jeden, meinem Sohn **Karl**
etwas zu dargen, da ich für nichts auf-
komme.
Gustav Dering,
914b
Konigsbergerstrae 35.

Achtung!
Der Drechsler **Paul Schilling,**
wohnhaft Andreasstr. 70, in Arbeit in
Nichter's Bettfedernfabrik, Friedrichs-
berg, wird hierdurch ersucht, seinen
Verpflichtungen gegen den Gesangsverein
„Hand in Hand II“ nachzukommen.
918b **D. B.**

Zur **Erwidern** auf die Empfehlung
des **Weich u. Vairisch Bierlokals**
seitens des Herrn **Ebeling, Poststr. 62,**
überlasse ich es jedem Genossen, selbst
zu überlegen; wir haben **1600 Mark**
Miethe bezahlt und Herr **Ebeling** be-
zahlt **2200 Mark** Miethe. Ist das
vielleicht nicht **ausgemietet?** 926b
Georg Schmitz, Habsburger-Ufer.

Möbel und Polsterwaaren, billig,
Dresdenerstr. 49, I.
Mühlenstr. Nr. 8,
nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober
eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche
und eine Wohnung von 1 Stube und
Küche billig zu vermieten. 5829L*
Der Verwalter.

Für **Lebendarbeiter** etc. passend:
Grinauerstr. 3 große Berliner Küche u.
Poststr. Stube sofort oder später, 80 Zhlr.
Schlafst., sep. Eing., monatl. 8 M., 3 v.
Wollinerstr. 67, v. III. Bwe. Adolph.

Arbeitsmarkt.
Zentral-Arbeitsnachweis
der Tosler Deutschlands, Berlin,
Rosenthalerstr. 57 und
Gormannstr. 29. 195/4
Fortgesetzt erhalten täglich Oefenhefer,
Werkstudenarbeiter wie Scheidentosler
Arbeit in Berlin, wie nach außerhalb
unentgeltlich nachgewiesen.

Bergoldegehilfen a. seine Politur-
leisten finden dauernde Arbeit bei
911b **Müller, Grüner Weg 58.**
Einen Lehrling zur Bergoldelei verl.
H. Bergemann, Wustenerstr. 29. 912b

1 **Mobelpolsterer** auf Kastenarbeit
verl. **Meißner, Colmarerstr. 2, Ecke**
Belfortstrae. 913b

Arbeiterinnen auf bessere Damen-
Jacken und Beinkleider verlangt
M. Lowinsohn, Grüner Weg 32.
Melbungen gegen Vorzeigung von
Probearbeit nur Vormittags zwischen
9-11 Uhr. 946b

Glasler auf Bildereinrahmungen ver-
langt **Alexanderstr. 28a.**

Von einer **Keinen Faconschrauben-**
fabrik in Westfalen wird zur Herrichtung
von Werkzeugen für Schraubendane
ein tuglicher **Werkzeugschlosser** oder
Mechaniker gegen hohen Lohn auf so-
fort gesucht.
Gefl. Angebote durch die Exp. d. Ztg.
unter Nr. 220 erbeten. 945b

Tugliche Kirschnergehilfen
im Hause verlangt **Louis Baugwitz,**
Neue Konigsstr. 65.

Belle-Alliance-Theater.
Sonntag, den 18. Oktober d. J., nachmittags 3 Uhr:
Zum ersten Male:
Die Komödie der Liebe.
Schauspiel in 3 Akten von **Henrik Ibsen.** Deutsch von **Philipp Schweitzer.**
Schauspieler: Hedwig Margot; Falt: Alfred Frey als Gast (Stadttheater in
Halle); Lind: Rich. Jargas (Leipzig-Theater); Goldstadt: Wilhelm Klaff.
Eintrittskarten  60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen
zu haben. 228/7

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Lehrplan für das Winterhalbjahr
1896/97.
Südost-Schule, Waldemarstr. 14.
Dienstag:
Deutsch. (Die Litteratur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahr-
hunderts. Aufsatzlehre.) Herr **Heinrich Schulz.**
Mittwoch:
Geschichte. (Alte Geschichte: Urzeit, Entstehung der Religionen, Ge-
schichte der orientalischen Völker, Griechen und Römer.) Herr **Dr. C. Pinn.**
Donnerstag:
Rede-Redung. (Die wichtigsten technischen Grundsätze für die Kunst des
öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrags. Uebungen im
Diskutieren.) Herr **Heinrich Schulz.**
Freitag:
Natur-Erkennntnis. (Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der
Weltbildung im Alterthum. Griechische Weisheit und biblische Ueber-
lieferung. Die Entthronung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im
Weltall. Mechanistische Auffassung und experimentelle Forschung. Die
Einschränkung des Menschen in das Naturganze [Samart-Darwin]. Das Seelen-
problem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkennntnis.)
Herr **Dr. C. José.**
Sonnabend:
National-Okonomis. (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirtschafts-
stufen. Entwicklung der bürgerlichen theoretischen National-Okonomie. Die
Marx'sche Werth- und Mehrwerthlehre.) Herr **Dr. Conrad Schmidt.**

Nord-Schule, Brunnenstr. 25.
Dienstag:
Natur-Erkennntnis. (Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der
Weltbildung im Alterthum. Griechische Weisheit und biblische Ueber-
lieferung. Die Entthronung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im
Weltall. Mechanistische Auffassung und experimentelle Forschung. Die
Einschränkung des Menschen in das Naturganze [Samart-Darwin]. Das Seelen-
problem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkennntnis.)
Herr **Dr. C. José.**

Mittwoch:
Deutsch. (Die Litteratur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahr-
hunderts. Aufsatzlehre.) Herr **Heinrich Schulz.**
Donnerstag:
Geschichte. (Alte Geschichte: Urzeit, Entstehung der Religionen, Geschichte
der orientalischen Völker, Griechen und Römer.) Herr **Dr. C. Pinn.**
Freitag:
Rede-Redung. (Die wichtigsten technischen Grundsätze für die Kunst des
öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrags. Uebungen im
Diskutieren.) Herr **Heinrich Schulz.**

Sonnabend:
National-Okonomis. (Die Marx-Engels'schen Lehren. Werth, Mehrwerth,
Kapital.) Herr **Dr. Alfred Bernstein.**
Außerdem finden abwechselnd 14-tägig Sonntags vormittags von 10 1/2
bis 12 Uhr Brunnenstrae 25 **Fortschrittskurse** in **National-
Okonomis** (Herr **Dr. Conrad Schmidt**) wird das **„kommunistische
Manifest“** erklären) und **Rede-Redung** (Herr **Heinrich Schulz**) für die-
jenigen Schüler statt, die schon während eines Semesters das betreffende Fach
besucht haben.

Der Unterricht beginnt **Wochentags puntlich um 9 Uhr abends** und
endet puntlich um **10 1/2 Uhr.**
Die Schulräume sind täglich von **8 Uhr abends** an geoffnet, um den
Mitgliedern Gelegenheits zur Benutzung des Zeitungs-, Zeitschriften- und
Buchermaterials zu geben. Es liegen in beiden Schulen fast sämtliche
politischen, sowie einige bürgerliche Tageszeitungen, außerdem eine große
Anzahl von wissenschaftlichen Revuen, Fachschriften, Gewerkschafts- und Wis-
senschaftsblattern aus.

In größeren Lokalitäten werden in zwanglosen Zwischenräumen Ver-
sammlungen abgehalten, in denen zeitgemäße Thematika in populär-wissenschaft-
licher Weise von anerkannten Fachleuten erörtert werden.
Dem künstlerischen Bedürfnisse der Mitglieder wird die Schule gerecht
durch Veranstaltung von **Theater-Vorstellungen, Konzerten und Dichter-
Abenden.**

Unter sachkundiger Führung werden ferner wissenschaftliche, künstlerische
und gemeinnützige Institute besichtigt.
Der Mitgliedsbeitrag sowie das Unterrichtsgeld für jedes belegte Unter-
richtsfach beträgt monatlich je 20 Pf. Aufnahme neuer Mitglieder (am besten
bei Beginn jedes Semesters im April und Oktober), sowie die Zahlung der
Beiträge erfolgt in beiden Schulen und in den nachstehend verzeichneten
Zahlstellen:

SO. Schöning, Konigsstr. 68.	N. Nord-Schule, Brunnenstr. 25.
Südost-Schule, Waldemarstr. 14.	Gnadt, Butbuserstr. 32.
Schulz, Admiralstr. 40a.	Gleisner, Müllerstr. 7a.
SW. Grube, Mariendorferstr. 5.	Babel, Rosenthalerstr. 57.
Kassler, früher Windhorst, Zunkerstr. 1.	NO. Reul, Barnimsstr. 42.
W. Werner, Balowerstr. 59.	NW. Löffler, Stendalerstr. 42.

Der Vorstand.
NB. Alle Briefe, Anfragen und Zusendungen etc. sind an den Vor-
sitzenden, **Schr. isthler Heinrich Schulz, Berlin SO. 16, Kaiser-Franz-
Grenadierplatz 7, alle Geldsendungen an den Kassier, Buchdrucker H. Könige,
Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 80, zu richten.** 9/3

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schwammarke „Schwan“) hat sich besser bewährt, wie jedes andere Waschmittel. — Das-
selbe ist von jeder praktischen Hausfrau als das **beste, billigste**
und **bequemste Waschmittel** längst anerkannt worden.
Man erspart bei seiner Anwendung viel **Mühe, Zeit** und
Geld und schon die Gewebe dabei mehr, als bei jeder anderen
Waschmethode.
Jeder Versuch überzeugt!
In haben in den meisten Seifen-, Droguen- und
Colonialwaaren-Handlungen.

Am Donnerstag Abend ist wieder
großes Gänze-Ausschieben
auf dem **Wald**, und früh von 8 Uhr
ab frische **Blut- und Leberwurst.**
Gustav Schulz, Wasserhorststr. 55.
Klagen, Eingaben,
Unfallfahren, Puffer, Steglitzerstr. 65.
Empfehle mich zum
917b
Waschenhen,
sowie **Ausbessern** in und außer dem
Hause. **Grafstr. 7, 2. H. Augb. I. r.**

Gewerkschaftliches.

Achtung, Zimmerer Verbands! In dem Baugeschäft von Otto Wiesner, Müllerstraße, legten am Montag infolge der Maßregelung von vier Kameraden sämtliche Zimmerer die Arbeit nieder. Herr Wiesner sucht jetzt Zimmerleute zu 52 1/2 Pf. Stundenlohn. Laut Beschluß der Platzdeputierten-Versammlung vom Montag Abend ist deshalb der Zugang nach dem Baugeschäft zu unterlassen. Wir ersuchen unsere Berufsgenossen, dies genau zu beachten, fernher die heute Abend in Cohn's Festhölle stattfindende öffentliche Versammlung rege zu besuchen. Die Lohnkommission. J. A. Z. H. Fischer, Kglstr. 14.

Achtung, Tapezire Verbands! Die Kollegen in der Werkstatt von Gehr. Wasserstrahl in Lübeck haben wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen, den Zugang nach dieser Werkstatt fernzubehalten. Die Berliner Ortsverwaltung des Allgemeinen deutschen Tapezire-Vereins.

Zur Beurteilung der Frage, ob sich in Preußen jetzt Gewerkschaften mit sozialpolitischen und dergleichen Dingen beschäftigen können, ohne von der Polizei belästigt zu werden, ist ein Entscheid von einigem Interesse, der der Zahlstelle Schönebeck des Deutschen Holzarbeiter-Vereins auf ihre Beschwerde über das Verbot des Stützungsfestes zugegangen ist. Er lautet:
Der Regierungs-Präsident.
Nr. 1 Pr P 5689.

Magdeburg, den 25. September 1896.
Ihre Beschwerde vom 5. September d. J. wird als unbegründet zurückgewiesen. Nach § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1890 dürfen Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge den Versammlungen politischer Vereine nicht beizumischen. Ihr Verein ist ein politischer. In den Sitzungen und Versammlungen sind keineswegs nur, wie Sie angeben, gemäß § 152 der Gewerbe-Ordnung die Interessen der Mitglieder in bezug auf günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt, sondern auch verschiedentlich politische Gegenstände erörtert worden. In der Sitzung vom 7. Mai 1894 ist über Gesekentwürfe zum Schutze der Arbeiter gesprochen, am 4. Juni desselben Jahres ist über das Verhalten des Reichstages zum Achtstundentag verhandelt worden. Auch ein Erlaß des Kriegsministers war am 25. März 1895 einmal Gegenstand einer Diskussion. Am 7. Oktober 1895 wurde über die Vertreter des Arbeiterverbandes im Reichstage gesprochen. Am 8. Juni 1896 schließlich wurde seitens eines Mitgliedes das Verhalten des Staates, der Polizei, den Versammlungen des Vereins gegenüber einer mißbilligenden Kritik unterzogen. Nach den vorgeführten Thatsachen muß angenommen werden, daß Ihr Verein bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern und erscheint hiernach die Verfügung der Polizei-Verwaltung zu Schönebeck, durch welche die Zulassung von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen zu dem beabsichtigten Stützungsfest verboten worden ist, gerechtfertigt.
In Vertretung. (Name unleserlich.)

Vor dem Treiben der Anarchisten in den Gewerkschaften warnt das Fachorgan der Porzellanarbeiter, die „Ameise“, wie folgt:

Der internationale Kongreß in London im allgemeinen, insbesondere aber das Verhalten der deutschen und französischen Anarchisten hat gezeigt, daß die Anarchisten bestrebt sind, mehr als je ihre Tätigkeit in die Reihen der Gewerkschaften zu verlegen. Was wir von einer solchen Tätigkeit zu halten haben, werden die Genossen ermeslen können, wenn sie die Affäre mit dem Flugblatt des „Anarchisten“ Schmidt sich ins Gedächtnis zurückrufen. Dieser selbst hat zehn Monate Gefängnis davon gehabt, mehrere unserer Mitglieder ebenfalls Anklagen, weil sie das Flugblatt an Kollegen weitergaben, dem Verband erwünschen für Rechtschutz nicht unbedeutende Kosten und ein Mitglied hat sich wegen dieser Geschichte sogar — ausgehängt. Kurz vor Redaktionsschluß bringen wir nun in Erfahrung, daß eben dieser Schmidt, welcher in Berlin ist und sich neuerdings sehr für Konsumvereine und Genossenschaften ins Zeug legt, wie es die Anarchisten jetzt belibien, einer unserer Zahlstellen Broschüren über Genossenschaftswesen übermitteln will, auch theilt er dieser Zahlstelle mit, daß es ihm lieb wäre, auf seiner voranschreitenden Agitationsreise auch dort in einer Versammlung sprechen zu können. Wir möchten die Verbandsmitglieder, speziell die Zahlstellen-Verwaltungen dringend ersuchen, ja recht vorsichtig zu sein und sich nicht auf solche Experimente eines anarchisirenden „Genossen“ einzulassen. So gerne wir am Ende den Zahlstellen das Vergnügen gönnen

würden, die Weisheit desselben zur Kenntnis zu nehmen, so liegt es doch auf der Hand, daß, soweit wir Schmidt kennen, er aus eigenen Mitteln eine solche „Agitationsstour“ nicht unternehmen kann. In wessen Auftrag macht er diese und wer bezahlt sie? Vielleicht erfahren wir dies noch, vorläufig aber glaubten wir den Mitgliedern Vorsicht anempfehlen zu müssen, damit ihnen nicht etwa wieder Kuckuckseier in das Nest gelegt werden.

Aus Stettin meldet der dortige „Volksbote“: „Eine kleine Lohnhöhung wollten die Bodenarbeiter auf dem hiesigen Güterbahnhof haben. Obgleich das Verlangen nur als billig bezeichnet werden kann, so wurde das Gesuch doch rundweg abgelehnt. Auf eine nochmalige schriftliche Eingabe warteten die Arbeiter seit 5 Wochen auf Bescheid. Die Bodenarbeiter haben einen Tageslohn von 2,10 M. und wollen 30 Pf. täglich abgeholt werden. Der ortsbüchliche Tageslohn ist hier auf 2,25 M. festgesetzt — die Bodenarbeiter der kgl. Eisenbahn haben aber diesen Lohn noch nicht einmal. Als in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 11. Februar d. J. sich der Zentrumsabgeordnete Fuchs über die Lohnbrücker im Eisenbahnbetriebe beschwerte, erwiderte Minister Bielen, die Löhne seien nicht gesunken, sondern gestiegen. 1887 habe der Durchschnittslohn pro Jahr 826 M. betragen, jetzt betrage er 1086 M.“ Einen solchen Lohn bezieht im ganzen Direktionsbezirk nicht ein Arbeiter. Der jetzige Jahresverdienst beträgt bei regelmäßiger Arbeit 786,50 M. Daß damit in einer Großstadt die Arbeiter nicht auskommen können, ist zweifellos. Aber der Staat will viel Profit machen, weil für das Militär immer mehr gebraucht wird. Das ist die Sozialreform in Preußen-Deutschland.“

Eine Konferenz der Maurer Pommerns tagte am 4. Oktober in Stettin. Anwesend waren Delegirte aus Kößlin, Kolberg, Straßund, Gollnow, Bredow, Pommernsdorf und Stettin; als Vertreter des Generalbevollmächtigten war Genosse Silberschmidt aus Berlin erschienen. Besprochen wurde: Jeder Ort, wo eine Organisation besteht, hat die Pflicht, in seiner Umgebung für Ausbreitung der Organisation zu sorgen; dies soll geschehen: 1. durch Verbreitung von Flug-schriften ausfallenden Inhalts; 2. durch Abhaltung von Konferenzen und Versammlungen. Die Unkosten, welche hieraus entstehen, deckt die Agitationskommission. Jeder Ort hat nach Möglichkeit zur Deckung dieser Unkosten beizutragen. Nächstes Jahr wird wieder eine Konferenz abgehalten.

In Kassel sahe eine stark besuchte Mitglieder-versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins folgende einstimmig folgende, für die heutigen Zustände bezeichnende Resolution: „Die Versammlung protestirt ganz energisch gegen das Verhalten der hiesigen Polizeibehörde betr. Abtreibung der Versammlungsfokale. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die hiesige Polizei keine Berechtigung hat, Wirthe, welche gewillt sind, ihre Lokale den Metallarbeitern zur Verfügung zu stellen, durch Ueberredung und durch Drohung mit dem Militär-Spott zu veranlassen, ihr Versprechen wieder rückgängig zu machen. Die Versammlung verurtheilt das Eingreifen der Polizei umso mehr, weil hierdurch das gesetzlich gegebene Recht, sich versammeln und vereinigen zu können, für die Arbeiter illusorisch gemacht wird.“

Wie a u s s i c h t l o s übrigens der politische Kampf gegen die Arbeiterbewegung ist, zeigt sich darin, daß die Kasseler Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Vereins innerhalb 14 Tagen ihre Mitgliederzahl um zirka 200 vermehrte. Zirka 600 Metallarbeiter gehören in Kassel jetzt dem Verbands an. Auch in anderen Verufen blüht die Gewerkschaftsbewegung in Kassel erfreulich auf.

Die Leitung des Leipziger Gewerkschafts-Kartells ist durch Neuwahl des Vorstandes in die Hände des Drechlers Albin Mohs, (Leipzig Anger, Hauptstr. 26 1, als Vorstehendem), und des Zimmerers Heinrich Doyer (Leipzig, Steinstr. 85 pt.) als Kassierer übergegangen. Die für das Kartell bestimmten Sendungen sind nunmehr an diese Genossen zu adressiren. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Bekannntgabe dieser Adressen gebeten.

Die Tarifabmachungen der Leipziger Tischler, die durch die Durchlegung der getroffenen Vereinbarungen seitens der Zunahme der gemeinsamen Beschlüssen der Tarifkommission zuwiderlaufende Aenderungen erfahren haben, werden von den Gehilfen als aufgehoben betrachtet werden, sofern die Innung nicht im Laufe der nächsten Wochen eine gemeinsame Sitzung einberuft, wo die Differenzpunkte geregelt beziehentlich Stellung genommen werden soll zu den in letzter Zeit so oft vorgekommenen

Durchbrechungen der in der Lohnbewegung dieses Frühjahres erlangenen Konzessionen. Früheren mehrfachen Einladungen der Gehilfen-Tarifkommission sind die Innungsmeister aus dem Wege gegangen. Die Herren hatten sich entweder entschuldigt oder waren überhaupt fern geblieben.

Der Vorstand des Verbandes der Elbsch-Lothringischen Buchdrucker erläßt folgende Bekanntmachung: „Wir machen unsere Mitglieder wiederholt darauf aufmerksam, daß die Bekanntmachungen des Deutschen Tarif-Ausschusses keine Gültigkeit für Elbsch-Lothringen besitzen. Der diesseitige Gehilfenverband hat seither die Regelung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse völlig selbstständig durchgeführt und beharrt fürs erste auf dem gegenwärtig eingenommenen Standpunkt. Er lehnt aus diesem Grunde auch die versuchte Angliederung an die deutsche Tarifgemeinschaft entschieden ab. Unsere Mitglieder ersuchen wir, die Exemplare des deutschen Tarifes zurückzugeben und die etwa geforderte Unterschrift strikt zu verweigern. Die Herren Bezirksvorsitzenden wollen jeden diesbezüglichen Fall sofort dem Verbandsvorsitzenden zur Kenntnis bringen.“

Der Streik der Werkstätten-Arbeiter der priv. öster-reichisch-ungarischen Staats-Eisenbahn ist auf Grund der Zusicherung beendet, daß die früheren Bewilligungen aufrecht erhalten und Maßregelungen nicht vorgenommen werden. In Wien ist bereits am Sonnabend die Arbeit wieder aufgenommen worden, in Prag infolge eines Mißverständnisses ruhte an diesem Tage noch die Arbeit. Die Prager Werkstättenleitung, anscheinend von Wien schlecht instruiert, verlangte von den Streikenden, sie sollen vom Magistrat ihre Arbeitsbücher holen und sich als neue Arbeiter aufnehmen lassen, was von den Streikenden abgelehnt wurde. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ erklärt hierzu: Wir sind in der Lage, aus authentischer Quelle berichten zu können, daß von der Wiener Direktion Weisungen nach Prag ergingen, die Wiederaufnahme der Arbeit habe dort in derselben Weise zu erfolgen wie in Wien, wodurch jeder Anstand behoben erscheint.

Aus der Schweiz. Gemäß einem Beschlusse der letzten Generalversammlung des Schweizerischen Typographenbundes haben bereits mehrere Sektionen Tarifbewegungen angekündigt. Nach jenem Beschlusse haben alle jene Sektionen in eine Tarifrevision einzutreten, in deren Rayon die neu-ständige Arbeitszeit noch nicht eingeführt ist. Es sind dies die Sektionen Aarau, Chur, Frauenfeld, Schaffhausen, Lugern und Basel. Die Sektionen Aarau, Schaffhausen und Chur haben die Aktion bereits begonnen.

Die Buchbinder Kopenhagens haben sich mit den Unternehmern auf folgende Arbeitsbedingungen geeinigt: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 5 Proz. Lohnzulage für alle Arbeiter, die 18 bis 20 Kronen Wochenlohn haben; der Lohn der Arbeiterinnen ist auf 1/2 Kronen festgesetzt, wenn sie mindestens 1 Jahr im Fach gearbeitet haben und 16 Jahre alt sind, auf 2 Kronen bei einem Alter von 17 Jahren und bei 24jähriger Fachthätigkeit. Bis zur Herstellung des neuen Akkord-Tarifs erhalten alle Akkord-Arbeiter 5 pCt. Zuschlag. Dieses bedeutungsvolle Resultat ist durch die Stärke der Organisation erreicht worden, die von 550 Kopenhagener Facharbeitern 500 umfasst.

Zur Lohnbewegung im Bäckerfach in Dänemark wird uns geschrieben: Es sind in letzter Zeit zwischen dem Fachverein der Bäcker und den Meistern Verhandlungen über den Lohn geführt worden, die jedoch kein Resultat gezeitigt haben. Nach der Aufhebung des Kost- und Logisystems 1887 wurden die Löhne auf 18—25 Kr. mit einer fast unbegrenzten Arbeitszeit festgesetzt. Die Kopenhagener Genossenschaftsbäcker der Arbeiter zahlt dagegen schon lange 25—30 Kr. bei 7 1/2 stündiger Arbeitszeit. Einzelne Bäckereien sind hinsichtlich des Lohns diesem Beispiel gefolgt, während in den übrigen Geschäften die Arbeitszeit überall bis auf 12 Stunden ausgedehnt wird. Anfang September wandte sich der Fachverein an die Roggenbrot-Fabrikanten mit folgenden Forderungen: der Wochenlohn soll betragen 25 bis 30 Kronen, die Arbeitszeit beträgt sechs Tage, von Montag früh bis Sonnabend Abend oder 6 Nächte von Sonntag Abend bis Sonnabend früh. Sonnabend Abend 6 Uhr bis Sonntag Abend um 6 Uhr wird die Arbeit mit 50 Oere per Stunde bezahlt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt inkl. 2 Stunden Pause 12 Stunden. Arbeit über 12 Stunden wird mit 50 Oere für jede Ueberstunde bezahlt. In den Nächten der hohen Feiertage findet kein Baden statt. Es wurde nun von der Gesellenorganisation und von den Fabrikanten zusammen ein Ausschuss eingesetzt. Anfangs wollten

Kunst und Wissenschaft.

Rudolf Virchow hat gestern seinen 75. Geburtstag gefeiert. Es erübrigt wohl, die bedeutenden wissenschaftlichen Verdienste des Gelehrten im einzelnen aufzuführen. Sie werden ungeachtet aller Parteigegegensätze überall anerkannt werden, wo sich lebendiges Streben für den Geistesfortschritt betundet.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater geht das Lustspiel „Lili“ von Francis Stahl, das im königlichen Schauspielhause vor Jahren aufgeführt wurde, am Donnerstag zum ersten Male in Szene.

Im Schiller-Theater findet heute eine Wiederholung von „Der Sohn der Wildnis“ statt. — Fräulein Marie Gündel vom Stadt-Theater in Frankfurt a/M. wird als erste Rolle die Beatrice in Shakespeares „Viel Lärm um Nichts“ spielen.

Das Theater des Westens sucht den Durchfall von Kirchbach's „Jung gefreit“ gar wunderbar zu begründen. Dem „Berl. Tagebl.“ wird nämlich mitgeteilt, daß es die Claque gewesen sei, welche das neue Theater zum Schauplatz einer feindseligen Demonstration gemacht habe. Und warum? Weil die Theaterleitung mit dieser geheimen Nebenregierung vorher nicht pattirt habe. Vier Claquebureaus — das Geschäft muß seine Leute ernähren, wenn sich vier derartige Institute erhalten können — seien von der Direktion mit ihren Ansprüchen auf „Geschäftsverbindung“ zurückgewiesen worden. Darauf seien Drohungen erfolgt, man werde es dem Theater des Westens „schon besorgen“, wie man auch andere Bühnen gezwungen habe, mit den Unmöglichen Freundschaft zu schließen. Und so seien denn diese Herren, die von ihrer Hände Arbeit leben, am Sonnabend als Rachegeister in Thätigkeit getreten und hätten jenen Höllempelatel gemacht, der auch vielen abfälligen Beurtheilern des Stückes widerlich erschien. Wenn die Sache so liegt, ist sie staatsanwaltschaftlich ganz ungeheuerlich, aber die Theaterdirektion, die dem „Berliner Tageblatt“ auch den Namen des einen Hauptheldenbüchlings nennt, wird ihre Mittheilung ohne Zweifel voll belegen können.

Was die Direktion des Theaters des Westens von den Erpressungsversuchen der Claque-Institute berichtet, mag an sich wohl richtig sein; vielleicht findet die Theaterleitung noch Gelegenheit, ihre Behauptungen vor Gericht zu erhärten. Aber sehr

unangebracht ist es, den Durchfall des Lustspiels vom Sonnabend der Claque zuzuschreiben zu wollen. Ein solches Stück wäre auch ohne deren Hilfe ausgeführt worden.

Im Theater des Westens sollen morgen Die Räuber aufgeführt werden.

Au der Front des Theaters im Westen steht noch immer in lateinischen Lettern die Inschrift: Begründet der Kunstpflege wegen, und noch immer hat der Gründer des auf Sand gebauten Hauses nicht im Jörn die Inschrift weggewischt! Der Widerspruch zwischen rühmrednerischen Prahlphantasie und künstlerischer Impotenz, zwischen äußerem Prunk und innerer Noth offenbarte sich selten so deutlich, als am jüngsten Sonnabend, bei der Erstaufführung des Lustspiels „Jung gefreit“ von Wolfgang Kirchbach; der Dramaturg, der dies Lustspiel empfahl, der Direktor, der die Unmöglichkeit dieser Komödie nicht während der Proben erkannte, die mühten mir unbedingt fort von der künstlerischen Leitung des Theaters. Herr Kirchbach selber, der einen guten Roman aus dem Leben reisender Handwerkerbüchsen geschrieben haben soll, ließ sich durch den Daß des echten Spielbüchlers wider Frauenbewegung und wider Frauenemancipation bis zu völliger Verblendung verfahren. Er wollte eine Variation zu dem Berlinischen Satz schaffen: Heirathen mühte, Aujuste! — und gegen den „Modernitätschwimbel von den unversorgten Frauen“ satirisch loszulegen. Dabei aber verfiel er in so brutale Lafflosigkeiten, so verworren behandelte er sein Thema, daß das Publikum gegen das ganz unglückliche Ungeschick des Verfassers heftig protestirte und daß es einer ausbrüchlichen Claque wegen fast zum Theater-Nadaw gekommen wäre. — Von den bekannten Schauspielern zeichnete sich Frau B u g e in erster Reihe durch ihre musterhaft schlichte Sprache, Frä. G a b r i als Emancipierte durch ledigen, schneidigen Ton aus. Von den Damen und Herren, die für Berlin neu engagirt wurden, ist vorerst nichts zu sagen. Sie thaten eben recht und schlecht mit. Ob sie bei einem besser gearteten Zusammenspiel einige Ursprünglichkeit verrathen werden, bleibt abzuwarten.

Daß eine gewisse „Kunst“ immer noch ihren Mann lohnt, ergibt ein Schreiben, welches uns die Direktion des Olympia-Theaters zustellt. Dasselbe lautet: „Auf die unsinnigen Gerüchte, welche über den finanziellen Stand unserer Gesellschaft von einem hiesigen Blatte verbreitet sind, legen wir uns genöthigt, folgendes zu erwidern: Das Olympia-Theater hat bis zum

Sonntag, den 11. Oktober inkl., eine Gesamteinnahme von rund 961 770 M. erzielt, wovon an die Herren Kavalry und Waffe für deren kontraktliche Verpflichtungen unserer Gesellschaft gegenüber (Stellung des gesamten Bühnenpersonals, sowie aller Dekorationen, Kostüme, Requisiten, Schiffe, Pferde u. s. w. u. s. w.) 431 187,84 M. gezahlt sind. Für unsere Gesellschaft verbleiben mithin 510 582 M. Daß bei dieser Einnahme für unsere Gesellschaft, welche ein Stammkapital von 230 000 M. besitzt, ein erheblicher Reingewinn erzielt wurde, liegt auf der Hand. Da es uns abherdem gelungen ist, wie wir heute in der Lage sind mitzutheilen, den Endtermin der Aufführungen von „Tho Orient“ bis 31. d. M. hinauszuschieben, dürfte dieser Reingewinn sich noch beträchtlich erhöhen. Ergebenst Olympia-Theater, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, W. Haller, S. Saenger.

Das im Olympia-Theater aufgeführte Stück enthält eine Handlung, die zwar förmlich von ernstgemeintem Unsinne froht, aber eine barbarische Fülle grober Zirkus- und Balletkünste zur Entfaltung kommen läßt. So etwas zieht. Der alte Renz, der zuerst den Zirkus weltkündig machte, ist als achtjähriger Millionär gestorben. Adolph Ernst, der mit verhältnismäßig beschränkten Mitteln die Klowispässe auf das Theater verpflanzte und in größlicher Manier den Sinnenfihel von der Bühne herab betrieb, setzt sich in einer netten Villa zur Ruhe, und die Leiter des Olympia-Theaters, welche den in England schon seit Jahren beliebten Wödfinn des Zirkustheaters sin de sieckle zum ersten Male in Berlin kultiviren, machen Bombengeschäfte. Wie soll es auch anders sein in einer Zeit, in welcher ein Unternehmen, wie die Freie Volkshöhne, das der Bevölkerung das Beste der Literatur bieten will, einfach gerödet und die Aufführung eines Stückes von der Bedeutung der „Weber“ systematisch auf der deutschen Bühne hintertreiben wird? Bleibt einem großen Theil des Publikums, namentlich dem minder zahlungsfähigen, doch meist nur die Wahl zwischen Zirkuskünften, Unzucht und Nordspatriotismus!

Ein neuer Planet ist auf der Uranio-Sternwarte in der Invalidenstrasse von dem Astronomen derselben, Herrn Gustav Witt, auf photographischem Wege in der Nacht vom 8. auf den 9. d. M. entdeckt worden. Der neue Mitbürger des Planetensystems ist recht klein, 11,5 GröÙe, doch gehört er keineswegs zu den unbedeutendsten jener Gruppe zwischen Mars und Jupiter. Er befindet sich in der Entfernungs-nacht in der Nähe zweier längst bekannter kleiner Planeten. In

die Fabrikanten nur sehr geringe Konzessionen machen, schließlich erklärten sie sich aber bereit; den 12 stündigen Arbeitstag zu bewilligen und Löhne von 22 bis 28 Kronen zu zahlen, ferner für Ueberstunden 40 Proc. Auch das Einstellen des Badens in den Nächten der hohen Feiertage sollte zugelassen werden. Dieses Angebot wurde jedoch verworfen, da einzelne jetzt mehr als 24 Stk. verdienen und mehrere Meister bereit sind, die Forderungen der Gesellen zu erfüllen. Sollten die Fabrikanten die Forderung der Gesellen nicht anerkennen, so wird der Streik erklärt.

Nach einer Meldung der „Nbln. Ztg.“ ist in Kopenhagen der Ausstand inzwischen ausgebrochen. Sämtliche Schwarzbrotdäcker haben die Arbeit niedergelegt, insofern dessen müßten die Schwarzbrotdäcker den Betrieb einstellen.

In Brüssel haben der Ausstands-Ausschuß der Tischler und der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei beschlossen, den Arbeitsminister nochmals um Einschüßung eines Schiedsgerichts zu bitten. Die Ausständigen wollen sich diesem Schiedsgericht unter allen Umständen unterwerfen und erklärten sich auch bereit, falls der Minister dies verlange, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und die Entscheidung des Schiedsgerichts abzuwarten.

Soziales.

Zur Krankenversicherung der Diensthöten. Der am 20. und 21. September d. J. in Dresden abgehaltenen Jahresversammlung des „Zentralverbandes für Ortskrankenkassen in Deutschen Reich“ lag bekanntlich u. a. ein Antrag vor, wonach der Reichstag ersucht werden soll, eine Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes nach der Richtung hin herbeizuführen, daß auch die Diensthöten der Versicherungspflicht unterliegen. Außer von der Ortskrankenkasse der Berliner Gastwirthe war der gleiche Antrag noch von den Thüringer Ortskrankenkassen und den Vereinigten Ortskrankenkassen von Elsaß-Lothringen gestellt. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Dabei sei erwähnt, daß die erwähnte Kasse schon früher in gleichem Sinne an den Reichstag petitionirt hat. Die Petition kam am 22. Juni d. J. zur Verhandlung, und zwar gelegentlich der Beratung des § 309 a des Bürgerlichen Gesetzbuches. Von unseren Abgeordneten Ruer und Senoffen war hierzu beantragt, einen Artikel einzuschleiben, wonach das Krankenversicherungsgesetz im Sinne der Petition geändert werden sollte. Der Antrag wurde bekanntlich gegen die sozialdemokratischen und einige freisinnige Stimmen abgelehnt. Auch der für den Fall der Ablehnung des erwähnten Artikels gestellte Eventualantrag, wonach die Dienstherrschaft bei Erkrankung des Diensthöten verpflichtet sein sollte, Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von 13 Wochen zu gewähren, wurde mit demselben Stimmenverhältnis (25 zu 189) abgelehnt und somit der § 309 a in der von der Kommission beantragten Fassung angenommen, wonach die Herrschaft nur sechs Wochen zur Unterstützung des erkrankten Diensthöten verpflichtet ist und auch selbst diese Verpflichtung bei einer Erkrankung wegfällt, wenn sich der Diensthöte die Krankheit durch eigene Fahrlässigkeit zugezogen hat. Aber auch in den Fällen, wo „eigene Fahrlässigkeit“ nicht vorliegt, stehen nach dem famoſen preussischen Gesetzbuch der Herrschaft noch Hintertüren offen, durch die sie sich ihren Verpflichtungen gegenüber dem erkrankten Diensthöten entziehen kann. Sie engagirt nämlich das Gesinde mit möglichst kurzer Kündigungsfrist, so daß sie schlimmstenfalls für 14 Tage bis 8 Wochen zur Unterstützung verpflichtet werden kann, denn nach § 92 des sogenannten Diensthötenrechts hört die Verbindlichkeit der Herrschaft auf, wenn die Krankheit über die Dienstzeit hinaus dauert.

Die Diensthöten der Gastwirthe sind bereits heute dem Versicherungszwange unterworfen. Es ist nun nicht einzusehen, warum die Diensthöten anderer Gewerbe oder die der Privatleute, die doch im wesentlichen dieselbe Arbeit leisten, nicht auch die Vortheile des Krankenversicherungsgesetzes haben sollen. Hoffentlich wird der Druck der öffentlichen Meinung den Reichstag schließlich doch noch zu einer besseren Ansicht bringen, als er sie bisher bezeugt hat.

Das Regulative, betreffend die Wahlen der Arbeitervertreter und der von diesen zu wählenden Beisitzer des Schiedsgerichts für den Geschäftsbereich des kaiserlichen Kanalamts in Kiel, ist im „Reichs-Anz.“ und zwar in der Nr. 243 vom 12. Oktober veröffentlicht. Zu wählen sind sechs Vertreter der Arbeiter und die erforderlichen Stellvertreter. Die Vertreter der Arbeiter und die von diesen gewählten Beisitzer des Schiedsgerichts erhalten für jeden Fall einer Einberufung Entschädigung für Reisekosten nach demjenigen Satze, welche bei Ausführung von Dienstreisen der Unterbeamten zu zahlen sind, und als Ersatz für Zehrungskosten und sonstige Auslagen vier Mark, die am Orte der Dienstleistung Wohnhaften eine Mark. Eine Verlängerung des Arbeitsverdienstes wegen der durch die Dienstleistung verursachten Arbeitsversäumnis findet nicht statt.

Die Gründung einer Berufsgenossenschaft für das Fleischergewerbe ist am Freitag in einer Versammlung zu

Leipzig vollzogen worden. Die neue Organisation führt den Namen Fleischer-Verbands-Genossenschaft und hat ihren Sitz in Lübeck. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt die Herren Stein-Hilber (Vorstand), Eitel-Düffelhof, Schmidt-Berlin, Friedrich-Nürnberg, Jall-Mainz, Riesschmann-Leipzig und Schlachthofdirektor Gotberg-Magdeburg.

Zur Submissionsweise. In Hannover wurde, wie der „Volkswille“ berichtet, die Ausführung städtischer Arbeiten für den Bau des Eiser Thurmes einem Unternehmer zugeschlagen, der bei der Submission circa 4000 Mark weniger verlangt hatte als andere Firmen. Dieser Unternehmer übertrug die für den Bau nötigen Holzbildhauerarbeiten dem Bildhauer Vogel, der nun seinen Gehilfen zumutete, für billigere Preise als üblich zu arbeiten; diese stellten aber die Arbeit ein, und nun verfuhr der Bildhauer Vogel, die Holzbildhauerarbeiten durch Stellmacher herstellen zu lassen, selbstverständlich durch solche, die der Organisation nicht angehören.

Von der Sonntagruhe auf dem Lande. Die Königsberger „Volkstribüne“ berichtet:

Auf dem Gute A. p. Rautenberg, Kreis Ragnit, wofelbst der Gutbesitzer Jogeisen sein selbstherrliches Regiment führt, soll es eingeführt sein, daß die Leute Sonntags das Grünfutter für das Vieh des Gutsherrn vom Felde holen mußten. Da bekanntlich die Landarbeiter ihr Stückchen Ackerland, das meistens einen Teil des Lohnes ausmacht, am Sonntag bearbeiten müssen, so waren die Leute gezwungen, das Futter in aller Frühe vom Felde zu holen, um dann noch ihre Feldarbeit befehlen zu können. Vor etwa sechs Wochen war jedoch aus irgend einem Grunde des Morgens früh nicht Zeit und somit befahl der „gnädige“ Herr, das Futter im Laufe des Vormittags zu holen. Der Arbeiter J. meinte jedoch, der Gottesdienst habe bereits angefangen und sie würden doch nicht während desselben nach Grünfutter fahren. Der Vorarbeiter meldete dies dem „Gnädigen“, der den J. sofort rufen ließ und ihm den Fieschein ausstellte. J. hatte gehört, daß er in einem Rechtskaute lebe und ging deshalb mit dem Fieschein am Montag zu dem Amtsvorsteher B. in Kinschen, welcher dem auch versprach, die Angelegenheit zu prüfen. Der Gutsherr wurde vor den Amtsvorsteher zitiert und das Ergebnis dieses Besamenseins war, daß die Entlassung des J. zu recht beblieben und außerdem noch drei andere Arbeiter mit je 9 M. Strafe und 50 Pf. Kosten bedacht wurden, weil sie dem Herrn die Arbeit verweigert hatten. Die Beurtheilten beantragten gerichtliche Entscheidung, und so kam die Sache in Ragnit zur Verhandlung. Bezeichnend ist die Frage des Richters an die drei Arbeiter, ob sie denn am Sonntage nicht essen wollten. Herr Jogeisen führte zu seiner Entschuldigung an, daß, wenn das Futter am Sonnabend geholt würde, es sich erhitze und dann für die Tiere schädlich sei. Das Futter, das am Sonntag Morgen geholt wurde, ist übrigens oft sogar noch am Dienstag dem Vieh gegeben worden. Es blieb bei den 9,50 M., dazu für jeden noch 3 M. Kosten, die zum großen Teil als Zeugengebühr in die Tasche des gnädigen Herrn flossen.

Zur Ausbeutung der Ladenmädchen. Wie die „Oberb. Volksztg.“ mittheilt, betragen in Konfektionsläden 10 bis 15 die Monatslöhne für erst ausgeleitete Mädchen 5 bis höchstens 15 M., und auch ältere Mädchen bekommen nicht mehr als 20 bis höchstens 35 M. Die betreffenden Ausbeuter sind nicht etwa Juden, sondern Leute, die sich auf ihre christliche Frömmigkeit viel zu gute thun.

Die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes für Mainz beschloßte dort der juristische Ausschuss. Die Regierung in Darmstadt hatte dem eingereichten Statut die Genehmigung verweigert, während inzwischen die Statuten der Städte Worms und Gießen genehmigt wurden, obgleich das Giesener Statut den gegen. Streikparagrafen enthält, der in dem Mainzer Statut fehlt. Der juristische Ausschuss will nun das Giesener Statut auch für Mainz akzeptieren und es dem Ministerium zur Genehmigung empfehlen.

Die erste deutsche Kornverkaufs-Genossenschaft, die Betriebsverkaufs-Genossenschaft e. G. m. b. H. zu Worms, tritt in ihr zweites Geschäftsjahr. Trotz des geringen Geschäftsumfanges im ersten abgelaufenen Betriebsjahr — es wurden nach der Bilanz 1895 an Roggen 20 654, an Gerste 141 596 Kilogramm eingeliefert — war der Verkauf namentlich für Gerste sehr günstig. Das ganze Quantum wurde in einem Posten abgesetzt und zwar konnte den Genossenschaften 18 M. pro Doppelzentner gegeben werden, während einer von ihnen im Handel für einen Posten der gleichen Waare nur 16,25 M. erhielt. Im kommenden Jahr braucht nur noch 1/2 statt 1 pCt. des Verkaufspreises zur Deduktion der Kosten erhoben werden. Das eingelagerte Getreide wird bis zu 1/3 des Taxpreises belassen. Insofern hat sich jedoch eine straffere Geschäftsleitung notwendig gemacht, als die Mitglieder nenerdings dafür eingetreten sind, daß das gesammte zum Verkauf dienende Getreidequantum der Genossen — nicht wie bisher nur 50 pCt. — durch die Genossenschaft verkauft werden soll, damit nicht ein Mitglied etwa die gute Waare an den Händler, die geringere an die Genossenschaft abgeben kann.

Die Normierung des Arbeitstages soll demnächst in Rußland versucht werden. Man schreibt uns darüber: Eine

Schuld des Arbeiterechts Widerstand geleistet hat, nahm in einer heute stattgehabten Generalversammlung eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß der Verein nach dem Beitritte Norwegens zur Konvention keinen Anlaß habe, den Widerstand fortzusetzen.

Vergiftung durch arsenhaltige Zeichenkreide. Ueber die Vergiftung eines Anatome-Professors mit arsenhaltiger Kreide berichtet die „Neuzigliche Rundschau“. Der Fall dürfte namentlich die Lehrerschaft interessieren. Professor S. litt längere Zeit an einem Gefühl von Ziehen in der Magengegend, besonders im nüchternen Zustande, und an hochgradiger Nervosität. Der Zustand besserte sich während der Herbstferien; im Winter aber kehrten sich Schlaflosigkeit, Gedächtnis- und Bindhaut-lataxi ein, dazu die alten gastrischen Beschwerden. In den Osterferien, die durch eine Wasserkur ausgefüllt wurden, trat wieder Wohlbefinden ein. Im Sommer zeigte sich zu den alten Beschwerden das Gefühl großer Mattigkeit und Pulsverlangsamung. Nun äußerte der Patient zu Prof. Gaffky, daß die Ursache seines Leidens im anatomischen Institut liegen müsse, da regelmäßig mit Unterbrechung der Arbeit im Institut der Zustand sich bessere, mit Wiederaufnahme der Thätigkeit aber sich verschlimmerte; jene Vermuthung ging dahin, daß von dem schadhastigen Fußboden des Bezirksamts aus irgend welche Bakterien auf ihn einwirkten. Prof. Gaffky hatte dagegen schon früher seine Ansicht dahin geändert, daß das ganze Krankheitsbild dem einer chronischen Arsenvergiftung entspreche, und bei der chemischen Untersuchung entdeckte er endlich das corpus delicti in Gestalt der Kreide, die der Professor zu den Vorlesungs-Zeichnungen benutzte; sie enthielt einen starken Arsengehalt: auf 100 g Kreide kamen über 7 g (7) Arsen, darunter 1,4 g wasserlösliches. Im Harn des Patienten wurden ebenfalls Arsen gefunden, nach Beseitigung der Kreide war er jedoch bald arsenfrei und der Patient wurde langsam, aber vollständig gesund. Das Zustandekommen der Vergiftung wurde dadurch begünstigt, daß der Patient die Zeichnungen stets bei leerem Magen anfertigte, so daß der verschluckte Kreidestaub die besten Aufnahmebedingungen vorfand. Im Sommer wird wohl auch ein Teil des Arsens durch die Poren der Haut aufgenommen worden sein. Nachdem die Zeugnisfirma sich verpflichtet hatte, von der arsenhaltigen Kreide nichts mehr zu verkaufen und die bei den Händlern liegenden Vorräthe zurückzugeben, wurde von einer gerichtlichen Anzeige Abstand genommen. Wie das Arsen bei der Fabrikation in die Kreide gelangt ist, ließ sich nicht mehr genau feststellen.

russische Zeitschrift weist auf die Thatsache hin, daß alle Personen und Institutionen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, zu gleichen Folgerungen gelangten. Sowohl Fabrikanten und Techniker wie die Ärzte sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von Nutzen wäre. Die russische Regierung, welche schon viele Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ergriffen habe (so wurden z. B. die Fabrik-schulen gegründet, wurde die Fabrikinspektion eingeführt u. s. w.), werde auch die Frage von der Verkürzung der Arbeitszeit sympathisch aufnehmen und ihre Lösung erstreben. Eine derartige Maßregel, meint der „Herold“, wäre nicht nur in sanitärer Hinsicht wünschenswert, sondern sie wäre auch für die Industrie namentlich in dem Falle von hervorragendem Nutzen, wenn Hand in Hand mit ihr die Gründung von Abends- und Sonntagsschulen für erwachsene Arbeiter und die Ver-anstaltung von stützlich gefunden Vergnügungen ginge. Es sei zu hoffen, daß diese wichtige Angelegenheit in aller nächster Zeit die nötige Berücksichtigung finden werde; die Verkürzung der Arbeitszeit werde nur eine logische Erweiterung der zum Schutze der Arbeiter getroffenen Maßregeln sein.

Die Frage der Sonntagruhe der Handlungsgehilfen wird demnächst die Stadtvertretung St. Petersburgs beschäftigen. Das Handelsamt, dem das betreffende Gesuch zur Begutachtung vorlag, hat sich zu gunsten der Sonntagruhe ausgesprochen, jedoch mit der unangeleglichen Einschränkung, daß von 1—6 Uhr nachmittags gehandelt werden dürfe.

Als Transvaal veröffentlicht die „Bremer Bürgerzeitung“ eine Warnung an die deutschen Tabakarbeiter, sich kontraktlich für dortige Geschäfte anwerben zu lassen. Bremische Zigarrenarbeiter, die nach Johannesburg ausgewandert waren, weil man ihnen im Kontrakt Löhne zugesichert hatte, die nach deutschen Begriffen hoch sind, machten die schlimme Erfahrung, daß die kontraktmäßigen Löhne in Johannesburg nicht einmal zum nothdürftigen Leben ausreichten. Beispielsweise mußte für Kost wöchentlich 1,50 M. bezahlt werden, 1 Glas Bier kostete 50 Pf., ein Schnaps ebensoviel, und ein Zimmer für 2 Personen monatlich 80 M. Als die Bremer durch eisernen Fleiß und übermäßige Arbeit auf höheren Verdienst kamen, wurden ihnen horrende Abzüge gemacht, wobei die Polizei den Schanzengel des Unternehmers spielte. Die Zigarrenarbeiter bekamen in der betr. Fabrik anfänglich 20 M. Lohn, dann wurden ihnen 5 Mark abgezogen. Da der Lebensunterhalt für Mächden wenigstens 25—28 M. beträgt, so sind sie — sagt der Bericht — natürlich auf die Prostitution angewiesen. Kurz in Transvaal treibt der Kapitalismus seine Raubwirtschaft so toll wie kaum in einem andern Lande. Mögen sich also die deutschen Arbeiter dreimal überlegen, ehe sie sich an das Ausbentertum der Boeren-Republik verdingen.

Versammlungen.

Die Buchbinder hielten am Donnerstag in Keller's großem Saale eine öffentliche Versammlung ab, in der Georg Schmidt über das Thema „Was lehrt uns die Lohnbewegung?“ referirte. Redner ging von der Voraussetzung aus, daß zum Seligen der jetzt als beendet zu betrachtenden Lohnbewegung wesentlich der allgemeine industrielle Aufschwung Deutschlands beigetragen habe, daß die Buchbinder in richtiger Erkenntnis dieses für ihre Lohnbewegung den richtigen Zeitpunkt, man könne sagen richtigen Tag gewählt hätten und daß auch der in den letzten Jahren stark zugenommenen Mitgliederzahl der Organisation der kurze Kampf und schnelle Sieg zu verdanken sei.

Man solle nicht verkennen, daß ohne Bestehen der Organisation die Bewegung überhaupt nicht gewesen wäre, die Organisation habe den Anstoß gegeben, ihr sei die durch den Streik erzwungene materielle Besserstellung der Berufs-genossen zu verdanken; den bisher aber noch nicht Organisirten erwachse nunmehr die moralische Pflicht, durch ihren Beitritt zur Organisation dieselbe zu unterstützen und somit für das weitere Vordrängen der Buchbinder zu wirken. Redner führt einige Fälle von der Laueheit und Zufriedenheit der Kollegen an, so vom Christlichen Zeitchriften-Verein, wo die Kollegen trotz des abnehmenden Bescheides von Seiten des Pastors Hille, der selber wohl treu nach dem Bibelsage: „Geben ist seliger denn Nehmen“, jedenfalls mit einem höheren Entbehrungslohn, wie die in der Anstalt beschäftigten Buchbinder, deren Mehrzahl 18 Mark erhält, sich begnügen wird, nicht den Muth hatten, in einen Ausstand einzutreten. Mit der Aufforderung, nichts von den erzwungenen Forderungen von Seiten der Fabrikanten abzugeben zu lassen und fleißig für die Stärkung der Organisation zu wirken, schloß der Referent.

Schneider brachte die Angelegenheit mit der Werkstube Riesenstahl zur Sprache, die in letzter Zeit schon in Buchbinderkreisen viel Staub aufgewirbelt hat. Es sollen in der genannten Fabrik, die in Arbeit tretenden 14 Tage mit wöchentlich 18 M. auf Probe gestellt werden, da aber durch die Lohnbewegung der Minimallohn auf 21 M. festgesetzt ist, so wird dieses Vorgehen allgemein verurtheilt, da man es für verhältnißlos erachtet, wenn eine bedeutende Firma diese Ausnahme machen will. Schneider mißbilligt entschieden, daß die älteren Kollegen nicht für die jüngeren eintreten.

Zost, beschäftigt bei Riesenstahl, wird von der Versammlung mit lautem „Ah“ empfangen. Er hält dies gerade nicht für ein Zeichen der Unparteilichkeit, vertheidigt im übrigen seinen von der Mehrzahl der älteren Kollegen getheilten Standpunkt, daß die ganze Sache eine Kleinigkeitskrämerei sei, um deren man nicht verlangen könne, daß ein so großer Betrieb in den Ausstand treten würde. Die Verhältnisse in der Werkstube seien übrigens sehr gute, vor dem Streik sei dort schon vieles gewesen, was in anderen Fabriken erst erzwungen werden mußte, man solle sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die älteren Kollegen um dieser Lumperei wegen erste Schritte begehren würden.

Viele Redner mißbilligen, daß man diese Ausnahme für Riesenstahl zulassen wolle und polemisieren gegen den Standpunkt Zost's. Unter anderem wird angeführt, daß der Streik daselbst eher eine Verschlechterung herbeiführt habe, denn bisher seien 18,90 M. als Anfangslohn gezahlt worden.

Zilgner reinigt die Lohnkommission von dem Verdacht, daß sie die Firma gleich zuerst als bewilligt veröffentlicht habe; das sei von Seiten der Arbeiter von Riesenstahl geschehen.

Vent führt an, daß ebenso gute oder gar bessere Verhältnisse in anderen Kontobuch-Fabriken, z. B. bei Karl Rahn u. Söhne, bestanden haben wie bei Riesenstahl.

Nachdem sich Zost noch einmal vertheidigt hatte, dabei bemerkend, daß für alles in der Werkstube geschehene er der Öffentlichkeit gegenüber immer die Verantwortung tragen wolle, wird die Debatte geschlossen.

Fran Gnauck bittet, die Versammlung möge nicht mit der Besprechung dieser Angelegenheit auseinandergehen, sondern der allfällige Verlauf der Lohnbewegung erheische wohl einen besseren Schluß.

Wie der Wanderer auf der Höhe nach gefahrvollem Aufstieg ein Denkmal errichtet, so sollten dies auch die Buchbinder thun; nicht ein Denkmal von Erz oder Stein, sondern die Mitglieder der Organisation müssen Mitglieder für dieselbe werden, man müsse nicht nur von der Lohnbewegung sagen können, sie nahm einen günstigen Verlauf, sondern die Organisation nahm infolge der Lohnbewegung einen riesigen Aufschwung.

Darauf wurde eine Resolution angenommen, über die Werkstube, welche noch nicht bewilligt haben, die Sperre zu verhängen, sobald wurde eine Ueberwachungs-Kommission gewählt, bestehend aus sieben Personen, welche darauf achten soll, daß auch alle bewilligten Forderungen seitens der Fabrikanten eingehalten werden.

Der Verband der Handelsgehilfen hielt am 6. Oktober seine ordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten

der letztvergangenen Nacht konnte die Entdeckung durch wiederholte Beobachtungen bestätigt werden. Der neue Weltkörper wird zunächst mit C bezeichnet, bis eine Bahn berechnet sein wird, um dann von dem Entdecker seinen definitiven Namen zu erhalten.

Mit dem interessantesten Bährer Wagnerfund ist es nicht! — so wenigstens schreibt man von dort den Münch. N. N. Bereits im Jahre 1832 in Leipzig, dann 1873 in Bayreuth und 1877 in Berlin wurde die aufgefunden „Zweite Kongert-Ouverture“ (G-dur-Ouverture) gespielt. Damit ist Bährich um eine Entdeckung ärmer.

Die Sixtinische Madonna kein Original? Im Künstlerhaus Zürich wird nächsten Sonntag das im Besitze des Herrn Badrutt in St. Moritz befindliche Bild „Assomptione della Madonna“, das eine auffallende Ähnlichkeit mit der Sixtinischen Madonna hat, für wenige Tage aufgestellt werden. Das Bild ist Gegenstand einer Streiffrage. Herr Badrutt glaubt den Nachweis leisten zu können, daß seine Madonna das Original Raffael's, daß aber die Sixtinische Madonna zu Dresden eine Kopie des Ferrareser Malers Gerolamo da Carpi sei. Herr Badrutt verlangt nun, dem „S. L.“ zufolge, daß die Frage der Echtheit durch eine Gegenüberstellung der beiden Bilder entschieden werde, und begiebt sich jetzt mit seiner Madonna nach Deutschland. — Man kann von der Behauptung des Herrn Badrutt natürlich nur mit großer Reserve Notiz nehmen.

Der Komponist Anton Bruckner in Wien ist am 11. Oktober nach kürzlich vollendetem 72. Lebensjahre gestorben. Er war am 4. September 1824 in Ansfelden (Oberösterreich) geboren, bildete sich als Schulgehilfe selbst zu einem tüchtigen Musiker aus und wurde 1855 Domorganist in Linz. Später machte er unter der Leitung Simon Sechters in Wien noch gründliche Kontrapunktstudien und wurde 1863 als dessen Nachfolger im Amte des Hofkapellorganisten nach Wien berufen. Daneben wurde er auch Lehrer für Orgelspiel und Komposition am Wiener Konservatorium und Lektor für Musik an der dortigen Universität. Unter seinen Kompositionen sind mehrere Messen, ein Te Deum, besonders aber seine sieben Symphonien hervorzuheben. Seine Instrumentalmusik steht sehr unter dem Einflusse Richard Wagner's.

Aus Kopenhagen wird berichtet: Der Verein der dänischen Unparteilichen Blätter, welcher bisher dem Beitritt Dänemarks zur Berner Konvention betreffend den

Warenhaus A. Wertheim

Nur für 3
Tage gültig

Ausnahme-Preise

Mittwoch Donnerstag Freitag.

14. 15. 16. Oktober.

Die neue Haupt-Preisliste ist erschienen.

Versand-Abteilung Berlin W., Leipziger-Strasse III.

Damen-Handschuhe

Tricot, Länge 5 Knopf, Ringwood, Glacé, 4 Knopf

schwarz 30 u. 40 Pf., farbig 45 Pf. 35 Pf. farbig 1,35 farbig, gesteppt 1,85 Mk.

Normal-Herrenhemden

Halbwolle, 3 Grössen 2, 2,20, 2,40 Mk.

Normal-Herrenbeinkleider

Vigogne, mit Ueberschlag, 3 Grössen 1, 1,10, 1,20 Mk.

Kinder-Tricot, Vigogne,

rosa gestrickt, für ca.	1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-12 Jahre
Qual. II.	35	38	42	45	50	55	60	65	70	75	80 Pf.
.. I.	50	60	70	80	90 Pf.	1	1,10	1,15	1,25	1,35	1,45 Mk.

Damenstrümpfe, schwarz gestrickt 70, schwarz gewebt 90 Pf.

Das Schuhwaaren-Verkaufshaus (8 Schaufenster) **S. Selbiger, 40 Landsbergerstr. 40**
(Ecke Flehmannstrasse)

Herrenkiefel, gut und dauerhaft gearbeitet, Mk. 4,50, 5,50, 6,50 u. s. w.
Damenkiefel zum Knöpfen, auch Gummizüge, Mk. 4, 4,50, 5,30, 6,20 u. s. w.
Einsegnungskiefel zu staunend billigen Preisen.

Schuhmacher erhalten, wie immer bei Dukend-Abnahme, 5 pCt. Rabatt.

S. Selbiger, 40, Landsbergerstr. 40 (Ecke Flehmannstrasse).



R. Lewinberg

54 Brangel-Strasse 54, SO.

empfiehlt

Reste und einzelne Roben

zu unglaublich billigen Preisen, darunter Roben in neuesten Mustern, enthaltend 6-7 Meter doppelt breiten Stoff, durchschnittlich jede Robe 1,50 und 1,80 M.

Sanz bedeutend unter regulärem Werth!!

Keine Laden-Miethen, daher die denkbar billigsten Preise in Damen- und Herrenhemden, vorzügliche Waare.

Fruchtweine

Johanniskrautwein, weiß und roth, Stachelbeerenwein, Heidelbeerenwein & Bl. (s. Nr.) 75 Pf. a Liter 1 Mark erstl.



pro Glas.

Sothade der Berliner Hoch-Dezillaturs Berliner Gewerbe-Kundstellung Messr. Eisenbahn-Güterstraße, Rastbachstraße.

Eugen Neumann & Co.
Detail-Verkaufsstellen:
Belle-Alliance-Platz 6 a, N. Friedrichstr. 31, Oranienstr. 100, Genthinerstr. 29, Potsdam: Bäderstr. 7, Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

eigenes Steppdecken, Fabrikat, Berlin C, 72 Wallstr. 72.

Staubend billige Preise. Reparaturen jeder Art werden entgegengenommen.

M. J. Hahlo, Patentanwalt, Berlin NW., Karlstrasse 8.

Patentnachsuehung und Verwerthung. Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.

Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Deutscher Vortier.

Deffert- u. Malzkrautbier I. Ranges. Brauerei Burghäuser, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarne, Brustkr., Weichh., Köchln., Rekonv. u. d. leicht bekömmlich, nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. desh. Gesichtsfarbe u. Gewichtszun. überausch. 14 Pf. drei, 50 Pf. zehn Mk. erstl. In Geb. (1/4, 1/2, 1/6) z. Selbstabz. wesentlich billiger. Allein-Verkaufsst. f. Berlin u. Prov.: Portierkellerei Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152. Nicht Flaschenzahl — Qualität entscheidet!

großart. Auswahl, billig, viele Anerkennungen, Musterbuch gratis und franco. Theilzahlung gestattet. **Max Brinner, Jerusalemstr. 42** und Brunnenstr. 6.



erhalten d. e. rationelles, von d. üblichen u. in and. Anstalt. völlig verschiedenes Verfahren die frohe (ungekünstelte) Sprache in der Neumann'schen Anstalt in Leipzig, Ferd. Rhodestr. 7. Von Mitte Oktober wieder Heilkursus in Berlin, Kleine Nauenerstr. 6, II. Anmeldungen 16. u. 17. Oktbr. 4-6 und Sonntag, 18. Oktbr. 10-12 Uhr.

Berliner Volks-Brauerei
S. Gräfestrasse 8
empfiehlt und versendet in Berlin und die Vororte seine zum Selbstfüllen aus bestem Malz und Hopfen gebrauten Biere als **Werdersches Malz Weißbier** welches infolge seines großen Malz- und Würze-Extrakt von hoher Nährkraft ist! Lieferung frei Haus.

Monat. v. 10 M. an liefert elegants Anzüge nach Maß **Temporowski, Schneidermeister, Berlin C., Jüdenstr. 37, 1 Tr.**

Möbel- u. Polsterwaaren eigener Fabrik
offerirt bei geringstem Nutzen mit bedeutenden Zahlungs-erleichterungen

Paul Scholz, Rüstener Platz, Ostbahn-Gebäude.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nerventöden bei Befestigung umsonst.

Zähne v. 2 M. ev. Theilz.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit geräucherten neuen Federn bei Gustav Duffig, Berlin S., Oranienstr. 46. Preisliste kostenfrei. Diese Anerkennungs-schreiben.

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 8735
Frz. Müller, Alte Jakobstr. 65.

Fahrräder
prima Fabrikat, niedrigste Verkaufspreise, Theilzahlungen bei 50 M. Anzahlung und wöchentlich 5 M. gestattet. 185L
Kleine Hamburgerstr. 24/25.

B. Nieff's Festsäle,
17, Weberstrasse 17.
Zur bevorstehenden Saison 1896/97 sind noch mehrere Sonnabende frei, auch zu Versammlungen täglich.

Achtung! Vereine.
„Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c.,
ist der Todienstag an größeren Vereinen zu vergeben. Auch sind noch andere Sonnabende zu haben.

H. Ebert's Festsäle,
72, Kommandantenstr. 72.
Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen u. s. w.
Gabe noch einige Sonnabende im Oktober und November frei.
Jeden Sonntag: 8 a 11.

Portièren
Restbestände
2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.
Probir-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten.
mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.

Pracht-Katalog
Teppich-Haus **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

Stotternde
erhalten d. e. rationelles, von d. üblichen u. in and. Anstalt. völlig verschiedenes Verfahren die frohe (ungekünstelte) Sprache in der Neumann'schen Anstalt in Leipzig, Ferd. Rhodestr. 7. Von Mitte Oktober wieder Heilkursus in Berlin, Kleine Nauenerstr. 6, II. Anmeldungen 16. u. 17. Oktbr. 4-6 und Sonntag, 18. Oktbr. 10-12 Uhr.

Möbeltischlerei
u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in toller Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
59452
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Total-Ausverkauf
zu außerordentlich billigen Preisen wegen gänzlicher Auflösung meines Geschäfts.
Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Möbelstoffe (Reste), Wäsche, Corsets, Trikots, Zuleet, Hemdentuch, wollene Tücher, Herrenwesten, Jellierinen, Taschentücher, Gaudschuhe, Strümpfe u. s. w.
Amandus Wronkow
Oranienstrasse 162 zwischen Moritz- und Oranienplatz.

Gardinen-Reste
passend zu 1-4 Fenster unter Fabrikpreis! Nur gute, dauerhafte Qualitäten werden angefertigt. 772L
M. Hildebrand, Dresdenerstr. 117, pt

Bettfedern
dieses gereinigte neue, vorzügl. füllend, 50, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.
Spezial-Geschäft von N. Pollack, Oranienstr. 61, am Postplatz.